

DAS ZUKUNFTS-PROGRAMM

MEIN BÜRGERVERTRAG MIT RHEINLAND-PFALZ

HIERFÜR GEBE ICH IHNEN
DIE KLÖCKNER-GARANTIE:

- ☒ WIR STOPPEN DEN REKORD-UNTERRICHTSAUSFALL
- ☒ WIR GEBEN DEN FAMILIEN VORFAHRT
- ☒ WIR HALTEN DIE SCHULDENBREMSE EIN
- ☒ WIR STEHEN FÜR EINE UNABHÄNGIGE JUSTIZ
- ☒ WIR SICHERN ARBEITSPLÄTZE
- ☒ WIR STÄRKEN DAS EHRENAMT
- ☒ WIR FÖRDERN INTEGRATION MIT KLAREN SPIELREGELN
- ☒ WIR SICHERN DIE ARZTVERSORGUNG
- ☒ WIR STEHEN FÜR LEBENSMITTELSICHERHEIT
- ☒ WIR STÄRKEN DEN UMWELTSCHUTZ
- ☒ WIR SICHERN DIE LEBENSQUALITÄT UNSERER SENIOREN
- ☒ WIR SETZEN AUF MEHR BÜRGERBETEILIGUNG

UNSERE HEIMAT.
UNSERE ZUKUNFT.


JULIA KLÖCKNER
SPITZENKANDIDATIN DER CDU RHEINLAND-PFALZ

INHALTSVERZEICHNIS

Unser Bürgervertrag mit Rheinland-Pfalz

Vorwort

1. Finanzen, die Spielräume schaffen – Schulden abbauen

2. Das Leben findet in den Kommunen statt – Entscheidungen von unten nach oben

2.1 Städte und Gemeinden stark machen – Zukunft für die Bürger

2.1.1 Kommunalfinanzen

2.1.2 Verwaltungs- und Kommunalreform

2.1.3 Entwicklung unserer Dörfer und Städte

2.2 Sicherheit, auf die wir uns verlassen können – Hilfe für die Helfer

2.2.1 Polizei

2.2.2 Feuerwehren, Rettungsdienste, Katastrophenschutz

2.2.3 Bundeswehr

2.2.4 Zivildienst

2.3 Sport an der Spitze und in der Breite – Angebote für alle

2.3.1 Sport in der Schule

2.3.2 Sport verbindet Menschen

2.4 Starkes Ehrenamt – Einsatz füreinander

3. Bildung, die Chancen schafft – Angebot der Vielfalt statt Einheitsweg

3.1 Gute Bildung braucht Freiraum

3.1.1 Eigenverantwortung der Schulen stärken

3.1.2 Unterrichtsausfall stoppen

3.1.3 Frühkindliche Bildung - das einzelne Kind steht im Mittelpunkt

3.1.4 Sprache als Schlüssel zum Erfolg

3.1.5 Vorfahrt für Grundschulen

3.1.6 Wahlfreiheit und Durchlässigkeit – Schwerpunkt auf Inhalt statt Struktur

3.1.7 Landeseinheitliche Abschlussprüfungen

3.1.8 Erweiterung der Aufstiegsoptionen in der Beruflichen Bildung

3.1.9 Teilhabe und gesellschaftliche Integration stärken: Förderschulen und Schwerpunktschulen

3.1.10 Ganztagsangebot qualitativ anreichern

3.1.11 Vielfalt der Träger garantiert Bildungsvielfalt

3.1.12 Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendamt ausbauen

3.2 Wissenschaft und Forschung – Hochschulstandort stärken

3.2.1 Hochschulverfassung und Hochschulautonomie

3.2.2 Forschung und Vernetzung

3.2.3 Unternehmenscampus an den Hochschulen

3.2.4 Hochschulfinanzen

3.2.5 Studiengebühren

3.2.6 Nachwuchsförderung

3.2.7 Bologna-Krise

3.2.8 Lehrerausbildung

3.3 Kultur ist Vielfalt – Talente entdecken und fördern

3.4 Medien und Internet: Chancen nutzen – Risiken erkennen

4. Teilhabe und Gerechtigkeit sichern – den Wandel der Gesellschaft gestalten

4.1 Eigenständigkeit der christlichen Kirchen

4.2 Familienzusammenhalt stärken – Arbeits- und Alltagswelt familienfreundlich gestalten

4.2.1 Ehe und Familie fördern

4.2.2 Familie und Beruf

4.2.2.1 Freiheit für Familien gewährleisten

4.2.2.2 Leistungsgerechtigkeit für Familien schaffen

4.3 Frauen und Männer sind gleichberechtigt – Ungleichbehandlung beseitigen

4.4 Kinder und Jugendliche brauchen Chancen – die Zukunft beginnt heute

4.4.1 Kinderarmut bekämpfen

4.4.2 Junge Menschen brauchen Zukunft

4.4.3 Optimierung ministerieller Zuständigkeiten

4.5 Würdevolle Teilhabe bis zum Schluss – Senioren ernst nehmen

4.5.1 Mitbestimmung und Engagement von Senioren stärken

4.5.2 Altern in Würde

4.6 Jeder ist gleich viel Wert, keiner perfekt – Menschen mit Behinderungen gehören in die Mitte der Gesellschaft

4.7 Miteinander der Generationen gestalten

4.8 Konkrete politische Antworten auf Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung

4.9 Zuwanderung gestalten und Integration fördern

4.10 Heimatvertriebene und Spätaussiedler

5. Pflege und Gesundheit – Versorgung gewährleisten

6. Arbeit schafft Wachstum – Wohlstand für alle

6.1 Nachhaltige Wirtschaftspolitik – Mittelstand stärken

6.1.1 Innovationsstandort im Ideenland

6.1.2 Mittelständische Wirtschaft im Unternehmerland

6.1.3 Regionalentwicklung im Wachstumsland

6.2 Gute Ausbildung – sichere Arbeitsplätze

6.2.1 Mehr Teilhabegerechtigkeit durch Ausbildung und Arbeit

6.2.2 Arbeit und Einkommen in den Regionen

6.2.3 Bekämpfung des Fachkräftemangels

6.2.4 Gastland Rheinland-Pfalz – Tourismus

6.3 Infrastruktur, Verkehr und Breitbandanbindung

6.4. Mit dem Bürger – für den Bürger

6.5 Bürgernähe und Bürokratieabbau

6.6 Verbraucher stärken – Rechte durchsetzen

7. Umwelt-, Klimaschutz und Energieversorgung – Verantwortung für Schöpfung und Generationen

7.1 Umwelt und Klimaschutz

7.1.1 Prinzip der Nachhaltigkeit

7.1.2 Schutz der Lebensräume und Lebensqualität

7.1.3 Umweltbewusstsein

7.2 Nachhaltige Energieversorgung

7.2.1 Energieeinsparung und Energieeffizienz

7.2.2 Erneuerbare Energien

7.2.3 Innovative Technologien

7.2.4 Geordneter Wettbewerb

7.3 Moderne Landwirtschaft – Schutz und nachhaltige Bewirtschaftung unserer Umwelt

7.3.1 Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe

7.3.2 Nachhaltige Waldnutzung

7.3.3 Weinbau und Tourismus

7.3.4 Milchproduktion

7.3.5 Schweineproduktion

7.3.6 Land- und Forstwirtschaft sind ein wichtiger Bestandteil der Klimapolitik

8. Recht und Justiz

8.1 Recht fördert Gemeinschaft

8.2 Recht sichert Freiheit

8.3 Recht als Standortfaktor

8.4 Anspruchsvolle Juristenausbildung und leistungsfähige Justiz

9. Europa und Zusammenarbeit

9.1 Planen und Gestalten in Europa

9.2 Lernen und Lehren in Europa

9.3 Arbeiten und Ausbilden in Europa

9.4 Transeuropäische Infrastruktur

Unser Bürgervertrag mit Rheinland-Pfalz

Vorwort

Rheinland-Pfalz ist unsere Heimat und unsere Zukunft

Rheinland-Pfalz ist unsere Heimat; eine lebens- und liebenswerte Heimat, für die sich Leidenschaft und Begeisterung lohnen; ein Land in der Mitte Europas, mit einer wunderbaren Landschaft, mit einer einzigartigen kulturellen Vielfalt; ein Land mit talentierten Menschen und mit großen Chancen für eine gute wirtschaftliche Entwicklung; ein Land, in dem nach dem Krieg eine beachtliche Aufbauleistung erbracht worden ist. Rheinland-Pfalz braucht aber eine Perspektive, die sich nicht mit dem zufrieden gibt, was ist.

Dieses Land hat nach zwanzig Jahren eine neue Politik verdient

Die Entwicklung, die Dynamik unseres Landes ist in den vergangenen Jahren nicht gut. Klare Richtungsentscheidungen der Landesregierung fehlen. Neuerungen hat sie auf Treibsand gebaut, da sie nicht solide finanziert sind. Wahlgeschenke der Landesregierung kommen die nächsten Generationen teuer zu stehen. Der Landesrechnungshof konnte es drastischer nicht ausdrücken. Er bescheinigt, dass die Landesregierung den Landshaushalt verantwortungslos auf das Abstellgleis gefahren hat. Verantwortung für später beginnt aber schon heute.

Es wird Zeit. Zeit für einen Wechsel. Zeit für einen neuen Politikstil. Zeit für eine neue Zuversicht. Zeit für frischen Wind. Demokratie braucht den Wechsel und die Auswahl. Die absolute Mehrheit der jetzigen Landesregierung hat unserem Land nicht gut getan. Aus Rheinland-Pfalz ist aufgrund hemmungsloser Vettern- und Günstlingswirtschaft Rheinland-Filz geworden. Gerichte bescheinigen der Landesregierung, dass sie nicht nur beim kommunalen Finanzausgleich, sondern auch bei der Berufung eines Richters verfassungswidrig handelte. Wo Menschen sind, gibt es auch Fehler. Wo Fehler immer wieder in gleicher Weise auffallen, ist System dahinter. Selbstgefälligkeit darf in keiner Regierung einkehren, weil politische Machtausübung dann nicht mehr der Gesellschafts- und Zukunftsgestaltung, sondern der eigenen Machterhaltung dient. Das ist nicht gut für das Ansehen des Landes, das ist schlecht für die Chancen der Bürger.

Aufbruch und Erneuerung braucht unser Land

Wir werden anders Politik machen: Unsere Politik wird die Chancen künftiger Generationen erhalten und fördern. Unsere Politik orientiert sich an der christlichen Soziallehre, der Freiheit und Eigenverantwortung, der Solidarität und Selbständigkeit. Unsere Politik wird neue Akzente setzen, die das Land modernisieren werden, aber zugleich das bewahren, was den Menschen in Rheinland-Pfalz wichtig ist. Unsere Politik wird in Respekt vor den individuellen Wünschen der Menschen dafür sorgen, dass ihre Ziele und Maßnahmen von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen werden. Unsere Politik will die Menschen nicht vor vollendete Tatsachen stellen, sondern in den Einsatz für eine gute Zukunft einbeziehen und ihre Kraft und ihre besonderen Talente einbringen. Nicht Bevormundung, sondern Beteiligung sichert das Interesse der Bürger an Politik. Unsere Politik wird den Grundsatz der Nachhaltigkeit neu beleben und nicht nur für den Augenblick agieren.

Mitmenschlichkeit und ethisches Verhalten lassen sich nicht durch den Staat verbindlich vorgeben. Deshalb werden wir vor allem auch jene Institutionen stärken, die den Menschen Halt und Orientierung geben. Wir setzen auf die vertrauensvolle und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Wir haben in der Vergangenheit bewiesen, dass wir die Ideen und die Kraft für eine solche Politik haben. Es war die CDU, die in Rheinland-Pfalz die entscheidenden Weichenstellungen vorgenommen hat. Sie hat einen maßgeblichen Anteil daran, dass dieses Land in den Zeiten, in denen sie in der Regierungsverantwortung stand, zu einer Vorbildregion für Deutschland und ganz Europa geworden ist – mit hervorragenden Schulen und Hochschulen, mit Arbeitsplätzen und Fortschrittsregionen. Die Sozialstationen sind christdemokratischen Ursprungs ebenso wie das Kindergartengesetz. Wir wollen diese Erfolgsgeschichte, die in den vergangenen zwanzig Jahren zum Stillstand gekommen ist, fortschreiben.

Wir werden mit einer CDU-geführten Landesregierung das fortführen, was Wilhelm Boden, Peter Altmeier, Helmut Kohl, Bernhard Vogel und Carl-Ludwig Wagner begonnen und aufgebaut haben. Sie haben als Ministerpräsidenten mutige Veränderungen angepackt. Wir wollen an diese Tradition anknüpfen und die Politik in diesem Land und damit auch das Land selbst erneuern.

Uns geht es um den Zusammenhalt der Menschen. Unser Land hat immer seine Stärke daraus bezogen, dass die Menschen in Krisen- und Aufbruchzeiten einander nicht im Stich gelassen haben! Heimat ist für uns nicht alleine unsere einzigartige Kulturlandschaft im Herzen Europas, sondern der Menschenschlag, der dieses Land so geprägt hat. Das Beste in unserem Land sind die Menschen.

Der Zusammenhalt der Bürger setzt Kräfte frei und lässt keinen zurück

Unsere Vision für Rheinland-Pfalz vertraut darauf, dass wir in den Zeiten der Veränderungen und des Umbruchs auf ein erneuertes, ein vertrauensvolles Miteinander von Bürgern und Staat, auf eine solidarische, mitfühlende und von gemeinsamen Werten und Tugenden geprägte bürgerliche Gesellschaft bauen können. Die Globalisierung und der zunehmende weltweite Wettbewerb, der demografische Wandel und die gestiegene Notwendigkeit, unsere Lebensumwelt und unsere Lebensgrundlagen zu erhalten – das sind Veränderungen, die ein großes Maß an Gemeinsamkeit erfordern. Die Entstehung von parallelen Welten – ob zwischen alt und jung, arm und wohlhabend, erwerbstätig und arbeitslos, gebildet und bildungsfern, behindert und nicht behindert, krank und gesund – können wir nicht hinnehmen.

Für uns ist Integration nicht alleine auf ein gutes Miteinander von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund beschränkt. Integration heißt für uns, dass Menschen nicht gegeneinander ausgespielt werden, dass Menschen Lebenschancen und Zukunftsperspektiven haben, unabhängig von Alter, Geschlecht, Hautfarbe, Behinderung oder Herkunft. Integration bedeutet, dass wir miteinander leben und nicht nebeneinander her. Integration heißt aber auch: Einhalten von Spielregeln. Keine Toleranz darf das Unterlaufen unseres Grundgesetzes rechtfertigen. Keine Religionsfreiheit darf das Ungleichbehandeln von Mann und Frau rechtfertigen.

Zusammenhalt bedeutet, ein menschenwürdiges Leben für alle zu ermöglichen. Gerade den Schwachen und sozial Benachteiligten in der Gesellschaft muss unsere besondere Aufmerksamkeit gelten. Wir wollen ihnen Hilfe zur Selbsthilfe sowie unsere Solidarität anbieten.

Zusammenhalt braucht Sicherheit! Nur wer auf Recht und Ordnung vertrauen kann, hat den Kopf für Innovation, für berufliche Perspektiven und für das Gemeinwohl frei. Wir wollen eine gut ausgestattete Polizei, die überall im Land präsent und ansprechbar ist.

Teilhabe beginnt in der Familie und wird hier gelernt. Erziehung, Charakterbildung und Pflege, die in der Familie geleistet werden, sind der Schlüssel zu gesellschaftlicher Integration. Wir wollen, dass Familien endlich die Wertschätzung, aber auch die Entlastung und Flexibilität im Alltag erhalten, die sie für ihren unschätzbareren Beitrag zur Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft verdienen und benötigen. Alle politischen Entscheidungen in Rheinland-Pfalz müssen der Frage standhalten, ob sie die besondere Perspektive der Familien genügend in den Blick nehmen.

Freiraum und Gestaltungsverantwortung festigen unsere Gesellschaft

Die Voraussetzung für Zusammenhalt und Teilhabe sind Bildung und gemeinsame Sprache. Zusammenhalt bedeutet aber nicht Uniformität: Für differenzierte Bedürfnisse in der Arbeitswelt brauchen wir auch eine differenzierte Schullandschaft. Nicht für alle das Gleiche, sondern für jeden das Beste – das leitet unsere Bildungspolitik. Unterrichtsausfall ist kein „Kavaliersdelikt“, sondern eine gravierende Einschränkung für die Lebenschancen unserer Kinder. Innovation, Erfindergeist, Technologiebegeisterung - das werden wir fördern, weil Rheinland-Pfalz den Anschluss nicht verpassen darf, weil Mittelstand und Wirtschaft auf gute Köpfe und zupackende Hände und die Menschen auf sichere Arbeitsplätze angewiesen sind.

Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind auch die Kommunen und der ländliche Raum von herausragender Bedeutung. Wie soll Gemeinschaft unter den Menschen und ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Politik entstehen, wenn viele das Gefühl haben, sie werden vor Ort mit den Problemen der Abwanderung, der Infrastrukturen alleine gelassen oder abgehängt. Subsidiarität, ein Bauprinzip unserer Gesellschaft, das sich für uns christliche Demokraten direkt aus der Personalität des Menschen und aus dem christlichen Menschenbild ableiten lässt, darf nicht bedeuten, dass die Landesebene nur die Probleme auf die darunter liegenden Ebenen abschiebt. Der starke Staat ist nicht der zentral regierte Staat! Unsere Kommunen brauchen Luft zum Atmen.

In unserem Land befinden sich – nicht zuletzt mit dem Hambacher Schloss – Geburtsorte der Demokratie. Für uns ist das ein Vermächtnis: Wir christlichen Demokraten wollen einen anderen Stil im Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern in Rheinland-Pfalz pflegen. Die Diskussion der vergangenen Monate in Deutschland hat gezeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger partizipieren wollen, dass sie einbezogen werden wollen und den Sinn von politischen Schritten verstehen und nachvollziehen wollen. Politische Führung muss Wege in die Zukunft weisen, wenn notwendig auch gegen Widerstände. Sie muss dies aber von Anfang an mit einem entschlossenen Dialog begleiten. Sie muss die Vorbehalte, Bedürfnisse und Einstellungen der Menschen ernst nehmen. Bürgerliche Initiativen müssen Raum zur Entfaltung haben. Wir wollen, dass die Menschen, die sich für unser Gemeinwesen in Rheinland-Pfalz engagieren, immer das Gefühl haben, dass ihr Einsatz gewollt ist und nach Kräften unterstützt wird. Nur so wird es uns auch gelingen, Menschen, junge wie alte, wieder für die Politik zu begeistern.

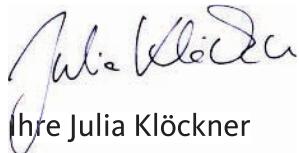
Unser Bürgervertrag für Rheinland-Pfalz

Alle einzubinden und für eine gute Zukunft des Landes zu vereinen, das ist der Grundgedanke, der zugleich hinter diesem Zukunftsprogramm steht: Durch die Einbindung aller Mitglieder und eines hohen Maßes an Sachverständigkeit innerhalb und außerhalb der Partei in die Entwicklung und die Diskussion dieses Programms machen wir deutlich, was Rheinland-Pfalz für einen neuen Aufbruch braucht: Eine kompetente, eine dialogbereite, eine führungswillige, eine entschlossene und geschlossene CDU, die an der Spitze einer neuen Landesregierung die Talente und Chancen unseres einzigartigen Landes wieder voll zur Geltung bringt.

Das ist unser Bürgervertrag. Das sind die Klöckner-Garantien:

WIR STOPPEN DEN REKORD-UNTERRICHTSAUSFALL
WIR GEBEN DEN FAMILIEN VORFAHRT
WIR HALTEN DIE SCHULDENBREMSE EIN
WIR STEHEN FÜR EINE UNABHÄNGIGE JUSTIZ
WIR SICHERN ARBEITSPLÄTZE
WIR STÄRKEN DAS EHRENAMT
WIR FÖRDERN INTEGRATION MIT KLAREN SPIELREGELN
WIR SICHERN DIE ARZT VERSORGUNG
WIR STEHEN FÜR LEBENSMITTELSICHERHEIT
WIR STÄRKEN DEN UMWELTSCHUTZ
WIR SICHERN DIE LEBENSQUALITÄT UNSERER SENIOREN
WIR SETZEN AUF MEHR BÜRGERBETEILIGUNG

Dafür bitte ich Sie bei der Landtagswahl am 27. März um Ihren Auftrag und Ihr Vertrauen.



Ihre Julia Klöckner

1. Finanzen, die Spielräume schaffen – Schulden abbauen

Was wollen wir?

Nur solide Finanzen sichern die Zukunftsfähigkeit des Landes und sind Voraussetzung für alle inhaltlich folgenden Verbesserungen.

Die CDU Rheinland-Pfalz wird mit aller Konsequenz das Schuldenchaos nachhaltig beseitigen, das die SPD-geführte Regierung in den zwei Jahrzehnten ihrer Amtszeit angerichtet hat. Die Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz befinden sich in einem dramatischen Zustand. Selbst in den konjunkturellen Hochzeiten ist es der Beck-Regierung nicht gelungen, das strukturelle Defizit des Landeshaushalts zu beseitigen. Die Haushaltsdefizite und Schuldenstände erreichen bislang ungekannte Größenordnungen: 2010 hat unter Berücksichtigung der Nebenhaushalte die Neuverschuldung über 2,6 Milliarden Euro und der Schuldenstand am Ende des Jahres 2010 über 33 Milliarden Euro betragen. Jeder Einwohner von Rheinland-Pfalz ist damit rechnerisch mit 8.300 Euro Landesschulden belastet. Diese Zahlen sind Ausdruck des finanzpolitischen Scherbenhaufens, den die Landesregierungen unter der Führung von Herrn Beck aufgeschichtet haben.

„Angesichts der hohen Verschuldung droht dem Land der Verlust seiner finanzpolitischen Handlungsfähigkeit; wirksame Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung sind deshalb unumgänglich!“, stellte Klaus P. Behnke, Präsident des Landesrechnungshofs, bei der Vorstellung des aktuellen Jahresberichts fest.

Rheinland-Pfalz steht damit am Rande einer Haushaltsnotlage. Dieser Zustand ist verantwortungslos und nicht länger tragbar. „Vor diesem Hintergrund“, so der Präsident des Landesrechnungshofes Klaus P. Behnke, „sollte schnellstmöglich ein tragfähiges Konsolidierungskonzept vorgelegt werden, damit das Ziel eines strukturell ausgeglichenen Haushalts in 2020 noch erreicht werden kann.“ Die Grundregel vernünftigen Haushaltens, nach der jede Generation ihre Aufgaben prinzipiell aus eigener Kraft bewältigen muss, wird seit Jahren verletzt. Verpflichtungen wurden und werden über ein vertretbares Maß hinaus auf die Zukunft und damit auf nachfolgende Generationen abgewälzt. Der Schuldenberg ist nicht erst mit der Finanz- und Wirtschaftskrise entstanden, sondern wurde in den Jahren zuvor aufgebaut. Es handelt sich daher um ein strukturelles Problem, das einen strikten Kurswechsel ab 2011 unabdingbar macht. Die immense Belastung der kommenden Generationen muss reduziert und die bereits deutlich eingeengten künftigen Gestaltungsspielräume dürfen nicht noch weiter verkleinert werden.

Weil die staatlichen Leistungen vorwiegend über die Städte und Gemeinden den Bürgerinnen und Bürgern zugute kommen, ist jetzt nicht nur der Landeshaushalt zu ordnen, sondern auch die Verschuldung der Kommunen zurückzuführen.

Warum wollen wir das?

Haushaltsdefizite, steigende Zinslasten und Pensionsverpflichtungen verringern die Gestaltungskraft von Land und Kommunen. Sie benachteiligen kommende Generationen, die die Schulden tilgen müssen. Sie schwächen die Wirtschaftskraft unseres Landes, weil sie Unternehmen und Bürgern durch Steuern und Abgaben Finanzmittel entziehen. Sie erschweren den sozialen Ausgleich, weil mit den hohen Vorbelastungen auch das mögliche Volumen der Unterstützung für die Schwächeren verringert wird.

Wir wollen wieder mehr Geld für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Infrastruktur zur Verfügung haben, statt Zins und Tilgung für zu hohe Schulden zahlen zu müssen. Dafür müssen wir die Landesfinanzen dauerhaft sanieren.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird die von den rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürgern aufgebrachten Steuern sparsam und sinnvoll einsetzen. Mit Blick auf die bevorstehenden Zukunftsaufgaben sollten die knappen Landesmittel weniger für den Schuldendienst eingesetzt werden. Wir müssen den Trend der letzten zwei Jahrzehnte umkehren. Zurzeit werden 13 Prozent der Einnahmen für Zinsen aufgewandt. Mit dem Ende der Niedrigzinsphase und unter dem Einfluss der demografischen Entwicklung wird sich die fiskalische Situation weiter verschärfen.

Es kann nicht sein, dass die Kommunen immer neue Aufgaben ohne angemessene finanzielle Kompen-sation aufgebürdet bekommen und dynamisch steigende Soziallasten schultern müssen. Die Kommunen sind nachhaltig finanziell so auszustatten, dass sie ihrem verfassungsgemäßen Auftrag der kommunalen Selbstverwaltung gerecht werden können.

Die rheinland-pfälzischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haben ein Anrecht auf einen sowohl aus-geglichenen, als auch transparenten Haushalt. Denn es ist ihr Geld, das der Staat verwaltet und für die Aufgaben des Landes verwendet.

Wie wollen wir das erreichen?

Wir werden mit großer Disziplin die auf unser Betreiben hin inzwischen in der Verfassung verankerte Schuldenbremse einsetzen. Buchhalterische Tricks wird es mit der CDU Rheinland-Pfalz nicht geben. Für die CDU Rheinland-Pfalz muss die Schuldenbremse in den Ländern um einen verbindlichen Zeitplan zum Abbau des strukturellen Defizits ergänzt werden. Das gilt erst recht für das überdurchschnittlich verschuldete Rheinland-Pfalz. Das Land darf sich nicht bis 2020 Zeit lassen. Spätestens ab 2016 kann und muss dieses Defizit beseitigt sein.

Wir wollen das strukturelle Defizit des Landes in kontinuierlichen Schritten von mindestens 300 Mio. Euro pro Jahr bis 2016 auf null reduzieren.

Obergrenze für das strukturelle Defizit in Mrd. Euro

2011	2012	2013	2014	2015	2016
1,5	1,2	0,9	0,6	0,3	0,0

Denn nur wer jetzt in einer konjunkturellen Aufschwungphase das strukturelle Defizit komplett abbaut, hat überhaupt eine Chance, die Schuldenspirale zu durchbrechen.

Die CDU wird sicherstellen, dass die Konsolidierung den Leistungsträgern in unserem Land nicht zum einseitigen Nachteil gereicht, denn Rheinland-Pfalz muss attraktiver werden im „Wettbewerb um die klügsten Köpfe und die tüchtigsten Hände“ und im Bemühen, die Landeskinder in Rheinland-Pfalz zu halten. Zudem wird die CDU sicherstellen, dass die Konsolidierung sozial ausgewogen erfolgt. Die unvermeidbaren Belastungen in Folge einer jahrelangen Konsolidierung sollten nach Maßgabe des Leistungsfähigkeitsprinzips auf alle Bevölkerungsgruppen fair verteilt werden. Dabei ist die Politik aufgerufen, die Wechselwirkungen auf das Wachstum, auf die Attraktivität des Produktions- und Innovationsstandorts Rheinland-Pfalz sowie auf die Beschäftigung zu berücksichtigen.

Dieser Herausforderung stellen wir uns, indem wir uns an folgenden haushaltspolitischen Leitlinien ausrichten:

1. Prinzipiell stehen alle zusätzlichen Ausgaben unter dem Vorbehalt der Einhaltung der Schuldenbremse. Die Haushaltskonsolidierung hat Priorität gegenüber allen anderen politischen Zielen. Ausgabensteigerungen in einem Bereich sind durch Kürzungen in anderen Bereichen zu finanzieren.
2. Die Effizienz der Erbringung öffentlicher Dienste ist zu erhöhen. Der konsequente Abbau verziehtbarer Bürokratie verbessert nicht nur die Standortbedingungen, sondern trägt zudem zur Kosteneinsparung bei. Unter Ausnutzung der natürlichen Fluktuation sind Stellen im Öffentlichen Dienst sozial verträglich abzubauen.
3. Steuermehreinnahmen des Landes aufgrund der guten bundesweiten konjunkturellen Entwicklung werden grundsätzlich zum Schuldenabbau eingesetzt. Es gibt keinen Spielraum für neue Geschenke.
4. Sondereinnahmen des Landes, wie z.B. aus dem Verkauf von Vermögen, werden zur Verringerung der Neuverschuldung eingesetzt. Sie müssen wieder angelegt oder bei ausgeglichenem Haushalt zur Tilgung von Altschulden eingesetzt werden.
5. Staatliche Förderprogramme sind zu evaluieren und zu vereinfachen. Subventionen sind abzubauen.
6. Alle Landesbeteiligungen sind auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen und unter Berücksichtigung der Marktsituation ggf. zu veräußern. Fragen bezüglich Privatisierungen werden dabei nur fachlich beurteilt und entschieden. Der Aspekt der Konsolidierung steht an dieser Stelle nicht im Vordergrund.
7. Zur Entschuldung der Kommunen ist der kommunale Finanzausgleich neu zu ordnen. Der von der CDU Rheinland-Pfalz initiierte kommunale Entschuldungsfonds ist ein erster Ansatz zur substantiellen Verbesserung der kommunalen Haushalte.

Über diese Leitlinien hinaus sind weitere Schwerpunktsetzungen bei den Ausgaben unabdingbar. Daher werden wir eine Haushaltsstrukturkommission einsetzen, die die Landesausgaben im Vergleich zu den Ausgaben anderer Länder bewertet und Optimierungspotenziale aufzeigt. Steuerungsinstrumente aus der Wirtschaft sollen auch in der Verwaltung sinnvoll eingesetzt werden.

- 1) Rekordschuldenstand in Rheinland-Pfalz ist ein strukturelles Problem, nicht Folge der Konjunktur
- 2) Wir werden den Landshaushalt transparent machen, die verschleierten Schatten- und Nebenhaushalte der SPD-Regierung einrechnen
- 3) Die Schuldenbremse wollen wir bereits 2016 und nicht erst 2020 einhalten
- 4) Steuermehreinnahmen der konjunkturellen Erfolgsphase werden wir zum Schuldenabbau und nicht für neue Regierungsgeschenke nutzen
- 5) Die Sinnhaftigkeit von Subventionen werden wir überprüfen
- 6) Wir setzen eine Haushaltsstrukturkommission ein

2. Das Leben findet in den Kommunen statt Entscheidungen von unten nach oben

2.1 Städte und Gemeinden stark machen – Zukunft für die Bürger

2.1.1 Kommunalfinanzen

Was wollen wir?

Wir wollen eine Neuordnung der Kommunalfinanzen, um den Kommunen wieder mehr finanziellen Handlungsspielraum zu ermöglichen, damit diese ihrem verfassungsmäßigen Auftrag der Kommunalen Selbstverwaltung gerecht werden können.

Warum wollen wir das?

Die Handlungs- und Gestaltungsfreiheit der rheinland-pfälzischen Kommunen ist im Ländervergleich dramatisch schlecht. Im zwanzigsten Jahr in Folge verzeichnen die Kommunen in Rheinland-Pfalz Defizite. Vor allem die spezifischen Belastungen im Land nehmen den Kommunen die Luft zum Atmen.

Wie wollen wir das erreichen?

Die CDU Rheinland-Pfalz will den kommunalen Finanzausgleich neu ordnen. Der bereits von der CDU initiierte Kommunale Entschuldungsfonds ist ein erster Ansatz zur Verbesserung. Wir wollen den Verbundssatz um 1 Prozent anheben und die Erhöhung der allgemeinen Zuweisungen bei Reduzierung der Zweckzuweisungen vorantreiben.

Auf Bundesebene wollen wir uns dafür einsetzen, die kommunalen Aufgaben und Leistungsverpflichtungen zurückzuführen.

2.1.2 Verwaltungs- und Kommunalreform

Was wollen wir?

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und sich verändernder Aufgabenstellungen ist eine Verwaltungs- und Kommunalreform erforderlich. Ziel ist es, auch für die Zukunft im Sinne der verfassungsmäßig garantierten kommunalen Selbstverwaltung finanzierbare Handlungsspielräume zu haben. Dies ist nur erreichbar, wenn in erster Linie alle Möglichkeiten von Verwaltungsabbau und damit einhergehende Gebietsveränderungen gemeinsam betrachtet werden. Mit dem Zusammenlegen von Verwaltungen alleine werden die finanziellen Engpässe nicht beseitigt, zumal größere Verwaltungseinheiten nicht per se auch wirtschaftlicher sind.

Warum wollen wir das?

Ziel einer solchen Verwaltungs- und Kommunalreform ist es, auch für die Zukunft im Sinne der verfassungsmäßig garantierten kommunalen Selbstverwaltung, finanzierbare Handlungsspielräume zu sichern. Gleichzeitig muss eine Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs vorgenommen werden. Ziele sind Bürgernähe, Effizienz, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit.

Wie wollen wir das erreichen?

Wir wollen eine umfassende Aufgabekritik auf allen Ebenen. Zudem fordern wir ein umfassendes Gutachten zur Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs. In Zukunft dürfen keine Denk- und Handlungsverbote bei freiwilligen Gebietsänderungen gelten. Freiwillige Fusionen sollen auch über Verbandsgemeinde- und Kreisgrenzen hinweg möglich sein. Die Ergebnisse sollen evaluiert werden. Zwangsfusionen lehnen wir ab.

Wir wollen eine Eigenverpflichtung des Landtages auf Gesetzesüberprüfung zur Vermeidung neuer kostentreibender Standards.

Wir befürworten die Einrichtung einer Ideenbörse „Standardabbau“ für jeden Bürger, Kommunalpolitiker und Verwaltungsmitarbeiter. Diese Stelle soll einzelne in die Kritik geratene Regelungen überprüfen, möglichst mit dem Ziel einer Abschaffung der betreffenden Regelung (Deregulierung).

2.1.3 Entwicklung unserer Dörfer und Städte

Was wollen wir?

Wir wollen die Modernisierung von Ortskernen, Stadtteilen und den Kernbereichen unserer Städte vorantreiben und für deren Fortbestand und Revitalisierung eintreten. Der Erhalt von Orts- und Stadtzentren und die Ansprüche an modernes Wohnen müssen nicht im Widerspruch zueinander stehen.

Warum wollen wir das?

Die CDU ist die Kommunalpartei. Wir verstehen unsere Dörfer und Städte als Lebens- und Arbeitsraum, in dem Kultur gepflegt und soziales Miteinander gelebt wird. Die Schaffung von zukunftsgerechtem Wohnraum in den Stadt- und Dorfkernen statt der Ausweisung neuer Baugebiete verhindert den Flächenverbrauch, schafft intakte Lebensräume und schont kommunale Finanzen.

Wie wollen wir das erreichen?

Die CDU Rheinland-Pfalz setzt sich für eine sinnvolle Verzahnung von Dorferneuerung und Städtebauförderung ein, damit auch Stadtteile berücksichtigt werden können. Zudem werden wir auch Private und Stiftungen verstärkt in Investitionen für Kerngebiete einbinden. Eine zweckmäßige Innenentwicklung muss hier Vorrang vor der Außenentwicklung haben. Hierfür können auch stärkere finanzielle Anreize seitens des Landes geschaffen werden.

- 1) Zur Neuordnung des kommunalen Finanzausgleiches werden wir ein Gutachten in Auftrag geben
- 2) Wir werden den kommunalen Finanzausgleich verfassungskonform gestalten und das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes ernst nehmen
- 3) Mit uns wird es eine Verwaltungs- und Kommunalreform ohne Zwangsfusionen geben. Wir richten die Reform an Bürgernähe, Effizienz, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit aus
- 4) Wir werden eine Ideenbörse einrichten, die die Standards auf ihre Notwendigkeit hin überprüft und verschlankt
- 5) Wir geben der Orts- und Stadtkernsanierung den Vorrang vor neuen Baugebieten, um den Flächenverbrauch einzudämmen

2.2 Sicherheit, auf die wir uns verlassen können – Hilfe für die Helfer

2.2.1 Polizei

Was wollen wir?

Wir wollen unserer Polizei den Rücken stärken. Dies gilt sowohl für den rechtlichen Rahmen, als auch für Ausstattung, Ausbildung und ihr Ansehen in der Bevölkerung. Die Rolle der Polizei als Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft soll gestärkt werden. Nur eine gut ausgestattete Polizei kann für ausreichende Sicherheit und Ordnung in Rheinland-Pfalz sorgen.

Warum wollen wir das?

Seit 1991 ist die Zahl der in Rheinland-Pfalz erfassten Straftaten von 213.000 auf 283.000 im Jahr 2009 gestiegen – ein Anstieg von rund 34 Prozent. Der quantitative und qualitative Anstieg von Kriminalität und Einsatzlagen in Rheinland-Pfalz sowie ein erheblicher Aufgabenzuwachs für unsere Polizei in Rheinland-Pfalz sind mit einer Polizeistärke von heute nicht mehr zu bewältigen.

Wie wollen wir das erreichen?

Eine CDU-geführte Landesregierung wird darauf Wert legen, dass neben einer Verstärkung durch Polizei-/Kriminalbeschäftigte eine angemessene Anzahl von Polizeibeamtinnen und -beamten eingestellt werden, um die zukünftigen Sicherheitsanforderungen erfüllen zu können. Hierbei soll verstärkt auf die Erhöhung des Anteils von „Deutschen mit Migrationshintergrund“ für den Polizeidienst („sog. Brückebauer“) geachtet werden. Die zunehmende ethnische und kulturelle Vielfalt der deutschen Gesellschaft macht es erforderlich, dass sich dies auch bei der Nachwuchsgewinnung abbildet. Hierzu muss das bisherige Auswahl- und Rekrutierungssystem überprüft und deutlich verbessert werden.

Die zunehmende Gewalt gegenüber Polizeibeamten wird von der CDU Rheinland-Pfalz nicht geduldet. Wir setzen uns für Sonderdezernate bei den Staatsanwaltschaften ein, die diese Fälle bearbeiten. Wir wollen Gewalt gegenüber Polizeibeamten zukünftig härter bestrafen und damit den Schutz für diesen Personenkreis verbessern.

Schulen müssen sicherer werden. Präventionsmaßnahmen gegen die Verharmlosung von Drogen, gegen Gewalt und Amokläufe müssen in den schulischen Alltag dauerhaft integriert werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Einsatz von Streitschlichtern und der Schulsanitätsdienst ausgebaut werden. Die CDU Rheinland-Pfalz steht für Aufklärung junger Menschen über politischen Extremismus und wir lassen Extremisten des linken und rechten Spektrums keine Entfaltungschancen. Ursachen von Extremismus werden wir mit langfristigem Engagement und Prävention bekämpfen.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird sich dafür einsetzen, das Ausweisungs-/Einbürgerungsrecht zu vereinfachen bzw. zu verändern. Wir werden keine Einbürgerung von Straftätern akzeptieren.

Der starken Belastung im Wechselschichtdienst wollen wir durch eine weitere Faktorisierung des Wechselschichtdienstes gerecht werden, dazu soll auch der Wechselschichtdienst von mehr als 25 Jahren eine ausreichende Berücksichtigung finden. Die Lebensarbeitszeit bei der Polizei muss sowohl für den gehobenen als auch für den höheren Dienst identisch sein.

2.2.2 Feuerwehren, Rettungsdienste, Katastrophenschutz

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz bekennt sich klar zu den Feuerwehren, Rettungsdiensten und dem System des Katastrophenschutzes. Das dezentrale Versorgungssystem hat in Rheinland-Pfalz eine lange und erfolgreiche Tradition und soll auch in Zukunft erhalten werden.

Warum wollen wir das?

Feuerwehren, Rettungsdienste und Katastrophenschutz sehen sich mit neuen Herausforderungen konfrontiert, die es zu bewältigen gilt. Der demografische Wandel wird in Zukunft auch Rheinland-Pfalz treffen und die personelle Struktur der Organisationen verändern. Durch neue Bedrohungslagen haben sich die Aufgaben der Vereinigungen gewandelt. Für dieses Ziel müssen die Wehren hinreichend einsatzfähig sein.

Wie wollen wir das erreichen?

Um den Folgen des demografischen Wandels entgegenzusteuern, will die CDU Rheinland-Pfalz die Jugendorganisationen der Verbände stärken. Durch gezielte Nachwuchsarbeit können die lokalen Feuerwehren auch in Zukunft weiterhin Bestand haben.

Wir streben die Einrichtung einer Feuerwehrstiftung zur Absicherung von Einsatzgefahren und zur Förderung des Ehrenamtes an.

Die CDU Rheinland-Pfalz setzt sich für einen jährlichen „Tag der Hilfsdienste“ an rheinland-pfälzischen Schulen ein, um junge Menschen für die Tätigkeiten der Hilfsdienste zu begeistern.

Um Kosten bei der Beschaffung der Feuerwehren einzusparen, setzen wir uns für eine landeseinheitliche Beschaffung des Bedarfs nach hessischem Vorbild ein. Durch eine sog. „Landesbeschaffungsaktion“ wird zunächst der Gesamtbedarf ermittelt und dann in großen Stückzahlen eingekauft. Wir erhoffen uns dadurch massive finanzielle Einsparungen bei Aufrechterhaltung der jetzigen technischen Ausstattung.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird das Projekt der „First Responder – Helfer vor Ort“ weiterhin stark unterstützen und eine Integration in den Rettungsdienst anstreben.

2.2.3 Bundeswehr

Was wollen wir?

Innere und äußere Sicherheit bedingen sich wechselseitig. Ohne eine stabile äußere Sicherheit kann innere Sicherheit nicht gewährleistet werden. Daher setzen wir uns auf der Grundlage unserer Verfassung für eine leistungsstarke Bundeswehr ein, die ihren Auftrag, die Landesverteidigung, erfüllen und ihren Verpflichtungen in den Bündnissen nachkommen kann.

Warum wollen wir das?

Die Bürger des Landes Rheinland-Pfalz haben seit Bestehen der Bundeswehr die standortbedingten Lasten unserer Bundeswehr und der Bündnispartner gerne getragen. Bundeswehr und Bündnispartner waren ein erheblicher Wirtschaftsfaktor in unserem Land. Ihre qualitativ hochwertigen Ausbildungs- und Arbeitsplätze sind für uns unverzichtbar. Für unsere vornehmlich mittelständische Industrie, Handwerk und Gewerbe ist die Bundeswehr in unserem Lande ein unverzichtbarer Auftraggeber, der durch hohe technische Anforderungen und Qualitätsstandards hochwertige Arbeitsplätze sichert.

Wie wollen wir das erreichen?

Mit der beschlossenen Aussetzung der Wehrpflicht ab März 2011 und der Verkleinerung der Truppenstärke auf 185.000 Soldatinnen und Soldaten kann dies – trotz Einrichtung eines freiwilligen Wehrdienstes – auch merkliche Auswirkungen auf einzelne Standorte in Rheinland-Pfalz haben. Eine CDU-geführte Landesregierung wird unter Rückgriff auf die bisherigen Konversionserfahrungen die erforderlichen Anpassungen unterstützend begleiten und regionale Nachteile versuchen auszugleichen.

2.2.4 Zivildienst

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz will die Umstrukturierung des Zivildienstes zum Bundesfreiwilligendienst unterstützend begleiten.

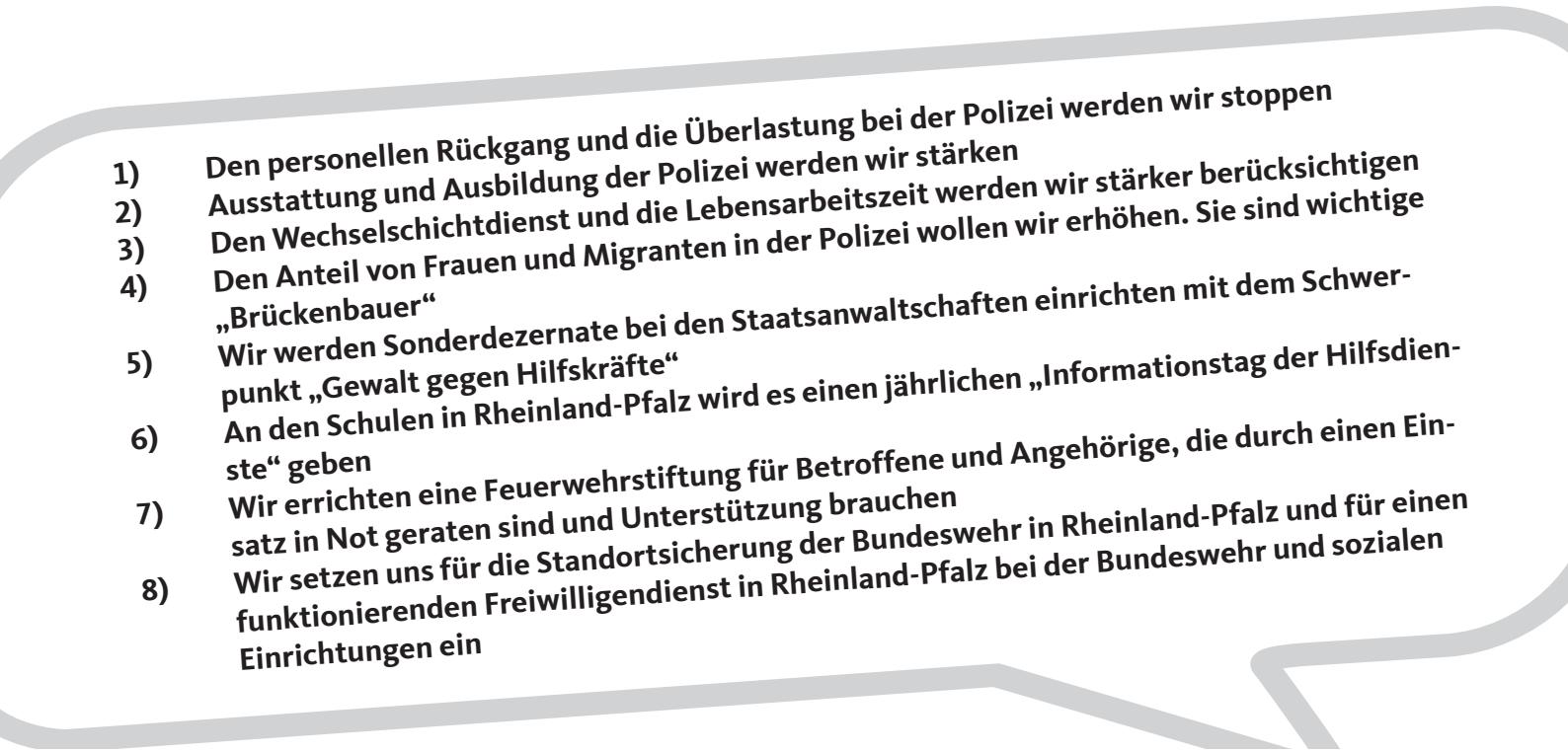
Warum wollen wir das?

Viele soziale Träger rechnen fest mit der Mitarbeit von Zivildienstleistenden. Durch die Aussetzung der Wehrpflicht und damit verbunden auch des Zivildienstes werden viele Hilfätigkeiten in Frage gestellt. Dies soll durch die Einführung des Bundesfreiwilligendienstes verhindert werden.

Wie wollen wir das erreichen?

Wir wollen die Umsetzung des Bundesfreiwilligendienstes mit einer engen Verzahnung aller Beteiligten zügig und wirkungsvoll umsetzen. Darüber hinaus soll der Einsatz der Teilnehmer des Bundesfreiwilligendienstes auch auf Bereiche wie Sport, Integration, Kultur und Bildung ausgedehnt werden.

Wir halten den Weg der SPD, das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) aufzugeben, für falsch. Die Landesregierung spekuliert auf eine Ablösung der ländereigenen Projekte durch den vom Bund geplanten Bundesfreiwilligendienst. Wir wollen ein eigenes rheinland-pfälzisches Profil in diesem Bereich herausbilden und Projekte wie das bundesweit einzigartige FÖJ im Weinbau beibehalten.

- 
- 1) Den personellen Rückgang und die Überlastung bei der Polizei werden wir stoppen**
 - 2) Ausstattung und Ausbildung der Polizei werden wir stärken**
 - 3) Den Wechselschichtdienst und die Lebensarbeitszeit werden wir stärker berücksichtigen**
 - 4) Den Anteil von Frauen und Migranten in der Polizei wollen wir erhöhen. Sie sind wichtige „Brückenbauer“**
 - 5) Wir werden Sonderdezernate bei den Staatsanwaltschaften einrichten mit dem Schwerpunkt „Gewalt gegen Hilfskräfte“**
 - 6) An den Schulen in Rheinland-Pfalz wird es einen jährlichen „Informationstag der Hilfsdienste“ geben**
 - 7) Wir errichten eine Feuerwehrstiftung für Betroffene und Angehörige, die durch einen Einsatz in Not geraten sind und Unterstützung brauchen**
 - 8) Wir setzen uns für die Standortsicherung der Bundeswehr in Rheinland-Pfalz und für einen funktionierenden Freiwilligendienst in Rheinland-Pfalz bei der Bundeswehr und sozialen Einrichtungen ein**

2.3 Sport an der Spitze und in der Breite – Angebote für alle

Die Sportpolitik der CDU in Rheinland-Pfalz unterstützt den Sport in seiner ganzen Vielfalt. Eine verlässliche Förderung der Vereine und der dort ehren- und hauptamtlich Tätigen ist das wesentliche Ziel. Breitensport leistet einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der Gesundheit. Daher legt die CDU Rheinland-Pfalz enormen Wert auf die Förderung des Breitensports, statt die Entwicklung von Großprojekten voranzutreiben. Sport ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, sichert und schafft Arbeitsplätze. Wir wollen die Bedeutung des Sports für unsere Gesellschaft stärken.

2.3.1 Sport in der Schule

Was wollen wir?

Viele junge Menschen kommen in der Schule erstmals mit Sport in Berührung. Wir wollen die Bedeutung des Schulsports für die Entwicklung unserer Kinder stärken.

Warum wollen wir das?

Sport hat im schulischen Bereich eine vielschichtige Aufgabe. Neben seiner präventiven Funktion für die Gesundheit stärkt Sport Gemeinschaftsgefühl und Integration. Daher gilt es, Schulsport zu stärken.

Wie wollen wir das erreichen?

Die CDU Rheinland-Pfalz kritisiert den permanenten massiven Stundenausfall im Fach Sport, insbesondere in den Gymnasien und den Berufsschulen. Gerade der vorschulischen Bewegungserziehung und dem Schulsport kommt eine besondere Bedeutung zu.

Wir brauchen in den rheinland-pfälzischen Ganztagschulen Konzepte einer besseren Zusammenarbeit mit den Vereinen. Sportfördermaßnahmen sollten mehr Beachtung im schulischen Sportunterricht finden.

Auf dem Gesundheitssektor ist der Schulsport zusammen mit entsprechender Ernährungsberatung zu fördern und auszubauen. Hierbei müssen die Vereine und Ernährungswissenschaftler Hand in Hand arbeiten, um gemeinsam durch Aktionen körperlichen Spätfolgen vorzubeugen.

2.3.2 Sport verbindet Menschen

Was wollen wir?

Sportvereine tragen zur Integration bei und müssen deshalb in ihrem Angebot stärker unterstützt werden. Sie benötigen hierbei mehr Hilfe von Seiten des Landes, damit sie ihren Aufgaben auch in Zukunft nachkommen können. Die Ausübung von Sport darf nicht an den finanziellen Verhältnissen des Einzelnen scheitern. Dazu muss von den Vereinen ein entsprechendes Angebot für sozial Schwache und für Menschen mit Migrationshintergrund bereitgehalten werden.

Warum wollen wir das?

Sport hat einen starken verbindenden Charakter. In ihm finden sich unterschiedlichste Menschen zusammen. Alter, Nationalität, Aussehen oder Behinderungen sind in Sportvereinen zweitrangig. Die integrative Wirkung des Sports gilt es zu verstärken.

Wie wollen wir das erreichen?

Vereine tragen eine hohe soziale Verantwortung. Sie sollten deshalb auch im Angebotsbereich Programme, z. B. zur Gewaltprävention, anbieten. Hierbei würde sie eine CDU-geführte Landesregierung stärker unterstützen.

Die CDU Rheinland-Pfalz erkennt frühzeitig die Herausforderungen des demografischen Wandels. Daher muss das Sportangebot für Menschen ab 50 Jahren weiter ausgebaut werden. Sport im Alter hält Körper und Geist länger fit und reduziert die Gefahr von Krankheiten.

Es müssen mehr Anreize für Menschen mit Behinderungen im sportlichen Bereich geschaffen werden. Der barrierefreie Zugang zu Sportstätten muss gewährleistet sein.

- 
- 1) Förderung des Breitensports statt Fokussierung auf Vorzeigeprojekte
 - 2) Wir werden den Schulsport stärken und gegen weiteren Ausfall vorgehen
 - 3) Wir werden die Sportvereine unterstützen und in die Ganztagschulkonzepte stärker einbinden
 - 4) Integration durch und Barrierefreiheit im Sport werden wir fördern
 - 5) Wir setzen uns ein, für die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes der Bundesregierung (Übernahme von Sportvereinsbeiträgen) für Kinder aus finanziell schwachen Familien. Wir setzen uns dafür ein, dass Rheinland-Pfalz Modellland wird

2.4 Starkes Ehrenamt – Einsatz füreinander

Was wir wollen?

Die CDU Rheinland-Pfalz will das Ehrenamt in unserer Gesellschaft stärken. Wir wollen Bürger, die sich freiwillig und ehrenamtlich für unser Gemeinwesen engagieren, die bestmöglichen Rahmenbedingungen für ihre Aktivitäten bieten und bei ihrer Arbeit unterstützen.

Warum wollen wir das?

Viele Menschen in Rheinland-Pfalz engagieren sich ehrenamtlich für unser Gemeinwesen. Viele Verbände und Vereinigungen profitieren von diesem Engagement. Wir wollen die ehrenamtlichen Strukturen stärken, um Rheinland-Pfalz zum Vorreiter ehrenamtlichen Engagements zu machen. Die geleistete Freiwilligenarbeit wollen wir hinreichend anerkennen.

Wie wollen wir das erreichen?

Die CDU Rheinland-Pfalz fordert die Einführung einer Ehrenamtskarte, mit der die Inhaber bei der Nutzung von öffentlichen und privaten Einrichtungen und Veranstaltungen echte Vergünstigungen erhalten. Die Vergünstigungen erhalten die Ehrenamtskarteninhaber über Partner des Programms, die dieses positiv für ihr Image nutzen können.

Die durch das Ehrenamt erworbenen Kompetenzen sollten auch im Berufsleben Berücksichtigung finden.

- 
- 1) Wir stärken die Freiwilligenarbeit und fördern ihre Anerkennung
 - 2) Mit uns wird es in Rheinland-Pfalz eine Ehrenamtskarte geben, die mit den Ehrenämtlern, den Institutionen und Leistungsanbietern regelmäßig weiter entwickelt wird
 - 3) Eine CDU-geführte Landesregierung wird ehrenamtlich Tätige bei der Einstellung besonders berücksichtigen

3. Bildung, die Chancen schafft Angebot der Vielfalt statt Einheitsweg

3.1 Gute Bildung braucht Freiraum

Die CDU Rheinland-Pfalz setzt auf die Freiheit und Verantwortung der Einzelnen, auf Bildungspartnerschaft mit Schülern, Eltern und Lehrern, und wir garantieren die Wahlfreiheit aus der Vielfalt von Angeboten und Chancen, statt einen Einheitsweg vorzugeben. Zugleich werden wir die Unterstützung und Hilfestellung dort verstärken, wo sie nötig ist.

Die Bildung unserer Kinder entscheidet heute, wo wir morgen stehen werden – als Gesellschaft, aber vor allem auch als einzelner Mensch. Die Bildungsgänge zielen auf die Entwicklung selbstständiger und lebenstüchtiger Persönlichkeiten, die Verantwortung für sich und andere tragen und die über eigenständige kritische Urteilsfähigkeit verfügen.

Daher steht unsere Politik für einen Rahmen verbindlicher Bildungsinhalte. Denn: Verlässliche Wertorientierung ist gerade in unserer schnelllebigen und hoch komplexen Welt unverzichtbar.

Persönlichkeitsbildung heißt auch und gerade in einer Zeit, in der der ökonomische Druck in der gesamten Gesellschaft erheblich zugenommen hat: kulturelle Teilhabe für alle Kinder. Daher legen wir besondere Wert auf Leseförderung, auf musiche und künstlerische Bildung sowie auf Sport und Bewegung.

Dabei setzen wir besonders auf das Engagement der Pädagogen, aber auch auf das ehrenamtliche Engagement von Eltern, Bürgern sowie Vereinen und Institutionen, die mit Schulen kooperieren – und der Generationen: Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe für Alt und Jung.

Im Mittelpunkt aller Anstrengungen einer CDU-geführten Landesregierung steht die Verbesserung der Bildungsqualität und der Chancengerechtigkeit für alle sowie die Motivation von Bildungs- und Aufstiegswillen. Denn Aufstieg durch Bildung ist in unserer Gesellschaft nach wie vor möglich – und aufgrund der demografischen Entwicklung ist er es in Zukunft sogar mehr als zuvor. Hier liegen die Zukunftschancen – unserer Kinder und unserer Gesellschaft. Darum stehen wir für eine Kultur der Leistungsbereitschaft und der Wertschätzung von Bildungserfolgen – auf allen Ebenen und in allen Schulformen.

Gute Bildung braucht Freiheit – Freiheit der Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder und bei der Schulwahl ebenso, wie die Freiheit der Schulen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und der Ausgestaltung ihres Profils.

Freiheit erfordert Selbstverantwortung aller. Dazu brauchen alle Beteiligten Vertrauen. Eltern müssen den Bildungsinstitutionen vertrauen können, dass sie alle Möglichkeiten einsetzen, die Kinder bestmöglich zu fördern. Schulen müssen sich auf zuverlässige Strukturen und die notwendige Unterstützung verlassen können. Und Politik muss Eltern und Schule mit ihren praktischen Erfahrungen vertrauen. Deshalb muss Schluss sein mit ständigen Evaluationen, Kontrollen und Überregulierungen von oben.

Selbstverantwortung und Freiheit im Rahmen verbindlicher Standards für alle – das ist die Grundlage für mehr Leistungsbereitschaft, die wir unterstützen wollen. Jedes Kind hat unterschiedliche Talente. Diese wollen wir fördern und jedem jungen Menschen die Möglichkeit geben, seine Fähigkeiten voll zu entfalten.

3.1.1 Eigenverantwortung der Schulen stärken

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz will, dass rheinland-pfälzische Schulen erweiterte Entscheidungsspielräume im Bereich der Budgets und des Personals erhalten und dass ihnen zusätzliche dienstrechtliche Befugnisse übertragen werden.

Warum wollen wir das?

Wir vertrauen in die hohe praktische, fachliche und pädagogische Kompetenz unserer Lehrerkollegien und Schulleitungen vor Ort.

Wie wollen wir das erreichen?

Die einzelnen Schulen sollen in ihrer pädagogischen Arbeit nicht von starren bürokratischen Vorgaben aus dem Ministerium behindert werden. Deshalb werden wir diese abbauen und den Schulen substantielle Gestaltungsräume eröffnen. Zudem werden wir bei der Verlagerung zusätzlicher Aufgaben auf die Schulen immer auch die Zuweisung notwendiger Ressourcen anpassen.

Im Laufe dieses Prozesses ändert sich insbesondere das Tätigkeitsprofil der Schulleitung. Deshalb werden wir Aus- und Fortbildungskurse konzipieren, die auf die neuen, erweiterten Aufgaben vorbereiten.

Wir wollen eine schulinterne Rückmeldungs-Kultur einführen, um die Qualität des Unterrichts empirisch durch Schüler überprüfen zu können. Schüler können beurteilen, ob der zu unterrichtende Stoff durchdringt oder nicht.“

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die pädagogische Leitung größerer Schulen und Schulzentren eine kaufmännisch-administrative Unterstützung bekommen. So können Schulen den organisatorischen und pädagogischen Herausforderungen erweiterter Eigenständigkeit adäquat begegnen.

Eigenverantwortung kann nicht übergestülpt werden. Deshalb werden wir den Prozess der eigenverantwortlichen Schule schrittweise, im Dialog mit den Schulen und auf freiwilliger Basis gestalten.

3.1.2 Unterrichtsausfall stoppen

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz wird den Unterrichtsausfall stoppen.

Warum wollen wir das?

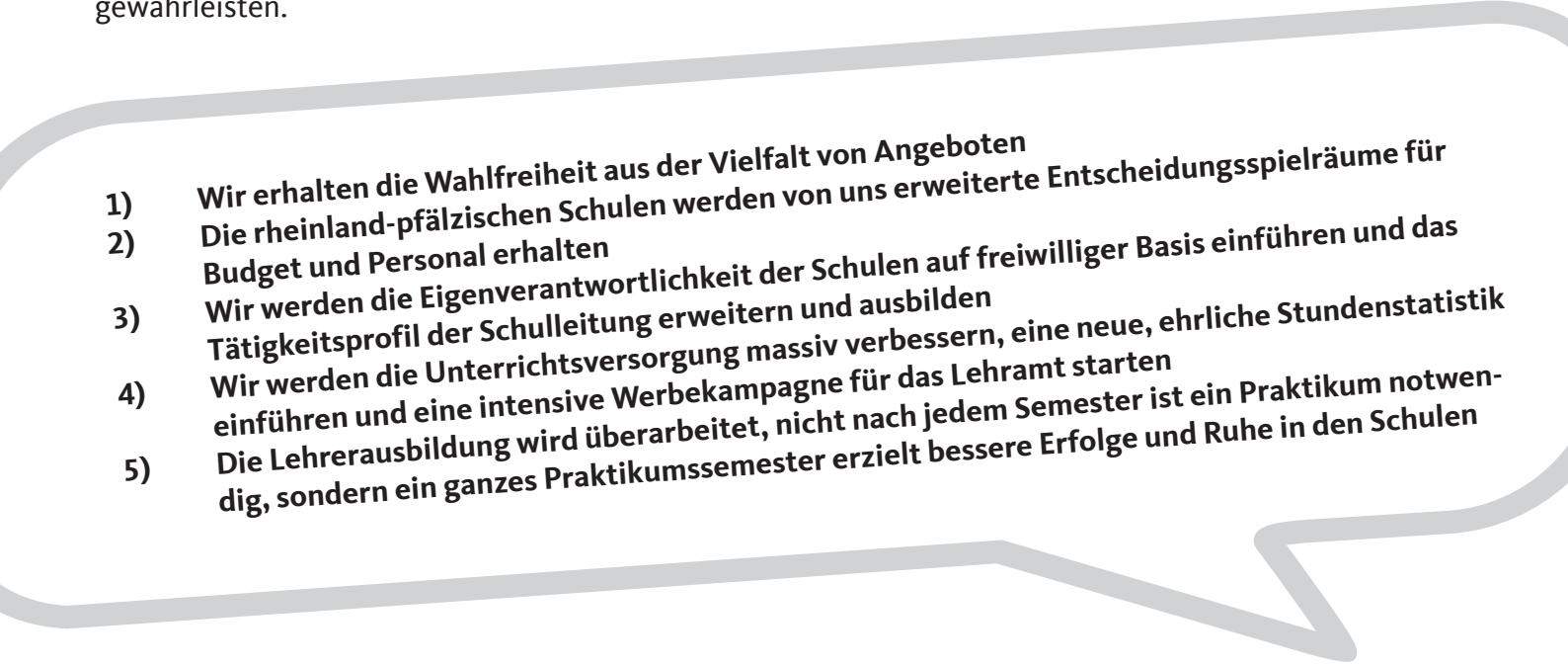
Eine Grundvoraussetzung für erfolgreiches Lernen ist Unterricht. Dieser wird aber in Rheinland-Pfalz zu einem viel zu großen Anteil gar nicht mehr erteilt. Über drei Wochen Unterricht fallen in einem Schuljahr pro Schüler aus. Bis zum Ende der Schulzeit bedeutet das ein komplettes Jahr ausgefallener Unterricht – und damit auch fehlende Kenntnisse eines ganzen Jahres.

Besonders dramatisch ist die Situation an den Berufsbildenden Schulen sowie den Förderschulen. Aber auch an allen anderen Schularten mehren sich die Elternproteste gegen den massiven Unterrichtsausfall. Fast 70 Prozent der Rheinland-Pfälzer sehen hier ein großes Problem.

Gleichzeitig wird ein großer Teil des Unterrichts inzwischen von nicht ausreichend qualifizierten Vertretungskräften statt von ausgebildeten Fachlehrern gehalten. Lehramtsstudenten werden zu Hunderten nicht zum Referendariat zugelassen, sondern im direkten Anschluss an die Ablehnung als Vertretungen mit einem Dumpinglohn beschäftigt. Dieses Modell der bisherigen SPD-Landesregierung ist skandalös!

Wie wollen wir das erreichen?

Schüler haben nicht nur eine Pflicht – sie haben auch ein Recht auf Unterricht. Deshalb wollen wir die Unterrichtsversorgung massiv verbessern und ausreichend Lehrer einstellen. Dies wollen wir mit einer Erhöhung der Seminarkapazitäten für Referendare und einer intensiven Werbekampagne für das Lehramtsstudium erreichen. In den Bedarfsfächern wollen wir aber auch geeigneten Seiteneinstiegern attraktive Angebote machen und sie ausreichend qualifizieren, um qualitativ hochwertigen Unterricht zu gewährleisten.

- 
- 1) Wir erhalten die Wahlfreiheit aus der Vielfalt von Angeboten
 - 2) Die rheinland-pfälzischen Schulen werden von uns erweiterte Entscheidungsspielräume für Budget und Personal erhalten
 - 3) Wir werden die Eigenverantwortlichkeit der Schulen auf freiwilliger Basis einführen und das Tätigkeitsprofil der Schulleitung erweitern und ausbilden
 - 4) Wir werden die Unterrichtsversorgung massiv verbessern, eine neue, ehrliche Stundenstatistik einführen und eine intensive Werbekampagne für das Lehramt starten
 - 5) Die Lehrerausbildung wird überarbeitet, nicht nach jedem Semester ist ein Praktikum notwendig, sondern ein ganzes Praktikumssemester erzielt bessere Erfolge und Ruhe in den Schulen

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz steht für wirkliche Wahlfreiheit der Eltern zwischen verschiedenen Betreuungsformen: Tagespflege, Krippe und Kindergarten, und ebenso die Betreuung im Elternhaus. Gleichzeitig setzen wir uns für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen der frühkindlichen Bildung ein.

Warum wollen wir das?

Die Grundsteine für gelingende Bildung werden früh gelegt. Der vorschulische Bereich hat sich in den vergangenen Jahren sehr verändert. Immer mehr Kinder unter 3 Jahren werden, unter anderem auch Dank der Ausbauinitiative der CDU-geführten Bundesregierung, in Kindergärten, Krippen und in der Tagespflege betreut. Aber nicht nur die Betreuungssysteme, auch die Ansprüche an frühkindliche Bildung haben sich verändert. Die Landesregierung hat den veränderten Bedürfnissen in der Kinderbetreuung bisher kaum Rechnung getragen. Durch eine verfehlte Personalpolitik werden wir in den kommenden Jahren sogar auf einen Mangel an Erzieherinnen und Erziehern zusteuern. So geht es nicht!

Wie wollen wir das erreichen?

Gerade die Bildungs- und Erziehungsleistung der Eltern erfährt durch die CDU höchste Wertschätzung. Wir wenden uns gegen einen pauschalen Misstrauensverdacht gegenüber der Erziehungskompetenz der Eltern. Entscheidend für unsere Kinder sind eine anregungsreiche Umgebung und die persönliche Bindung.

Um Eltern bedarfsgerecht zu unterstützen, wollen wir die aufsuchende Familienhilfe stärken. Zugleich wollen wir Kindertagesstätten und Kindergarten zu Familienzentren ausbauen, in denen Eltern Rat in Fragen der Erziehung, des Alltags und praktischer Probleme sowie einen Ort für Begegnung und Austausch finden. Hier bieten sich für die Kindertagesstätten Möglichkeiten, auch mit Vereinen und Initiativen zu kooperieren. Jedes Kind braucht Zeit und Aufmerksamkeit. Denn Bildung braucht Bindung. Deshalb muss auch in Kindertagesstätten die Erzieher-Kind-Relation diesen Bedürfnissen angepasst werden.

- 1) Wir entwickeln Kindertagesstätten und Kindergärten zu Familienzentren weiter. Sie werden Ort der Begegnung und des Austausches zu Alltagsfragen, um die aufsuchende Familienhilfe zu stärken
- 2) Die Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen wird vertieft
- 3) Wir entwickeln feste Leistungsstandards und Lerninhalte, sorgen für Transparenz in der Notengebung und für eine intensive Beratung zur weiteren Schullaufbahn des Kindes
- 4) Im 4. Lebensjahr werden wir die Sprachfähigkeiten aller Kinder verbindlich testen, wenn nötig kontinuierlich fördern und diese Förderung ohne Brüche in die Schulen weiter tragen
- 5) Das letzte Kindergartenjahr wird ein verpflichtendes Vorschuljahr
- 6) Die Klassenmesszahl in den Grundschulen werden wir schrittweise auf 20 Schüler reduzieren
- 7) Die Abschaffung der Noten in Klasse 3 werden wir rückgängig machen
- 8) Wir werden ein Expertennetz aus den Bereichen Sozialarbeit, Ergotherapie und Psychologie aufbauen, die den Grundschulen bei Bedarf zur Seite stehen
- 

3.1.4 Sprache als Schlüssel zum Erfolg

Was wollen wir?

Eine CDU-geführte Landesregierung legt das Augenmerk auf eine frühzeitige und kontinuierliche Sprachförderung.

Warum wollen wir das?

Sprache ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Bildungskarriere. Ohne ausreichende Sprachkenntnisse ist die erfolgreiche Teilnahme an schulischen wie gesellschaftlichen Abläufen nicht möglich.

Wie wollen wir das erreichen?

Verbindliche Sprachtests im 4. Lebensjahr für alle Kinder, nicht nur aus Migrantenfamilien, und eine daran anschließende kontinuierliche Sprachförderung in Kindertagesstätten und Schulen garantieren, dass kein Kind ohne ausreichende deutsche Sprachkenntnisse eingeschult wird. Gerade auf das letzte Kindergartenjahr werden wir durch verbindliche Förderung in Vorschulgruppen ein besonderes Augemerk legen. Dazu gehört eine Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen. Das letzte Kindergartenjahr möchten wir verpflichtend als Vorschulklasse umgestalten.

3.1.5 Vorfahrt für Grundschulen

Was wollen wir?

Wir wollen die qualitativen Rahmenbedingungen der rheinland-pfälzischen Grundschulen an die neuen Herausforderungen anpassen. Zudem wollen wir die inhaltlichen Anforderungen transparent und realitätsnah festschreiben sowie eine möglichst wohnortnahe Grundschule ermöglichen.

Warum wollen wir das?

In der Grundschule werden nicht nur grundlegende Fertigkeiten und elementares Kulturwissen vermittelt, sondern auch das Interesse an Bildung überhaupt. Wer in diesem Bereich spart, der spart irreversibel an der Zukunft unserer Kinder.

Die neue Grundschulordnung hat bei Lehrkräften, Eltern und Schülern in weiten Teilen Verunsicherung über die zu unterrichtenden Lehrinhalte und die Grundlagen der Leistungsfeststellung hinterlassen.

Wie wollen wir das erreichen?

Wir werden den demografischen Wandel dazu nutzen, die Klassenmesszahlen schrittweise auf 20 Schüler zu reduzieren. Die Sprachförderung, die im Kindergarten begonnen hat, wird in der Grundschule konsequent fortgesetzt. Wir werden zudem in den kommenden Jahren ein Expertennetz aus den Bereichen der Sozialarbeit, der Ergotherapie und Psychologie aufbauen, auf das im Bedarfsfall alle rheinland-pfälzischen Grundschulen zugreifen können. Damit lösen wir bei den Grundschülern das Versprechen der individuellen Förderung ganz konkret ein. Ein gleichwertiger Förderanspruch besteht natürlich auch gegenüber hochbegabten Kindern.

Wir werden gemeinsam mit der Lehrerschaft der rheinland-pfälzischen Grundschulen wieder einen festen Bestand an Inhalten und Leistungsstandards vereinbaren. Zudem werden wir den Eltern wieder mehr Transparenz in der Notengebung auf Grundlage allgemeinverbindlicher Bildungsziele garantieren. Zu dieser neuen Transparenz gehören für uns intensive Beratungsgespräche zum Ende der dritten Klasse über die weitere Schullaufbahn des Kindes

3.1.6 Wahlfreiheit und Durchlässigkeit – Schwerpunkt auf Inhalt statt Struktur

Was wollen wir?

Wir wollen ein übersichtliches und talentgerechtes Schulangebot mit klarem Profil. Mit einem vielfältigen, differenzierten Schulangebot erhalten wir den rheinland-pfälzischen Eltern dauerhaft das Recht auf Wahlfreiheit. Wir wollen eine konsequente Aufstiegsorientierung und gewähren zugleich höchstmögliche Durchlässigkeit. Deshalb wollen wir keine neuen Schulstrukturdebatten, sondern richten unser Augenmerk auf dringend notwendige qualitative Weiterentwicklungen und inhaltliche Ausgestaltung.

Warum wollen wir das?

Jedes Kind bringt unterschiedliche Talente, Neigungen und Bedürfnisse mit. Deshalb gilt für uns: Wir wollen nicht für alle das gleiche, sondern für jeden das passende schulische Angebot.

Die Einführung der Realschule Plus hat große Unruhe in die Schulen gebracht, ohne die Situation für die Schüler zu verbessern. Eine intensivere Förderung für die Schüler im Berufsreifegang fehlt, gleichzeitig herrscht bei den früheren Realschülern Angst vor einem Absinken des Leistungsniveaus.

Wie wollen wir das erreichen?

Realschulen Plus und Gesamtschulen bilden den praxis- und aufstiegsorientierten Bereich der weiterführenden Schulen. Sie werden rechtlich gleichgestellt. Die Gesamtschulen erhalten ebenso wie die Realschulen Plus einen verbindlichen Wahlpflichtfachbereich. In der Regel werden Realschulen Plus kooperativ und Gesamtschulen integrativ geführt.

In der Orientierungsstufe können die Schulen aus pädagogischen Gründen wieder eine äußere Fachleistungsdifferenzierung einführen. Alle Schulen erhalten für diese Jahrgangsstufen gesonderte Zuweisungen an Förderstunden. Wechselt ein Kind am Ende der Orientierungsstufe in ein Gymnasium, so erhält die aufnehmende Schule zusätzliche Ressourcen für eine pädagogische Begleitung des Übergangs.

Alle Erfahrungen belegen: konkrete praktische Anbindung an die Berufswelt ist vielfach der Schlüssel für den schulischen und beruflichen Erfolg! Daher brauchen wir eine intensive Zusammenarbeit mit den Berufsbildenden Schulen und der Wirtschaft. Dies gilt besonders für diejenigen Schülerinnen und Schüler, die den Berufsreifeabschluss anstreben. Bereits ab Klasse 8 werden wir daher begleitete wöchentliche Praxistage einführen. Dies steigert Lernmotivation und Leistung und eröffnet gleichzeitig Kontakte zu möglichen Ausbildungsbetrieben. Nach der Sekundarstufe I wird allen Schülern der Anschluss in ein weiteres schulisches Angebot bzw. eine berufliche Ausbildung garantiert.

Zu einer Realschule Plus bzw. einer Gesamtschule gehört immer eine Oberstufe. Diese ist entweder an die Schule selbst angebunden oder wird in enger organisatorischer und pädagogischer Kooperation mit einem Gymnasium bzw. einer Berufsbildenden Schule geführt.

Das Gymnasium ist der klassische, bewährte Weg zum Abitur, orientiert am humanistischen Bildungsideal.

Die CDU Rheinland-Pfalz bekennt sich zum Gymnasium ab Klasse 5. Um allen Kindern optimale Startvoraussetzungen zu geben, erhält auch das Gymnasium in der Orientierungsstufe eine gesonderte Zuweisung an Förderstunden. Gemeinsame Orientierungsstufen mit Realschulen Plus können auf Wunsch der Schulen aufgehoben werden. Um den unterschiedlichen Begabungen gerecht zu werden, sollen Schülerinnen und Schüler am Ende der Klassenstufe 6 die Wahl zwischen dem 8- und 9-jährigen Weg zum Abitur haben. Damit beenden wir auch die rheinland-pfälzische Insellösung des Abiturs nach 12½ Jahren.

Die Umstellung zur Möglichkeit des achtjährigen Wegs zum Abitur bedarf umfassender Vorbereitung. Wir werden sie nicht von oben verordnen, sondern sicherstellen, dass sie nur in enger Kooperation mit Schulleitungen sowie Schüler-, Lehrer- und Elternvertretern durchgeführt wird.

Besondere Profile wie der MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik), alt-sprachliche bzw. bilinguale Zweige oder auch die Hochbegabtenförderung unterstützen wir ausdrücklich. Diese sind auch bei Stundenzuweisungen entsprechend zu berücksichtigen.

3.1.7 Landeseinheitliche Abschlussprüfungen

Was wollen wir?

Eine CDU-geführte Landesregierung wird landeseinheitliche Abschlussprüfungen einführen.

Warum wollen wir das?

Landesweit einheitliche Abschlussprüfungen in allen Bildungsgängen sind ein Zeichen von Bildungsge rechtigkeit. Sie stellen sicher, dass Bildungsstandards erreicht werden und geben gleiche Chancen bei der Bewerbung um einen Ausbildungs- oder Studienplatz.

Wie wollen wir das erreichen?

Wir wollen schrittweise an allen Schulen der Sekundarstufe I und II landeseinheitliche Abschlussprüfungen einführen, die zugleich hinreichende Freiräume für die individuelle Gestaltung des Unterrichts lassen. Wir werden darauf achten, dass die Bildungsstandards durch die landeseinheitlichen Abschlussprüfungen nicht gesenkt werden.

3.1.8 Erweiterung der Aufstiegsoptionen in der Beruflichen Bildung

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz bekennt sich zum Dualen Ausbildungssystem und will die Aufstiegsorientierung der Berufsbildenden Schulen weiter ausbauen.

Warum wollen wir das?

Wie keine andere Schulart stehen die Berufsbildenden Schulen für Aufstiegsmöglichkeiten. Sie eröffnen Schülern sehr flexibel, entsprechend ihrer persönlichen Voraussetzungen, Anschlussmöglichkeiten und garantieren Aufstiegschancen und Weiterqualifizierung bis weit in die Erwachsenenbildung hinein.

Wie wollen wir das erreichen?

Wir wollen die Berufsbildenden Schulen zu eigenverantwortlichen Kompetenzzentren der beruflichen Bildung weiterentwickeln. Dabei gilt es jedoch zunächst, gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Der Unterrichtsausfall ist an diesen Schulen besonders hoch. Wir wollen mehr junge Menschen für das Lehramtsstudium an berufsbildenden Schulen gewinnen. Zugleich müssen wir vermehrt Anreize für potentielle Seiteneinstieger schaffen, die dann entsprechend für die pädagogische Arbeit qualifiziert werden.

Das Berufsvorbereitungsjahr und die Berufsfachschulen stellen sich in besonderer Weise den Herausforderungen bildungsferner Schüler. Gerade hier brauchen die Schülerinnen und Schüler allerdings mehr Unterstützung als diejenigen im allgemeinbildenden System, um entsprechende Abschlüsse zu erreichen. Deshalb setzen wir uns für die Ausweitung des Ganztagschulprogramms auf diese Bereiche der Berufsbildenden Schulen ein.

Die Duale Ausbildung in Deutschland ist weltweit ein Erfolgsmodell. Unter den derzeitigen Rahmenbedingungen können jedoch aufgrund sinkender Schülerzahlen viele kleine Fachklassen langfristig nicht mehr erhalten bleiben. Wenn wir jedoch Berufsschulklassen verlieren, verlieren wir dauerhaft auch diese Ausbildungsplätze im ländlichen Raum. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Fächervielfalt gleichwohl bestehen bleibt.

Oberstufenangebote, wie z. B. berufliche Gymnasien, werden bedarfsgerecht weiter ausgebaut. Weitere qualifizierte Bildungszüge sollen den Weg zur Hochschulreife eröffnen.

3.1.9 Teilhabe und gesellschaftliche Integration stärken: Förderschulen und Schwerpunktschulen

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz wird die Förderschulen erhalten und sie zu Kompetenzzentren ausbauen. Die Integration benachteiligter Kinder soll vorangetrieben werden.

Warum wollen wir das?

Die Förderschule darf nicht an den Rand der Bildungsdebatten gestellt werden. Kinder mit Behinderungen brauchen unsere ganz besondere Förderung. Sie haben ein Recht auf bestmögliche Rahmenbedingungen und auf größtmögliche gesellschaftliche Teilhabe und Integration. Die Praxis in unserem Land sieht jedoch anders aus: Während im Bundesdurchschnitt auf drei Umschulungen auf eine Förderschule eine Rückschulung auf eine allgemeine Schule kommt, steht das Verhältnis in Rheinland-Pfalz katastrophale 13 zu 1.

Die Forderung der Landesregierung nach Abschaffung der Förderschulen ist realitätsfern und verhindert eine Wahlfreiheit. Somit müssen sich die Förderschulen zwar verändern, dürfen aber nicht abgeschafft werden. Nur so ist wirkliche Wahlfreiheit gewährleistet.

Wie wollen wir das erreichen?

Der Ort der Förderung – in einer Schwerpunktschule oder aber in einer Förderschule – hängt von den individuellen Bedürfnissen jedes einzelnen Kindes ab. Im Sinne einer Erziehungs- und Bildungspartnerschaft wollen wir, dass Eltern, Förderpädagogen und allgemeine Pädagogen gemeinsam über den Förderort des Schülers entscheiden.

Um die Wahlfreiheit im Sinne der Kinder zu erhalten, setzen wir neben dem Ausbau der Schwerpunktschulen auch auf den Erhalt der Förderschulen. Diese sollen jedoch zu Kompetenzzentren weiterentwickelt werden, um so die sonderpädagogische Arbeit in den einzelnen Regionen besser zu vernetzen und zu unterstützen.

Unabhängig vom Förderort haben jedoch alle Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf einen Anspruch auf hohe Professionalität der Sonderpädagogen. Deshalb werden wir verbindliche Standards der Unterstützung festsetzen, die dort gelten, wo das einzelne Kind gefördert wird.

3.1.10 Ganztagsangebot qualitativ anreichern

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz wird das Ganztagsangebot bedarfsgerecht ausbauen.

Warum wollen wir das?

Ganztagschulen sind eine Erweiterung des Bildungsangebotes. Sie sollen Kindern zusätzliche Angebote über den Regelunterricht hinaus bieten und Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen. Bisher sind rheinland-pfälzische Ganztagschulen diesem Anspruch nur bedingt nachgekommen. Das Modell der SPD ist eine Mogelpackung und wird dem Anspruch nach intensiver Förderung der Kinder oft nicht gerecht.

Wie wollen wir das erreichen?

Alle Kinder sollen die Möglichkeit haben, auf freiwilliger Basis am Ganztagsangebot teilzunehmen. Aber für uns gilt: wo Ganztagschule draufsteht, muss auch Ganztagschule drin sein. Deshalb müssen ausreichend Pädagogen zur Verfügung stehen, die neben außerunterrichtlichen Angeboten alle Kinder intensiv fördern und fordern. Bei Bedarf sollen Schulsozialarbeiter die Arbeit unterstützen.

Wir werden die Kooperation mit den Vereinen, Verbänden und Kirchen beim Thema Ganztagschule auf eine neue Grundlage stellen. Zugleich werden wir darauf achten, dass der wichtige Bereich der außerschulischen Bildung und des ehrenamtlichen Engagements der Kinder und Jugendlichen gestärkt und mit den Angeboten der Ganztagschulen besser verknüpft wird.

Parallel zur Ganztagschule wollen wir die Hausaufgabenhilfe ausbauen. Dies ist zugleich ein Feld, auf dem die Zusammenarbeit und die Solidarität der Generationen gelingen können, wenn zum Beispiel Senioren ihre Fähigkeiten an die junge Generation weitergeben und zugleich Eltern und Familien entlasten.

3.1.11 Vielfalt der Träger garantiert Bildungsvielfalt

Was wollen wir?

Wir wollen die Vielfalt der Trägerschaft rheinland-pfälzischer Schulen erhalten und zukunftsorientiert ausbauen.

Warum wollen wir das?

Wir bekennen uns neben den öffentlichen Schulen auch zu Schulen in privater Trägerschaft, die Ausdruck eines großen bürgerschaftlichen und kirchlichen Engagements sind. Sie bereichern durch ihre weltanschauliche Grundausrichtung und alternative pädagogische Konzepte unsere vielfältige Bildungslandschaft.

Wie wollen wir das erreichen?

Wir werden die Schulen in freier Trägerschaft verlässlich und bedarfsgerecht unterstützen und erproben, inwieweit auch Angebote freier Träger in die staatlich verantworteten Schulen, wie z. B. schulpastorale Angebote, integriert werden können.

3.1.12 Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendamt ausbauen

Was wollen wir?

Wir wollen, dass die Zusammenarbeit zwischen den Schulen und den Jugendämtern ausgebaut wird, um „Schulschwänzen“ einzudämmen. Wenn Eltern die Schulpflicht ihrer Kinder missachten, müssen konsequent Bußgelder verhängt und die Kinder zum Unterricht gebracht werden.

Warum wollen wir das?

In Deutschland besteht Schulpflicht. Kurzfristig wollen wir, dass die Jugendlichen Normgeltung und Normrelevanz erlernen. Langfristig wollen wir negative Bildungskarrieren vermeiden und soziale und berufliche Partizipationschancen erhöhen.

Wie wollen wir das erreichen?

Wir wollen landesweit ein Netzwerk zwischen den Jugendämtern und Schulen etablieren. Lehrer wissen als erste, wer in ihren Klassen nicht erscheint. Die fehlenden Schüler und ihre Fehlzeiten müssen schnell und unbürokratisch den Jugendämtern gemeldet werden, damit dort weitere Maßnahmen ergriffen werden können.

- 1) Wir sorgen für Ruhe an der Schulfront. Wir beenden das Reformchaos. Die nächsten fünf Jahre wird es nicht um neue Strukturen gehen, sondern um eine Qualitätsoffensive in den bestehenden Strukturen
- 2) Realschule Plus und Gesamtschulen werden rechtlich gleichgestellt, beide bekommen einen verbindlichen Wahlpflichtfachbereich
- 3) In der Orientierungsstufe werden wir die Förderstunden erhöhen
- 4) Beim Wechsel von einer Gesamtschule oder Realschule Plus auf das Gymnasium erhält das Gymnasium zusätzliche Mittel für eine pädagogische Begleitung des Überganges
- 5) Wir werden wöchentliche Praxistage und die stärkere Verzahnung von Berufsbildenden Schulen und Wirtschaft einführen; ab Klasse 8 werden begleitende Praxistage eingeführt
- 6) Das Gymnasium bleibt bestehen. Für die Orientierungsstufe gibt es eine gesonderte Zuweisung an Förderstunden
- 7) Ganztagschulen werden nach Bedarf ausgebaut und bieten den 8-jährigen Weg zum Abitur an
- 8) Besondere Profile (MINT, Hochbegabte) unterstützen wir ausdrücklich
- 9) Wir führen an allen Schulen der Sekundarstufe I und II landeseinheitliche Abschlussprüfungen ein
- 10) Wir bekennen uns zum Dualen System und werden die Aufstiegsoptionen in der Beruflichen Bildung erweitern
- 11) Wir werden die Streichung der Fächervielfalt an den Berufsschulen stoppen, sie stattdessen besser ausstatten und zu Kompetenzzentren der beruflichen Bildung weiterentwickeln
- 12) Ganztagschulprogramme werden wir auf die Berufsbildenden Schulen ausweiten
- 13) Wir werden die Förderschulen erhalten, Schwerpunktschulen ausbauen und sie zu Kompetenzzentren weiterentwickeln
- 14) Wir werden die Hausaufgabenhilfe ausbauen
- 15) Das Abitur soll nach 12 oder 13 Jahren angeboten werden, aber nicht mehr nach 12 ½ Jahren

3.2 Wissenschaft und Forschung – Hochschulstandort stärken

3.2.1 Hochschulverfassung und Hochschulautonomie

Was wollen wir?

Wir werden die Breite des rheinland-pfälzischen Hochschulangebotes stärken und dafür sorgen, dass die Fächervielfalt erhalten bleibt. Dazu gehören Geisteswissenschaften in gleicher Weise wie Naturwissenschaften. Forschung und Lehre sind gleichrangiger Auftrag der Hochschulen. Die Autonomie unserer Universitäten und Fachhochschulen werden wir fördern und dort wieder herstellen, wo sie eingeengt wurde.

Warum wollen wir das?

Im globalen Wettbewerb können wir nur als wertorientierte Bildungsgesellschaft bestehen. Höchstleistungen in Forschung und Wissensvermittlung erfordern ein Höchstmaß an fachlicher Kompetenz, interdisziplinärer Kooperation und Unabhängigkeit. In den Hochschulen weiß man am besten, was dafür notwendig ist und wie man das organisiert.

Wie wollen wir das erreichen?

Die Entscheidungsbefugnisse der Hochschulgremien im Rahmen des Hochschulgesetzes werden im Bereich der Personalgestaltung, innere Organisation der Hochschule sowie Bautätigkeiten konsequent gestärkt. Neben der staatlichen Finanzausstattung der Universitäten und Fachhochschulen sind private Unterstützungen etwa durch Stiftungsprofessuren ein wichtiges Mittel zur Förderung von Lehre und Forschung.

3.2.2 Forschung und Vernetzung

Was wollen wir?

Die Forschung an den rheinland-pfälzischen Universitäten und Fachhochschulen muss deutlich ausgebaut werden. Durch Kooperationen können Synergieeffekte erzielt werden.

Warum wollen wir das?

Forschung ist ein wichtiger Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Die dafür erforderlichen Mittel müssen sinnvoll eingesetzt werden. Durch Vernetzung können Grundlagenforschung und anwendungsorientierte Forschung, die beide einen wichtigen Stellenwert haben, gezielt betrieben und ihre Ergebnisse für die Gesellschaft nutzbringend angewandt werden.

Wie wollen wir das erreichen?

Wir werden die internationalen Kooperationen unserer Universitäten und Fachhochschulen aktiv unterstützen. Dabei können die Partnerschaften des Landes mit ausländischen Regionen wichtige Anknüpfungspunkte sein. Darüber hinaus werden wir die Bildung von Innovationszentren an den Hochschulen fördern, in denen Wissenschaftler mit Unternehmern und weiteren Kooperationspartnern in der Region projektorientiert kooperieren können. Durch Transferstipendien ermöglichen wir Studierenden, sich mit ihrem Wissen in Betrieben zu bewähren und anschließend einen besseren Übergang in die Erwerbswelt zu haben. Innovationsgutscheine für mittelständische Betriebe, die oftmals keine eigenen Forschungs- und Entwicklungsabteilungen haben, werden den Austausch zwischen Wissenschaft und regionaler Wirtschaft fördern und die Marktchancen der Unternehmen verbessern.

3.2.3 Unternehmenscampus an den Hochschulen

Was wollen wir?

Durch die Förderung von Ausgründungen aus den Hochschulen wollen wir neue wissens- und technologiebasierte Unternehmen initiieren, die dem Markt innovative Produkte und Dienstleistungen anbieten.

Warum wollen wir das?

Durch die Förderung der Forschung an Universitäten und Fachhochschulen mit öffentlichen Mitteln wird dort umfangreiches Wissen erarbeitet. Das darf kein Selbstzweck sein, sondern muss mehr als bisher genutzt werden. Durch die Gründung hochschulnaher Unternehmen, die neue Arbeitsplätze schaffen und Steuern zahlen, kann die Wissenschaft der Gesellschaft einen Teil dieser Investitionen in die Forschung zurückgeben.

Wie wollen wir das erreichen?

Wir werden die formalen Voraussetzungen dafür verbessern, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Ausgründungen ohne hemmende Hürden durchführen können. Dazu gehören auch die Vermittlung von Kapitalgebern, die Regelung dienstrechtlicher Aspekte und die Bereitstellung von Räumlichkeiten im hochschulnahen Bereich. Wir wollen, dass sich direkt neben den Fachhochschulen und Universitäten ein Unternehmenscampus entwickelt, auf dem im regen Austausch mit den Hochschulen Höchstleistungen erzielt werden können.

3.2.4 Hochschulfinanzen

Was wollen wir?

Wir wollen die Finanzausstattung der rheinland-pfälzischen Hochschulen verbessern. Im Sinne ihrer Entwicklungs- und Innovationsfähigkeit werden wir aus öffentlichen und privaten Mitteln eine verlässliche und solide Finanzierung und Ausstattung aufbauen und langfristig garantieren.

Warum wollen wir das?

Seit Jahren belegt Rheinland-Pfalz bei der Hochschulfinanzierung gemessen an der Studierendenzahl im bundesweiten Vergleich einen der letzten Plätze. Das schlägt sich auch in der Betreuungsrelation drastisch nieder. Auch in diesem Feld liegt unser Bundesland ganz hinten.

Wie wollen wir das erreichen?

Befristete Sonderprogramme mit Mitteln, die den Hochschulen zunächst vorerthalten wurden, sind nicht geeignet, langfristige Planungssicherheit zu geben. Wir werden diese Politik nicht fortsetzen, sondern die Hochschulen in die Lage versetzen, mit ihrem Haushalt die Anforderungen erfüllen zu können.

3.2.5 Studiengebühren

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz spricht sich gegen die Einführung von Studiengebühren aus.

Warum wollen wir das?

Studiengebühren dürfen einem Aufstieg durch Bildung unabhängig vom finanziellen Hintergrund nicht entgegenstehen. Ohne adäquate Gegenleistung der Hochschulen machen Studiengebühren keinen Sinn.

Wie wollen wir das erreichen?

Wir wollen allen Studierenden ein gebührenfreies Erststudium gewährleisten.

3.2.6 Nachwuchsförderung

Was wollen wir?

Dem wissenschaftlichen Nachwuchs werden wir langfristige und verlässliche Perspektiven geben und ihn gezielt fördern. Dazu gehört auch die Unterstützung von Studierenden mit Kindern und von berufstätigen Studierenden. Wir wollen eine Willkommenskultur für Familien schaffen, damit diese keine Nachteile erfahren.

Warum wollen wir das?

Um Rheinland-Pfalz und seine Hochschulen und Unternehmen zu einem exzellenten Wissenschafts- und Forschungsstandort entwickeln zu können, sind wir auf einem gut ausgebildeten und motivierten Akademikernachwuchs angewiesen. Dabei können wir nicht auf diejenigen verzichten, die mit Familie und im Beruf weitere gesellschaftliche Aufgaben wahrnehmen und müssen unterstützend tätig werden, wo Nachteile aufzutreten drohen.

Wie wollen wir das erreichen?

Wir werden an den rheinland-pfälzischen Hochschulen auch für den akademischen Mittelbau Stellen schaffen, die eine hinreichend langfristige Berufsperspektive bieten. Wir werden uns zudem dafür einsetzen, dass flächendeckend Teilzeitstudienmöglichkeiten geschaffen werden, um ein Studium mit einer weiteren Anforderung verbinden zu können. Wir wollen, dass die Hochschulen das Angebot an dualen Studiengängen ausweiten. Das werden wir unterstützen, um die Durchlässigkeit im Bildungssystem verbessern und dem Fachkräftemangel entgegenwirken zu können. Ergänzend können spezielle Begleitprogramme und Stipendien dabei helfen, Studierende mit Kind zu unterstützen. Wir müssen ihnen das Gefühl geben, dass es ihnen im Studium mit Kind nicht schlechter geht als ohne.

3.2.7 Bologna-Krise

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz wird die mit der Bologna-Reform und ihrer Umsetzung einhergehenden Missstände im Sinne der Freiheit und Einheit von Lehre und Forschung beseitigen.

Warum wollen wir das?

Die momentane Umsetzung der Bologna-Reform an den rheinland-pfälzischen Hochschulen bedroht den allgemein gültigen Anspruch an ein Hochschulstudium und birgt die Gefahr einer zunehmenden Trennung von Forschung und Lehre. Exzellente Wissenschaftsleistungen setzen eine „Kultur des Vertrauens“ voraus. Mit einem solchen auf Vertrauen basierenden Verständnis von Wissenschaft und Bildung ist der verbreitete „Evaluierungskult“ nicht vereinbar.

Wie wollen wir das erreichen?

Deshalb muss die derzeit vorgegebene Regelungsdichte abgebaut werden. Darüber hinaus sind die restriktiven Studienzeit-, Modul- und Credit-Point-Vorgaben zu flexibilisieren. Im Rahmen einer Qualitätsoffensive in Kooperation mit den Hochschulen werden wir sicherstellen, dass die neuen Bachelor- und Master-Studiengänge der Qualität der alten Studiengänge entsprechen.

Für bisher nicht umgewandelte Studiengänge ist kurzfristig eine Bestandsgarantie zu geben. Zudem muss es den Hochschulen freigestellt werden, die bisher international hoch anerkannten Hochschulgrade, wie z. B. den Diplomingenieur (Dipl.-Ing.) und das Staatsexamen, als Abschlussäquivalente weiterhin zu vergeben.

Die Qualitätssicherung werden wir an die Hochschulen selbst verlagern. Externe Evaluationen sollen nur noch in zeitlich erweiterten Abständen durchgeführt werden.

3.2.8 Lehrerausbildung

Was wollen wir?

Wir wollen eine fachlich fundierte Lehrerausbildung mit ausgeprägten praktischen Anteilen.

Warum wollen wir das?

Auf die Lehrerinnen und Lehrer kommt es an: von ihrer Persönlichkeit und Einstellung hängen Erfolg von Schule und Unterricht in besonderer Weise ab. Daher kommt einer hochwertigen und umfassenden Lehrerausbildung entscheidende Bedeutung zu. In Rheinland-Pfalz aber wird das Niveau der Lehrerausbildung schlechend ausgezehrt.

Wie wollen wir das erreichen?

Jeder weiß: Fundiertes inhaltliches Wissen ist eine unabdingbare Voraussetzung für guten Unterricht. Daher werden wir ein vollwertiges fachwissenschaftliches Studium für das Lehramt sicherstellen. Pädagogische Fähigkeiten und die Beherrschung der neuen Medien gehören auch dazu.

Umfassend und kompetent betreute Praktika können die angehenden Lehrerinnen und Lehrer bereits in der universitären Ausbildungsphase an die Unterrichtspraxis heranführen. So wie die Praktika nach der Reform der Lehrerausbildung strukturiert sind, lassen sie jedoch keine sinnvolle Betreuung zu und führen stattdessen zu einer unerträglichen Überlastung der Schulen. Deshalb treten wir für die Einführung eines Praxissemesters in der Lehrerausbildung ein, welches zu einer verbesserten fachdidaktischen Qualifikation beiträgt.

- 1) Die Entscheidungsbefugnisse der Hochschulgremien werden wir ausweiten
- 2) Stiftungsprofessuren werden verstärkt als Mittel zur Forschungsförderung eingeworben
- 3) Innovationszentren an Hochschulen werden wir anstoßen
- 4) Wir ermöglichen Studierenden Transfer-Stipendien, sie können sich mit ihrem Wissen in den Betrieben bewähren und einen besseren Übergang in die Erwerbswelt nutzen
- 5) Wir entwickeln Innovationsgutscheine für mittelständische Betriebe, die keine eigenen Forschungs- und Entwicklungsabteilungen haben
- 6) Die Gründung hochschulnaher Unternehmen und eines Unternehmens-Campus werden wir unterstützen
- 7) Die Hochschulen brauchen eine verlässliche Grundausstattung statt befristeter Sonderprogramme
- 8) Studierende mit Kindern werden wir unterstützen und flächendeckend Teilzeitstudienmöglichkeiten schaffen
- 9) Wir setzen auf eine „Kultur des Vertrauens“ statt auf den weiteren „Evaluierungskult“
- 10) International hoch anerkannte Hochschulgrade, wie den Diplom-Ingenieur oder das Staatsexamen, werden mit uns wieder möglich sein
- 11) Wir sorgen für eine fachlich fundierte Lehrerausbildung mit hohen praktischen Anteilen

3.3 Kultur ist Vielfalt – Talente entdecken und fördern

Was wollen wir?

Unsere Vision ist es, über eine frei zugängliche Kultur die Menschen Zusammengehörigkeit und Gemeinschaft erleben zu lassen. Das gilt auch für diejenigen, die aus anderen Kulturkreisen kommen.

Warum wollen wir das?

Entwicklung und Zukunft unserer Gesellschaft werden wesentlich von unserer tagtäglich gelebten Kultur bestimmt. Hier muss eine zielgerichtete, integral wirkende Kulturpolitik ansetzen. Sie gibt Orientierung, vermittelt bleibende Werte und trägt den Veränderungen unserer Gesellschaft Rechnung. Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik bedingen und befruchten sich gegenseitig. Sie sind nicht voneinander zu trennen.

Kulturarbeit trägt dazu bei, Integration und Identifikation mit unserer Gesellschaft zu bewirken. Sie vermag es - insoweit vergleichbar mit dem Sport – ein Wir-Gefühl aufkommen zu lassen und dies den sich breit machenden Abschottungs- und Individualisierungstendenzen entgegenzusetzen.

Wie wollen wir das erreichen?

Die Hirnforschung belegt: Die musikalisch-künstlerische Erziehung trägt einerseits zur Selbstverwirklichung und freien Entfaltung der Persönlichkeit bei und weckt die Freude an künstlerischer Betätigung. Sie fördert darüber hinaus auch die Sprach- und Lernfähigkeit von Kindern und Jugendlichen signifikant und nachhaltig.

Musikalische Früherziehung, Unterricht in bildender Kunst, Schülertheater und Leseförderung tragen zu einer erfolgreichen Schul- und Ausbildungslaufbahn bei. Das Musizieren in Chören und Orchestern sowie das Theaterspiel verbinden, schaffen Gemeinschaft und soziale Kompetenz.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird deshalb dafür sorgen, dass die Versäumnisse in der Ausbildung vor allem von Musikpädagogen in Kindertagesstätten und Schulen beseitigt werden und dass die künstlerischen Fächer einen erweiterten, ihrer Bedeutung angemessenen Raum in den Lehrplänen aller Schularten finden.

Auch viele Kultureinrichtungen (wie Bibliotheken, Museen, Theater, Vereine, etc.) haben den Stellenwert musisch-kultureller Bildung erkannt und werden von uns in ihrer Arbeit entsprechend unterstützt.

Das kulturelle Leben in Rheinland-Pfalz ist durch ein großes ehrenamtliches Engagement der Bürgerinnen und Bürger geprägt: In Kunstvereinen, literarischen Zirkeln, Chören und Orchestern der Laienmusik, in Amateurtheatern und Brauchtumsvereinigungen, bei der Mitarbeit in Museen und Bibliotheken, in Vereinen und privaten Stiftungen sind sie die eigentlichen Förderer unseres kulturellen Lebens, ideell wie finanziell. Die CDU Rheinland-Pfalz wird die Kommunen im Rahmen der Gemeindefinanzreform wieder in die Lage versetzen, dass sie Kunst und Kultur angemessen fördern können.

Die CDU Rheinland-Pfalz versteht Kulturförderung als eine Investition in unsere Gesellschaft. Sie soll die Zukunftsfähigkeit wichtiger Einrichtungen gewährleisten und kulturelle Vielfalt sichern. Wichtige Erfolgsfaktoren der öffentlichen Kulturförderung sind für uns die inhaltliche Schwerpunktsetzung statt Gießkannenprinzipien, klare Berücksichtigung der Aspekte Nachhaltigkeit, Innovationskraft und Kreativität sowie die Schaffung privatwirtschaftlicher Anreize für die Kulturförderung. Die CDU Rheinland-Pfalz fordert mit unabhängigen Fachleuten, Vertretern aus Politik und Verwaltung besetzte Gremien/Kommissionen. Eine stärkere Einbindung der kulturellen Verbände, wie Berufsverband Bildender Künstler, Landesmusikrat, Landesverband professioneller freier Theater u. v. m., führt zu mehr Qualität und Professionalität.

Die Vielfalt unserer rheinland-pfälzischen Theater, Orchester, Museen und Fortbildungsstätten langfristig zu sichern, stellt unsere Gesellschaft angesichts der demografischen Entwicklung („älter, bunter, weniger“) und aktueller ökonomischer Krisen vor extreme Herausforderungen. Um zukunftssicher zu sein, müssen viele Kultureinrichtungen in ihrer laufenden Arbeit klarere Prioritäten setzen. Wir wollen Anreize schaffen, nicht nur die Eigenperspektive, sondern auch die Nutzerperspektive (Stichwort Kundenorientierung) zu berücksichtigen. Wir fordern den Auf- und Ausbau unterschiedlichster Vernetzung mit anderen Kultur-, Bildungs- und Forschungseinrichtungen.

Kultur sichert qualifizierte Arbeitsplätze, versorgt einen dynamischen Markt mit bedeutenden kulturellen Erzeugnissen und Dienstleistungen und ist auch für andere Wirtschaftszweige Motor für Innovation und Wettbewerb. Wir werden nach dem Vorbild anderer Länder Kulturwirtschaftsberichte einführen, denn nur auf der Grundlage genauer Kenntnisse ist es möglich, die Wettbewerbsfähigkeit der Branche dauerhaft zu sichern und die Wirksamkeit öffentlicher Förderung festzustellen.

- 1) **Musische, künstlerische Fächer erhalten einen höheren Stellenwert in der Pädagogenausbildung, in den Kindertagesstätten und im Schulalltag**
- 2) **Kulturförderung verstehen wir als Investition in eine vitale Gesellschaft**
- 3) **Die Kommunen werden durch einen neuen kommunalen Finanzausgleich wieder in die Lage versetzt, Kultur und Kunst vor Ort angemessen zu fördern**
- 4) **Der Auf- und Ausbau unterschiedlicher Vernetzungen mit anderen Kultur-, Bildungs- und Forschungseinrichtungen muss aufgebaut werden**
- 5) **Privatwirtschaftliche Aktivitäten zur Kulturförderung werden wir verstärkt unterstützen**
- 6) **Kulturgremien des Landes müssen mit unabhängigen Fachleuten besetzt werden. Wir werden die kulturellen Verbände (Berufsverband Bildender Künstler, Landesmusikrat, Landesverband professioneller freier Theater u. a.) einbinden**

3.4 Medien und Internet: Chancen nutzen – Risiken erkennen

Was wollen wir?

Wir wollen nicht nur den digitalen Graben überwinden, der Internetnutzer von Nicht-Nutzern trennt. Die CDU Rheinland-Pfalz sieht auch den Schutz und die Förderung der Kommunikationsgrundrechte als Aufgabe ihrer Medienpolitik an. Unser Ziel ist es daher, die technischen und kulturellen Herausforderungen so zu gestalten, dass die Menschen in Rheinland-Pfalz die Chancen nutzen, die die veränderte Medienwelt bietet, und wirtschaftliches Wachstum weiter möglich ist.

Warum wollen wir das?

Die Digitalisierung hat zu einer wegweisenden Veränderung der Medienangebote geführt. Sie eröffnet jedem Einzelnen und unserer Gesellschaft insgesamt neue Dimensionen der Kommunikation. Viel zu lange betonte die Politik die Gefahren des Internet. Ein verantwortungsvoller Umgang mit dem Medium bietet nach Ansicht der CDU Rheinland-Pfalz enorme Chancen. Er ist aber nicht ohne Risiko.

Der technische Zugang zum Internet ist die Basis medialer Teilhabe und Voraussetzung für Chancengleichheit in der digitalen Gesellschaft. Schnelle und intelligente Breitbandnetze sind die Basistechnologie für einen Wachstums- und Innovationsschub in Rheinland-Pfalz.

Ein Auseinanderdriften von Informations- und Bildungselite einerseits und benachteiligten Gruppen andererseits ist mit unseren Vorstellungen einer offenen Wissensgesellschaft nicht vereinbar. Die Vermittlung von Medienkompetenz ist somit eine der zentralen Herausforderungen unseres Landes. Nur wer fähig ist, Gefahren einzuschätzen, kann ihnen wirksam begegnen. Leitbild ist der mündige Nutzer, der kompetent und verantwortungsvoll moderne Medien einsetzt.

Die CDU Rheinland-Pfalz setzt auf Selbstverantwortung der Medienanbieter. Sollten präventive Maßnahmen aber nicht ausreichen, muss die Politik einen weitergehenden Jugend- und Verbraucherschutz durch gesetzliche Regelungen gewährleisten.

Ohne freie Medien gibt es unserer Überzeugung nach keine freie und lebendige demokratische Gesellschaft. Freiheit der Medien verträgt sich aber nicht mit Monopolen. Der öffentlich-rechtliche und der private Rundfunk tragen zu einer vielfältigen Medienlandschaft bei. Für uns ergibt sich daraus auch die Pflicht, eine ausreichende Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu sichern. Der private Rundfunk ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, der auf wirtschaftlich sinnvolle Rahmenbedingungen angewiesen ist. Printmedien sind privatwirtschaftlich und damit frei und unabhängig organisiert. Die CDU Rheinland-Pfalz unterstützt diese Ausrichtung. Doch die vorhandene Meinungsvielfalt muss erhalten werden. Daher stehen wir der zunehmenden Konzentration im Zeitungsmarkt kritisch gegenüber.

Wie wollen wir das erreichen?

Soll das Potenzial der Digitalisierung positiv zur Entfaltung kommen, müssen die Risiken durch ehrverletzende, pornographische, Gewalt verherrlichende, rassistische oder sonstige jugendgefährdende und entwicklungsbeeinträchtigende Angebote reduziert werden. Auf diese Herausforderungen will die CDU Rheinland-Pfalz vor allem im Bereich der Schul- und Erwachsenenbildung sowie durch gesellschaftliche Bündnisse zur Förderung der Medienkompetenz vorbereiten. Der richtige Umgang mit Medien muss eine höhere Bedeutung im Rahmen der Lehrpläne bekommen.

Ansatzpunkt ist deshalb die Ausbildung der Lehrer und Erzieher, die Medienkompetenz in Schule und Kindergarten altersgerecht vermitteln sollen. Die Ausbildungsinhalte sollen neben den pädagogischen Einsatzmöglichkeiten von Medien und Auswirkungen von Medienkonsum, besonders die Prävention von Gefahren und den bewussten Umgang mit Daten umfassen. Die Medienbildung muss in den praktischen Ausbildungsteilen verstärkt eingeübt werden. Gemeinsam mit Partnern aus den Kommunen, Kreisen, Kammern, aus Wirtschaft und Wissenschaft, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Stiftungen sowie den Seniorenoorganisationen wollen wir neue medienpädagogische Bildungschancen und -anreize für Ältere schaffen.

ARD, ZDF und dem Deutschlandradio obliegt es, einen besonders hohen qualitativen Standard moderner Massenkommunikation anzubieten und die mediale Grundversorgung der Bevölkerung bereitzustellen. Die CDU Rheinland-Pfalz spricht sich auch vor diesem Hintergrund für die Ablösung des bisherigen Rundfunkgebührensystems durch einen haushaltsbezogenen Rundfunkbeitrag aus.

Wir wollen eine breite Berichterstattung bei privaten Rundfunkanbietern durch Regionalfenster und sogenannte Drittfensterprogramme sichern. Zur Förderung der Meinungsvielfalt in unserem Land hält es die CDU Rheinland-Pfalz für geboten, dass alle in Rheinland-Pfalz zugelassenen lokalen und regionalen Rundfunkangebote diskriminierungsfrei in alle digitalisierten Kabelanlagen im jeweiligen Verbreitungsgebiet eingespeist werden.

Die CDU Rheinland-Pfalz wird sorgfältig beobachten, ob der derzeit bestehende Wettbewerb die wettbewerbskonforme und nutzerfreundliche neutrale Datenübermittlung im Internet und anderen neuen Medien (Netzneutralität) auch in Zukunft sicherstellt; sofern das nicht der Fall ist, wird die CDU mit dem Ziel der Wahrung der Netzneutralität gegensteuern.

In der Informationsgesellschaft liegen große Chancen auch für die öffentliche Verwaltung. Die CDU Rheinland-Pfalz wird daher eGovernment weiter fördern und dazu, wo notwendig, rechtliche Regelungen anpassen. Informationsfreiheit bedeutet für uns, dass alle Bürger die Datenbestände der Landesverwaltung unter Einhaltung des notwendigen Datenschutzes möglichst umfassend einsehen, nutzen und weitergeben dürfen.

Das Web 2.0 bietet nach Überzeugung der CDU Rheinland-Pfalz besondere Möglichkeiten der Kommunikation des Landes mit seinen Bürgern. Die Einführung der Online-Petition ist ein erster Schritt zur Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten von Bürgern.

- 1) Den Ausbau flächendeckender Breitbandversorgung werden wir massiv voranbringen, die Kommunen begleiten und gebündelte Anbieterangebote für Landkreise ermöglichen. Schnelles Internet muss zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehören; die gebührenfinanzierte Kalkulation ermöglicht den Ausbau auch in Nichtballungsräumen
- 2) Nachhaltige Medienkompetenzvermittlung werden wir in den Kindertagesstätten und den Schulen einführen. Dazu gehört auch die entsprechende Aus- und Weiterbildung von Pädagogen im Bereich neuer Medien
- 3) Wir halten die Förderung der Medienvielfalt in unserem Land für notwendig, freier Wettbewerb und Zugang sind Grundvoraussetzungen
- 4) Wir bauen eGovernment als Angebot für die Bürger aus, wie beispielsweise Online-Petitionen

4. Teilhabe und Gerechtigkeit sichern Den Wandel der Gesellschaft gestalten

Die Einheit der Gesellschaft zu bewahren, erfordert eine nachhaltige Politik auf allen Ebenen. Ihr Ziel muss Teilhabe und Gerechtigkeit für alle Menschen unserer Gesellschaft sein. Jeder Mensch muss seine Talente und Fähigkeiten entfalten können. Hierfür wollen wir die nötigen Rahmenbedingungen und Anreize schaffen.

Die CDU Rheinland-Pfalz will die Lebenschancen der Menschen und das soziale Miteinander verbessern. Unsere Sozialpolitik besteht aus der Kombination von Eigenverantwortung, staatlichen Leistungen und bürgerschaftlichem Engagement. Ziel ist der aktivierende Sozialstaat, der den Einzelnen verstärkt motiviert und befähigt, im Rahmen seiner Möglichkeiten Eigeninitiative und Eigenverantwortung zu übernehmen, der aber auch den Menschen zur Seite steht, die nicht in der Lage sind, sich selbst zu helfen. Solidarität ist ein Gebot der Nächstenliebe. Das Ziel, ein menschenwürdiges Leben für alle zu ermöglichen, verpflichtet uns zu solidarischem Handeln. Diese Solidarität braucht kompetente Partner.

Unmittelbare Hilfe leisten in unserem Land neben den Kommunen vor allem die Wohlfahrtsverbände mit ihren Einrichtungen, Hilfs- und Beratungsangeboten, die zahlreichen Selbsthilfegruppen und -verbände, ehrenamtlich organisierte Hilfevereine wie die Hospizbewegung, die zahlreichen Tafeln und viele mehr. Sie leisten einen unschätzbar Dienst an den Hilfebedürftigen und können mit unserer Unterstützung rechnen.

- 1) Unsere Sozialpolitik ist eine Kombination aus Eigenverantwortung, staatlichen Leistungen und bürgerschaftlichem Engagement
- 2) Ziel ist der aktivierende und motivierende Sozialstaat
- 3) Solidarität ist ein Gebot der Nächstenliebe, Solidarität braucht starke und kompetente Partner
- 4) Die Kommunen brauchen Entlastungen von Bund und Land durch die Übernahme höherer Kostenanteile bei der Erfüllung sozialer Aufgaben

4.1 Eigenständigkeit der christlichen Kirchen

Was wollen wir?

Wir bekennen uns zur Eigenständigkeit der christlichen Kirchen und anerkannten Religionsgemeinschaften aufgrund ihrer Gestaltungsfunktion für die Gesellschaft.

Warum wollen wir das?

Kirchen leisten einen enormen Beitrag für das soziale Miteinander und den Dienst am Nächsten in der Gesellschaft. Die verbindende Kraft der Kirchen dient der Vermittlung und Festigung von allgemein verbindlichen Werten. Die CDU bekennt sich klar zu ihren Wurzeln und setzt sich dafür ein, dass der Einsatz der christlichen Kirchen in unserer Gesellschaft gebührend gewürdigt wird.

Wie wollen wir das erreichen?

Wir halten am bestehenden System der Kirchensteuer fest und unterstützen den fortlaufenden Dialog der Religionen.

4.2 Familienzusammenhalt stärken – Arbeits- und Alltagswelt familienfreundlich gestalten

4.2.1 Ehe und Familie fördern

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz will eine Familienpolitik, die die Familie als Institution schützt und stützt. Familienpolitik hat nicht die Förderung einzelner Bestandteile der Familie zum Ziel, sondern soll dazu beitragen, dass die Familie insgesamt ihren angestammten Aufgaben nachkommen kann.

Wir glauben, dass die Ehe als lebenslange Gemeinschaft von Mann und Frau die beste Grundlage für die Institution Familie ist. In der auf Dauer angelegten, von gegenseitig zugesagter Liebe und Respekt getragenen Beziehung von Vater und Mutter ist das Kindeswohl am besten gewährleistet.

Familie ist für uns überall dort gegeben, wo Eltern die Verantwortung für ihre Kinder und erwachsene Kinder schließlich die Verantwortung für ihre Eltern übernehmen. Wir wissen, dass es sich bei der lebenslangen Bindung in Form einer Ehe um ein Leitbild handelt, das sich nicht immer verwirklichen lässt oder auch scheitern kann, aber wir halten am grundgesetzlich geschützten Institut der Ehe fest.

Wir brauchen nicht nur mehr Kinder, sondern auch mehr Familien. Die Gesellschaft ist zutiefst auf die erzieherischen Leistungen der Familien angewiesen und hat daher ein großes Interesse daran, dass wir ein familienfreundliches Klima schaffen und erhalten.

Erziehung gelingt am besten, wenn Vater und Mutter gemeinsam Verantwortung übernehmen. Die Festigkeit der Kernfamilie ist eine entscheidende Grundlage für das soziale Zusammenleben. Sie ist der wichtigste Ort für das Aufwachsen von Kindern. Viele allein Erziehende benötigen für die Bewältigung ihrer wichtigen Familienaufgaben besondere Unterstützung.

Warum wollen wir das?

Wir erleben in der Gesellschaft eine zunehmende Vereinzelung des Menschen. Althergebrachte Sozialstrukturen, in denen sich der Einzelne sicher fühlen konnte, zerbrechen unter dem Druck des Alltags und gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen. Damit einher gehen etliche neue Herausforderungen, denen wir uns als Gesellschaft stellen müssen.

Die Anzahl der jungen Menschen, die sich tatsächlich für die Gründung einer Familie entscheiden, nimmt weiter ab und verstärkt damit die demographische Veränderung.

Immer mehr Menschen leben auch in anderen Partnerschaften als der Ehe zusammen. Die CDU Rheinland-Pfalz erkennt an, dass auch in so genannten Patchwork-Familien und in Lebenspartnerschaften Werte gelebt werden, die grundlegend für unsere Gesellschaft sind. Auch dort treten die Partner in Liebe und Fürsorge für einander ein und tragen Generationen übergreifend Verantwortung. Deshalb steht die CDU für einen Abbau von gesellschaftlichen Vorurteilen und wendet sich gegen jede Form der Diskriminierung. Wir unterstützen Bildungs- und Aufklärungsprojekte, die Kinder und Jugendliche zu verantwortungsvollem und vorurteilsfreiem Umgang miteinander erziehen.

Die Erziehung der Kinder durch die Eltern bzw. der Erziehungsberechtigten kann aufgrund der Belastung durch ökonomische Zwänge oft nur eingeschränkt erfolgen.

Wie wollen wir das erreichen?

Die CDU Rheinland-Pfalz will junge Eltern in ihrer Erziehungskompetenz stärken, indem wir Familienzentren einrichten und den Ausbau der Elternbildung als Dienstleistungssektor mit Zukunft vorantreiben. Unterstützend sollen in den Familienzentren sog. „Familienlotsen“ tätig sein. Familienlotsen sind speziell geschultes und in der Erziehung von Kindern erfahrenes Personal, das den Eltern beratend zur Seite steht. So soll präventiv der Verwahrlosung von Kindern entgegengewirkt werden.

Wir wollen ungewollt kinderlosen Paaren Elternschaft ermöglichen, indem wir zum einen die Adoption in einer verantwortlichen Weise erleichtern und zum anderen Eltern, die einen Kinderwunsch haben, unterstützen.

4.2.2 Familie und Beruf

4.2.2.1 Freiheit für Familien gewährleisten

Was wollen wir?

Der Staat muss ein selbstbestimmtes Familienleben gewährleisten, ein staatlich verordnetes Modell eines bestimmten Familienlebens darf es nicht geben. Familien sollen über die häusliche oder institutionelle Kinderbetreuung sowie die Organisation ihres Alltags möglichst frei von materiellen und institutionellen Zwängen entscheiden können. Wahlfreiheit muss wieder ein Kernanliegen der Familienpolitik werden.

Warum wollen wir das?

Die Freiheit des persönlichen Lebensentwurfs ist ein Grundprinzip unseres Gemeinwesens. In unserer freiheitlichen Gesellschaft gibt es eine Pluralität von Werten, Lebensentwürfen und Formen des Zusammenlebens. Im Konzert der vielfältigen Lebensformen spielt die Familie eine besondere Rolle. Familie ist sinn- und identitätsstiftend für den Einzelnen und schafft damit Freiraum für die Entfaltung der Person.

Familie ist zugleich die Lebensgrundlage von Staat und Gesellschaft. In einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung hat die Familie Vorrang vor dem Staat. Familie ist nicht für Gesellschaft, Wirtschaft und Staat da, sondern Gesellschaft, Wirtschaft und Staat sind auf die Familie angewiesen.

Wie wollen wir das erreichen?

Die CDU Rheinland-Pfalz steht für eine strikte Ausrichtung und Orientierung des Ausbaus der Betreuung am Bedarf statt an Planzahlen. Wir setzen uns ein für die Förderung sämtlicher Betreuungsmodelle zur Erweiterung der Wahlfreiheit, seien es Kindertagesstätten, Tagesmütter oder die Betreuung durch die Eltern. Wir wollen die finanzielle Förderung vermehrt auf das einzelne Kind statt auf Einrichtungen beziehen.

Beginnend in den Grundschulen strebt die CDU Rheinland-Pfalz den Ausbau der Ferienbetreuung an. Halbtagschule, Betreuende Grundschule und Ganztagschule erleichtern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, stellen jedoch an Elternpaare und Alleinerziehende in zwölf Wochen Ferienzeit große Anforderungen, da regelmäßig rund sechs Wochen Urlaub zur Verfügung stehen; dies auch bei einer Teilzeitarbeit am Vormittag. Vielfach müssen Elternpaare sich den Urlaub teilen, um die Betreuung zu gewährleisten, so dass kaum eine Urlaubszeit gemeinsam verbracht werden kann. Die CDU Rheinland-Pfalz hält es aber gerade heute für wichtig, dass Familie gelebt werden kann; dazu gehört auch eine gemeinsam verbrachte Urlaubszeit.

Freiwillige Träger und – vermehrt aufgrund des riesigen Bedarfs – kommunale Träger bieten Ferienbetreuungen, um Eltern und Kindern diese Zeit zu erleichtern. Den Ausbau dieser Initiativen begrüßt die CDU Rheinland-Pfalz und unterstützt diese Modelle. Doch ist es mehr oder weniger vom Zufallsprinzip abhängig, ob vor Ort ein solches Angebot vorgehalten wird und ob ein Platz zur Verfügung steht. Die CDU Rheinland-Pfalz möchte gemeinsam mit freien und kommunalen Trägern ein flächendeckendes Konzept zur Ferienbetreuung entwickeln. Ziel ist es, in ganz Rheinland-Pfalz ein Angebot vor Ort zu schaffen.

4.2.2.2 Leistungsgerechtigkeit für Familien schaffen

Was wollen wir?

Die in Familien geleistete Arbeit durch die Erziehung von Kindern und die Pflege älterer Menschen trägt entscheidend zur Lebensqualität in unserer Gesellschaft bei.

Die CDU Rheinland-Pfalz will einen gerechten Ausgleich für die Investitionen schaffen, die Familien tätigen müssen und die schließlich allen zu Gute kommen. Wir akzeptieren nicht, dass die Kosten für Kinder privatisiert, ihr „Nutzen“ jedoch vergesellschaftet wird.

Die Arbeit der Familien muss sozial entsprechend anerkannt und aufgewertet werden. Leistungsgerechtigkeit muss unbedingt ein Kernanliegen der Familienpolitik werden.

Warum wollen wir das?

Eine Gesellschaft mit immer weniger Kindern verliert an Innovationskraft und Dynamik. Sie verliert obendrein an Emotionalität und damit letztlich an Menschlichkeit.

Die Zukunft unserer Gesellschaft lässt sich nicht allein durch den Aufbau von Kapitalstöcken oder Fonds sichern. Kapitalfonds gründen keine Unternehmen und Vereine, sie sind nicht innovativ und erforderlich und sie betreuen und pflegen auch keine alten Menschen. All dies leisten Menschen, die in Familien erwachsen geworden sind.

Familie bedeutet für Eltern Lebensglück und Erfüllung, aber auch Verzicht und viel Zeiteinsatz. Eltern „leisten“ sich Kinder, aber sie leisten vor allem etwas für ihre Kinder und mit ihren Kindern etwas für die Gesellschaft. Familien sind deshalb keine Almosenempfänger des Staats, sondern Leistungsträger der Gesellschaft.

Wie wollen wir das erreichen?

Die CDU Rheinland-Pfalz wird sich dafür einsetzen, dass die Erziehung von Kindern als Familienarbeit dadurch anerkannt wird, dass Erziehungszeiten in den späteren Rentenleistungen hineingerechnet werden. Wir werden uns außerdem dafür einsetzen, dass die Beitragssätze in der gesetzlichen Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung nach der Anzahl der Kinder gestaffelt werden, indem Versicherte für die Zeit der Kindererziehung einen Beitragsbonus erhalten. Wir fordern eine offene Diskussion über Zusatzbeiträge für Kinderlose zur gesetzlichen Rentenversicherung, die in ihrem Bestand maßgeblich durch die Kinder von heute als Beitragszahler von morgen gesichert wird.

- 1) Wir werden durch den Ausbau der Ferienbetreuung mehr Freiheit für Familien schaffen
 - 2) Wir werden an KiTa's und Grundschulen angesiedelte Familienzentren gründen, durch die Eltern durch sog. „Familienlotsen“ beratende Unterstützung erhalten
 - 3) Wir werden in unserer Gesellschaft eine Willkommenskultur für Familien etablieren
 - 4) Wir werden mit einem Familien-TÜV neue Gesetze auf Familienfreundlichkeit überprüfen
 - 5) Bei gleicher Qualifikation sollen Stellen bevorzugt an Eltern vergeben werden
 - 6) Wir werden Teilzeitarbeitsplätze und -studiengänge weiter ausbauen
 - 7) Wir setzen auf eine verminderte Steuer auf familienbezogene Produkte
- 

4.3 Frauen und Männer sind gleichberechtigt – Ungleichbehandlung beseitigen

Was wollen wir?

Mann und Frau sind in unserer Gesellschaft gleichberechtigt. Der Staat muss die individuellen Lebensentscheidungen von Männern und Frauen respektieren und für Chancengleichheit sorgen.

Warum wollen wir das?

Vor allem Frauen sind einem besonderen Druck ausgesetzt, weil sie geringere Löhne für gleiche Arbeit erhalten und sich für sie noch mehr als für Männer die Frage stellt, wie mit der Problematik der zunehmend eingeforderten Gleichzeitigkeit von Ausbildung bzw. Beruf und Familie umzugehen ist.

Wie wollen wir das erreichen?

Die CDU Rheinland-Pfalz will die Wiedereingliederung nach der Elternzeit vereinfachen, wenn ein Mann oder eine Frau sich entscheidet, zum Wohl des Kindes eine Erziehungszeit zu nehmen. Den öffentlichen Dienst sehen wir dabei als Vorbild für flexible Arbeitszeiten und andere Maßnahmen für elternfreundliche Arbeitsplätze an. Darüber hinaus wollen wir Anreize für eigene Maßnahmen der Wirtschaft setzen, wenn es im Sinne der Familien darum geht, Arbeitszeiten zu flexibilisieren und Telearbeit zu fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen und Männer für gleiche Arbeit gleiche Löhne erhalten.

Die Ungleichbehandlung von Mädchen und Jungen darf nicht Einzug in unsere Schulen halten aufgrund einer falsch verstandenen religiösen Toleranz. Errungenschaften der Aufklärung dürfen nicht aufgegeben werden. Wir werden das Faltblatt für Schulen zum Umgang mit muslimischen Mädchen überarbeiten. Das Geschlechterbild darf nicht hinter die Errungenschaft der Gleichberechtigung zurück fallen.

- 1) Gleiche Löhne für gleiche Arbeit
- 2) Die Wiedereingliederung nach der Elternzeit werden wir vereinfachen
- 3) Den Anteil von Frauen in Führungspositionen werden wir erhöhen. Ein Schlüssel von 30 Prozent Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft ist sinnvoll
- 4) Die Ungleichbehandlung von Mädchen und Jungen darf aufgrund einer falsch verstandenen religiösen Toleranz nicht Einzug in die Schulen halten. Errungenschaften der Aufklärung dürfen nicht aufgegeben werden. Wir werden das Faltblatt für Schulen zum Umgang mit muslimischen Mädchen überarbeiten. Das Geschlechterbild darf nicht hinter die Errungenschaft der Gleichberechtigung zurück fallen

4.4 Kinder und Jugendliche brauchen Chancen – die Zukunft beginnt heute

4.4.1 Kinderarmut bekämpfen

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz will die Kinderarmut in unserem Land umfassend und nachhaltig bekämpfen. Die Würde des Menschen gebietet uns, eine ausreichende Grundversorgung unserer Bürger sicherzustellen. Kinderarmut ist ein Missstand, den die CDU Rheinland-Pfalz in unserem Bundesland wirksam bekämpfen will.

Warum wollen wir das?

Die Anzahl der Kinder in der Sozialhilfe hat sich seit 1965 nahezu verzehnfacht. Heute lebt fast jedes sechste Kind unter sieben Jahren von staatlichen Transfers. Materieller Mangel tritt häufig in Verbindung mit einer sozialen und kulturellen Unterversorgung auf. Viele der betroffenen Kinder bewegen sich weniger, ernähren sich ungesünder, bleiben in bestimmten Stadtvierteln unter sich, besuchen keine weiterführenden Schulen und haben keine Chancen auf dem Ausbildungsmarkt.

Kinder, deren Eltern arbeitslos sind, die von Alleinerziehenden groß gezogen werden oder einen Migrationshintergrund haben, haben ein erhöhtes Armutsrisiko.

Wie wollen wir das erreichen?

Der Ausbau der frühkindlichen Bildung ist kein Luxus, sondern spätestens vor dem Hintergrund der Kinderarmut Pflichtprogramm der öffentlichen Hand. Wir streben die Formulierung eines Bildungs- und Erziehungsplans für Kinder im Alter von 0 bis 10 Jahren an, anhand dessen die konkreten Bedürfnisse ermittelt werden können. Wir werden Angebote der Elternbildung und der Elternberatung ausbauen um ein klares Signal zu setzen: Kinder sind unser Reichtum und sollen auch demgemäß behandelt werden.

4.4.2 Junge Menschen brauchen Zukunft

Was wollen wir?

Wir wollen jungen Menschen in Rheinland-Pfalz gute Chancen bieten, damit sie ihre Fähigkeiten zur Gestaltung eines selbst bestimmten Lebens entfalten können. Dazu gehört, sie vor Gewalt und Missbrauch zu schützen und sie vor Verführungen durch Drogen und Überschuldung zu bewahren. So lange wie dies vertretbar ist, steht die unterstützende Begleitung ihrer Familien im Zentrum der Hilfe. Starke Eltern können starke Kinder erziehen.

Warum wollen wir das?

Die Kinder und Jugendlichen von heute sind die Erwachsenen von morgen. Sie müssen auf ihre Zukunft gut vorbereitet werden, um sie bestehen zu können. Besonders sie werden die Herausforderungen der alternden Gesellschaft bewältigen müssen und brauchen hierfür die besten Startbedingungen.

Wie wollen wir das erreichen?

Wir wollen eine gute Vernetzung und Verzahnung aller Angebote und Experten von der frühen Förderung, über die Kitas bis zu den Schulen und den Freizeitangeboten, um besonders unterstützungsbedürftige Familien zu erkennen und ihnen rechtzeitig eine bedarfsgerechte Hilfestellung bieten zu können. Neben den professionellen Hilfestrukturen wollen wir die Vereine bei ihrer wichtigen Förderung von Kindern und Jugendlichen unterstützen. Auch sie müssen in die Vernetzung eingebunden werden, um Kinder und Jugendliche frühzeitig gewinnen zu können.

Über eine erste Mitgliedschaft von Kindern und Jugendlichen in den unterschiedlichen Vereinen wird oft die Basis für ein weitergehendes gesellschaftliches Engagement gelegt. Ob Sport, Gesang oder soziale Aktivitäten – junge Menschen lernen sich zu organisieren und gemeinsam für eine Sache einzusetzen. Dabei übernehmen sie häufig mit zunehmendem Alter selbst Verantwortung, z.B. als Gruppenleiter, Trainer oder gar im Vorstand. Die in diesen Gruppen angeeignete soziale Kompetenz ist gesamtgesellschaftlich von großer Bedeutung und bedarf unserer aller Unterstützung und Förderung.

Die CDU Rheinland-Pfalz wird sich für eine enge Verzahnung von Vereinsangeboten mit den Ganztagsangeboten in Kindertagesstätten und Schulen einsetzen.

4.4.3 Optimierung ministerieller Zuständigkeiten

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz will Kinder-, Jugend- und Familienpolitik bündeln.

Warum wollen wir das?

Politik für junge Menschen ist eine vielseitige Aufgabe. Neben Betreuung, Erziehung, Schule, Ausbildung, Jugendschutz sowie Gewalt- und Suchtprävention umfasst sie insbesondere bildungspolitische und soziale Aspekte. In diesem Zusammenhang wollen wir ein besonderes Augenmerk auf die Integration und Förderung von Jugendlichen aus Familien mit Migrationshintergrund richten.

Die aktuellen Strukturen der Landesregierung erschweren eine effektive kinder- und jugendpolitische Arbeit. So ist das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur als oberste Landesjugendbehörde u. a. für die Jugendpolitik, die Jugendarbeit, die Jugendsozialarbeit und den Kinderschutz zuständig, während das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen die frühen Hilfen, die Hilfen zur Erziehung und die Familienpolitik bearbeitet. Eine Zuständigkeit für Fragen des Kinder- und Jugendhilferechts findet sich gleich in beiden Ministerien.

Wie wollen wir das erreichen?

Wir wollen Kinder-, Jugend- und Familienpolitik in einem Ministerium der Generationen bündeln.

- 1) Kinder sind Reichtum und haben ein Recht auf Unterstützung und Förderung
- 2) Wir werden die Kinderarmut in Rheinland-Pfalz umfassend erfassen und nachhaltig bekämpfen
- 3) Das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung für bedürftige Kinder werden wir in der Umsetzung sofort unterstützen
- 4) Wir entwickeln einen Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder im Alter von 0 bis 10 Jahren
- 5) Die Elternbildung und Elternberatung wird verstärkt
- 6) Stärkere Einbeziehung, Verzahnung und Vernetzung von Vereinen, Kindertagesstätten, Schulen und Experten, um Unterstützungsbedürftige Kinder und Eltern zu erkennen und zu stärken
- 7) Wir stärken Kinder und Jugendliche und setzen auf Prävention gegen Gewalt und Sucht
- 8) Bündelung von Familien-, Generationen-, Integrations-, und Jugendthemen in einem Ministerium

4.5 Würdevolle Teilhabe bis zum Schluss – Senioren ernst nehmen

4.5.1 Mitbestimmung und Engagement von Senioren stärken

Was wir wollen?

Die CDU Rheinland-Pfalz will das Ehrenamt älterer Menschen in unserer Gesellschaft stärken. Wir wollen Senioren, die sich freiwillig und ehrenamtlich für unser Gemeinwesen engagieren, die bestmöglichen Rahmenbedingungen für ihre Aktivitäten bieten.

Wir wollen die Mitbestimmung von Senioren und ihre Interessenvertretung in den Entscheidungsprozessen unseres Gemeinwesens sicherstellen.

Warum wollen wir das?

Nachhaltigkeit hat nicht nur eine ökologische Dimension, sondern besitzt auch eine soziale Komponente. Viele ältere Menschen in Rheinland-Pfalz engagieren sich ehrenamtlich für unser Gemeinwesen. Sie machen es möglich, dass wir Gemeinschaft erleben. Stabile soziale Verhältnisse helfen uns, unser Potenzial maximal auszuschöpfen. Deshalb wollen wir die Strukturen stärken, die den Menschen in Rheinland-Pfalz Selbstvertrauen geben. Die Vereine in Rheinland-Pfalz sind ein maßgeblicher Eckpfeiler unserer Gesellschaft. Vereine führen Menschen zusammen.

Senioren haben ein Recht auf die Berücksichtigung ihrer Interessen. Ihr Lebenswerk und ihre Erfahrung sind Ausweis genug dafür, dass eine angemessene Beteiligung von Senioren an Entscheidungen von gesamtgesellschaftlicher Relevanz im Interesse aller ist.

Wie wollen wir das erreichen?

Bestehende Altersgrenzen – gerade auch für ehrenamtliche Tätigkeiten – sind vorurteilsfrei zu prüfen und gegebenenfalls abzuschaffen. Entscheidend ist die individuelle Kompetenz und Leistungsfähigkeit. Jede Form der Altersdiskriminierung lehnen wir ab.

Die CDU Rheinland-Pfalz wird eine Ehrenamtskampagne auflegen, die Senioren im Ehrenamt Vergünstigungen, Fortbildungsangebote und Versicherungsschutz bietet. Darüber hinaus wollen wir ein zentrales Ehrenamtsnetzwerk erstellen, das über den Erfahrungsaustausch hinaus die Kontaktaufnahme und Kontaktpflege erleichtert. Wir werden die Förderung unserer Vereine sicherstellen und die Gründung von Bürgerstiftungen unterstützen, um die bürgerschaftlichen Strukturen in Rheinland-Pfalz zu stärken.

Die CDU Rheinland-Pfalz wird einen Landesseniorenenbericht für Rheinland-Pfalz einführen, der die Situation unserer Senioren analysiert und Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensumstände von Senioren in unserem Bundesland vorschlägt. Dieser Landesseniorenenbericht soll alle fünf Jahre erneuert werden und Auskunft über die Lebenssituation der Seniorinnen und Senioren im Land, über ihre Erwartungen hinsichtlich ihrer Lebenssituation und ihre Beschwerden geben.

Wir werden den Kontakt zu den Seniorenräten auf allen Ebenen auch weiterhin suchen und ausbauen.

4.5.2 Altern in Würde

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz will, dass ein Altern in Würde fester Bestandteil unseres gesellschaftlichen Konsenses bleibt.

Wir wollen eine Verbesserung der geriatrischen Versorgung und der Rehabilitation, um die Selbstständigkeit älterer Menschen so lange wie möglich zu erhalten.

Warum wollen wir das?

Zunehmend gibt es in unserer Gesellschaft ältere und alte Menschen, die fit genug sind, selbstständig zu leben, aber in bestimmten Bereichen des Alltags Unterstützung benötigen oder aber chronisch krank sind und dauerhaft medizinische Hilfe brauchen.

Alte und kranke Menschen sind Teil unserer Gesellschaft. Keinem Menschen darf das Gefühl vermittelt werden, er falle der Gesellschaft zur Last. Zu einem menschenwürdigen Dasein gehört schließlich auch das Recht, in Würde sterben zu dürfen. Wir brauchen mehr Wertschätzung für die Würde alter Menschen und keine Forderungen nach Sterbehilfe.

Die CDU Rheinland-Pfalz setzt sich für leistungsstarke mobile, ambulante und stationäre Pflegedienste ein. Die meisten Pflegebedürftigen werden von Familienangehörigen, oft von den Partnerinnen und Partnern, gepflegt – teilweise unter Aufgabe der ursprünglichen Erwerbstätigkeit.

Pflegedienste können häufig nur unter Schwierigkeiten und dann durch großzügige Spenden entsprechende ambulante Angebote aufrecht erhalten werden. Derzeit gibt es lediglich sechs Lehrstühle für Palliativmedizin in Deutschland.

Wie wollen wir das erreichen?

Der gesundheitlichen Prävention bei Senioren ist ein größerer Stellenwert einzuräumen. Eine einzuführende, standardisierte Vorsorgeuntersuchung wie der „Gesundheits-Check-Up für Senioren“ trägt dazu bei, gerade im Alter möglichst lange eine auskömmliche Gesundheit beizubehalten zu können.

Die finanziellen Regelungen in Bezug auf die Pflege durch Angehörige wollen wir offen diskutieren und evaluieren. Dies gilt besonders für die Vergütungen in diesem Kontext, aber auch für die Berechnung des Pflegeeinsatzes von Angehörigen bei der Rente sowie die Beteiligung der Pflegeversicherung an den Pflegekosten. Wir stehen für den Ausbau und die Förderung der Palliativmedizin und wollen dadurch die Arbeit der Deutschen Hospizstiftung in Rheinland-Pfalz flankieren.

Die CDU Rheinland-Pfalz steht für den Ausbau der ambulanten Pflege, etwa im Rahmen eines Netzwerks aus ambulanten Palliativdiensten, Ambulanzen und Tageskliniken. Wir wollen die Ausbildung in diesen Berufen sichern und ausbauen, denn nur durch geschultes medizinisches wie auch pflegerisches Personal können unnötige und teure Krankenhouseinweisungen bzw. lange stationäre Aufenthalte vermieden werden. Pflege braucht Kompetenz.

Zur Unterstützung bestehender Hospiz-Initiativen, zum Auf- und Ausbau von Netzwerken und zur Förderung neuer Angebote werden wir eine landesweite Koordinations- und Ansprechstelle schaffen. Zur besseren Erforschung von Schmerztherapien und des Sterbeprozesses werden wir uns dafür einsetzen, eine Stiftungsprofessur „Palliativ Care“ an einer rheinland-pfälzischen Hochschule einzurichten. Durch eine gute Schmerztherapie können in Zukunft unnötige Leiden vermieden werden.

- 1) Die Mitbestimmung von Senioren werden wir sicherstellen
- 2) Altersdiskriminierung und nutzlosen Altersgrenzen werden wir entgegenwirken
- 3) Einführung eines Landesseniorenenberichtes (alle 5 Jahre)
- 4) Die Bedürfnisse von Senioren werden wir verstärkt in unsere Verbraucherpolitik einbeziehen
- 5) Die geriatrische Versorgung und die Rehabilitation muss verbessert werden, um die Selbständigkeit älterer Menschen so lange wie möglich zu erhalten
- 6) Einführung eines Gesundheits-Checks für Senioren
- 7) Förderung und Ausbau der Palliativmedizin und der Hospizarbeit, Einsatz für eine Stiftungsprofessur „Palliativ Care“

4.6 Jeder ist gleich viel Wert, keiner perfekt – Menschen mit Behinderungen gehören in die Mitte der Gesellschaft

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz will die Teilhabe und die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen für die Zukunft sichern.

Warum wollen wir das?

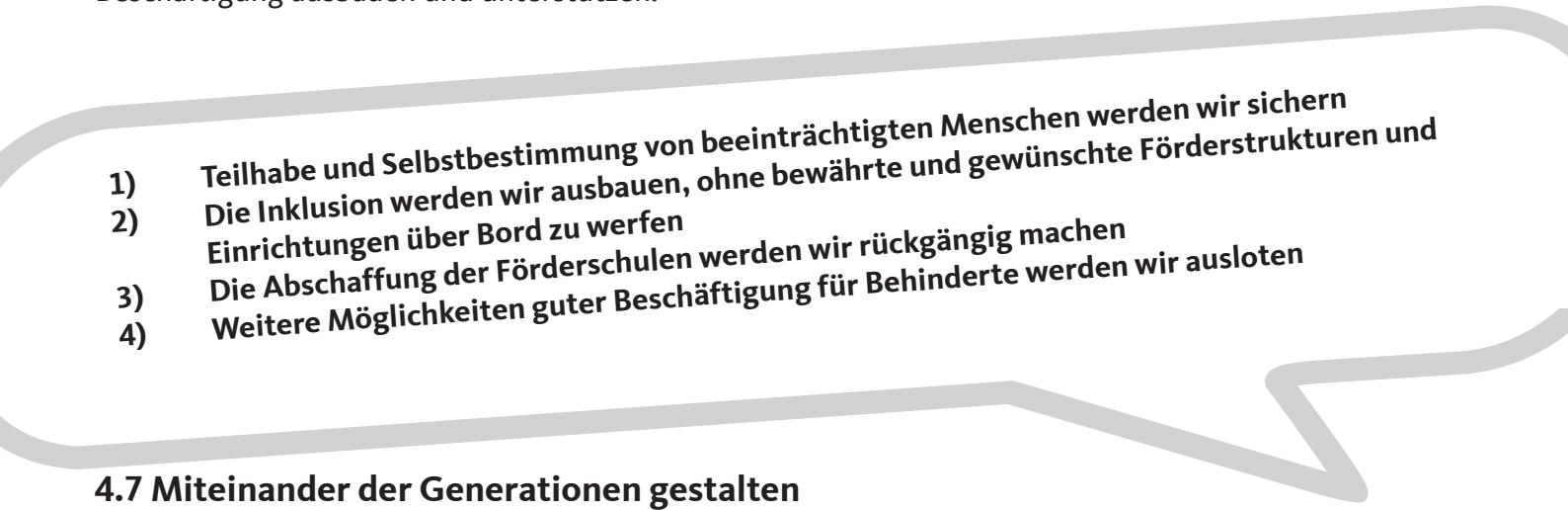
Niemand wird ausgegrenzt. Eine christlich geprägte Gesellschaft hat die Pflicht, ihren behinderten Mitgliedern ein Leben mit möglichst wenigen Einschränkungen zu ermöglichen. Teilhabe bedeutet für Menschen mit Behinderungen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten gleichberechtigt an allem – am geistigen, sozialen, kulturellen, beruflichen und politischen Leben der Gesellschaft – teilnehmen zu können. Für sie hat Arbeit den gleichen, wenn nicht sogar einen höheren Stellenwert in Bezug auf soziale Kompetenz und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben als für nicht behinderte Menschen.

Wie wollen wir das erreichen?

Die CDU Rheinland-Pfalz tritt für die schrittweise Umsetzung der UN-Konvention zum Schutz der Rechte behinderter Menschen ein und will hierfür einen in Teilschritten konkretisierten Umsetzungsplan mit den Betroffenen und allen beteiligten Gruppen erarbeiten und vereinbaren.

Bewährte Einrichtungen wollen wir im Sinne der Zielsetzung der Inklusion und des Grundsatzes „ambulant vor stationär“ sorgsam weiter entwickeln und ihre Kompetenzen nutzen. Auch hierbei sind die Wünsche der Betroffenen, die Erfahrung und das Wissen der Betreuer, der Angehörigen und der Einrichtungsträger einzubinden und zu achten.

Die CDU Rheinland-Pfalz wird auch in Zukunft geschützte Beschäftigungsverhältnisse in Werkstätten fördern. Zwischen der Werkstatt für behinderte Menschen und dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt sehen wir eine große Bandbreite von Beschäftigungsmöglichkeiten, die sich an den unterschiedlichen Fähigkeiten der Betroffenen orientieren können. Neben den Integrationsbetrieben und ausgelagerten Arbeitsplätzen in normalen Unternehmen wollen wir mit den Beteiligten weitere Möglichkeiten guter Beschäftigung ausbauen und unterstützen.

- 
- 1) **Teilhabe und Selbstbestimmung von beeinträchtigten Menschen werden wir sichern**
 - 2) **Die Inklusion werden wir ausbauen, ohne bewährte und gewünschte Förderstrukturen und Einrichtungen über Bord zu werfen**
 - 3) **Die Abschaffung der Förderschulen werden wir rückgängig machen**
 - 4) **Weitere Möglichkeiten guter Beschäftigung für Behinderte werden wir ausloten**

4.7 Miteinander der Generationen gestalten

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz will allen Menschen in unserer Gesellschaft zeigen, dass sie gebraucht werden. Das stärkste Miteinander entsteht dort, wo wir uns zeigen, dass wir einander brauchen. Wir wollen das Erfahrungswissen der älteren Generation stärker als bisher nutzen. Wir wollen die alternde Bevölkerung als Chance nutzen und die Voraussetzungen für eine Chancengesellschaft schaffen, in der sich die Generationen gegenseitig unterstützen und ergänzen.

Warum wollen wir das?

Eine kleiner werdende Gesamtbevölkerung mit einem immer höheren Anteil von älteren Menschen wird unsere Gesellschaft verändern. Künftig werden viele Ältere keine Kinder und Enkel haben; familiäre Netze werden ausgedünnt. Eine kinderarme, alternde Gesellschaft steht in einer Welt raschen Wandels vor großen Bewährungsproben, besonders in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz. Der demografische Wandel sowie die veränderten ökonomischen und sozialen Bedingungen erfordern mehr denn je eine Bündelung von Kompetenzen über die Generationen hinweg.

Die demografische Alterung erweist sich als Lackmustest für die Solidarität in unserem Gemeinwesen: Dies betrifft nicht nur die anonyme Ebene der Sozialversicherungen, sondern auch den alltäglichen Umgang zwischen Jung und Alt im privaten wie im öffentlichen Raum. Der Grad an ziviler Güte unserer Gesellschaft wird sich besonders im Umgang mit der steigenden Zahl von Pflegebedürftigen erweisen.

Wie wollen wir das erreichen?

Die CDU Rheinland-Pfalz steht für die Einrichtung von weiteren Mehrgenerationenhäusern, die sich verstärkt dem Miteinander und der gegenseitigen Unterstützung der Generationen annehmen. Die Mehrgenerationenhäuser müssen in unserem Flächenland ergänzt werden durch Familienzentren, die sich an Kitas oder Grundschulen ansiedeln und Familien und Generationen unterstützende Angebote und Dienste organisieren. Zusätzlich müssen Freiräume für innovative gemeinschaftliche Wohnformen geschaffen werden.

Wir wollen das Ehrenamt auch im Bereich des Lebens der Generationen miteinander stärken, etwa durch Netzwerke für „Leih-Omas und -Opas“ oder durch Vorlesestunden in öffentlichen Büchereien und Schulen.

4.8 Konkrete politische Antworten auf Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz fordert einen neuen Solidarpakt zwischen den Generationen. Wir wollen den demografischen Wandel nicht nur begleiten, sondern aktiv gestalten. Das hat Konsequenzen für viele Bereiche der Politik, von der Familienpolitik bis hin zur Infrastrukturpolitik. Besonders mit Blick auf die Infrastrukturpolitik der Landes- und Kommunalebene gilt: Nach Jahrzehnten stetigen Wachstums müssen wir umdenken und die Chancen einer schrumpfenden Bevölkerung nutzen.

Warum wollen wir das?

Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung erfordern ein grundlegendes Umdenken auf allen Ebenen in Politik und Gesellschaft. Der demografische Wandel als Revolution auf leisen Sohlen muss als Gestaltungsaufgabe für die Landespolitik erkannt und von ihr angenommen werden.

Ohne Nachwuchs ist jeder Solidarpakt/Generationenvertrag auf Sand gebaut. Der Familie kommt damit eine noch stärker staatstragende Rolle als bisher zu. Politik für die Familien hat Priorität für uns.

Ein „Weiter so“ wie bisher darf es vor allem in der Infrastrukturpolitik nicht geben: Statt „immer mehr“ und „immer größer“ muss es um ein „immer besser“ im Sinne der Lebensqualität gehen. Qualitätswachstum muss der neue Maßstab sein. Davon profitieren besonders historisch gewachsene Ortskerne und Städte. Sie gewinnen als Wohn- und Lebensorte an Attraktivität für junge Familien, aber auch für Senioren.

Wie wollen wir das erreichen?

Damit der demografische Wandel endlich die angemessene Relevanz für den Regierungsalltag erhält, wird die CDU Rheinland-Pfalz die Einrichtung eines Ministeriums für den Zusammenhalt der Generationen initiieren. Da Politik für die Familien nicht an den Landesgrenzen aufhören kann, wollen wir auch auf Bundesebene familienpolitische Offensiven anstoßen.

Im Bereich der Infrastruktur muss der Um- und Ausbau im Bestand Vorrang vor dem Neubau bekommen.

4.9 Zuwanderung gestalten und Integration fördern

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz will, dass alle, die in unser Land kommen, die Grundlagen unseres Staates – das Grundgesetz und die demokratische Grundordnung, die Menschenwürde, die Gleichberechtigung von Mann und Frau und die Trennung von Staat und Kirche – akzeptieren und sich zu eigen machen.

Wir wollen, dass jeder, der in Deutschland wohnt, die deutsche Sprache beherrscht. Wir wollen Integration durch Bildung.

Wir wollen nicht, dass Einwanderer ihre Kultur und ihre Religion aufgeben. Ihnen muss die Freiheit zugestanden werden, ihre eigene Identität zu pflegen. Wir wollen eine tolerante Leitkultur formulieren, deren Akzeptanz fester Bestandteil einer erfolgreichen Integration ist.

Warum wollen wir das?

Mit ihren Fähigkeiten und kulturellen Hintergründen sind Zuwanderer und Menschen mit Migrationshintergrund eine große Chance und eine Bereicherung für unsere Gesellschaft. Statt Ghettoisierung und Parallelgesellschaften brauchen wir Dialog und nachhaltige Integration.

In unserem Bundesland leben laut Statistischem Landesamt 734.000 Menschen mit Migrationshintergrund, was 18,2 Prozent oder einem knappen Fünftel der Gesamtbevölkerung entspricht.

Rund 100.000 Menschen in Rheinland-Pfalz bekennen sich zum Islam. Besonders hoch ist ihr Anteil bei der jungen Generation. Rund sechs Prozent aller Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz sind mittlerweile muslimischen Glaubens.

Integration braucht einen klaren Rahmen, der Freiräume für alle öffnet, aber auch Grenzen für alle setzt. Meldungen über Vorfälle, in denen Rechtsnormen der Scharia in deutschen Gerichtsurteilen berücksichtigt wurden, schüren Angst vor dem Islam. Die wichtigste Maßnahme beim Thema Integration ist daher die ausnahmslose Durchsetzung unserer rechtsstaatlichen Ordnung. Auf der festen Basis dieser Ordnung fordern wir mehr gegenseitiges Verständnis und Dialog mit Migranten. Dabei muss die Akzeptanz dieser Ordnung Ausgangspunkt jeden Dialoges sein.

Integration darf sich allerdings nicht im Dialog erschöpfen. Unser gemeinsames Ziel muss die Integration aller Zuwanderer in unser demokratisches Gemeinwesen sein. Integration ist ein langwieriger Prozess, der durch erhebliche Neuzuwanderung nicht erleichtert, sondern erschwert wird. Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht auf den Bereich der Religion beschränkt werden darf.

Wie wollen wir das erreichen?

Die CDU Rheinland-Pfalz steht für eine klare Leitkultur: Demokratie, Freiheit, Menschenrechte, Rechtsstaat und insbesondere die Gleichberechtigung von Mann und Frau sind wichtige Aspekte unserer Leitkultur und müssen von jedem anerkannt werden, der in unserem Land leben möchte. Wir wollen klare Vereinbarungen und fordern deshalb kommunale Integrationsvereinbarungen, in denen sich die Zuwendrer zu den Grundlagen unseres Staates bekennen. Wir sprechen eine klare Sprache und halten deshalb daran fest, dass Deutsch die einzige Amtssprache in Rheinland-Pfalz ist.

Wir bekennen uns zu „Null Toleranz“ gegenüber denen, die Integration vollständig verweigern. Wer sich Sprachkursen verweigert, muss sanktioniert werden. Dazu ist ein lückenloser Austausch zwischen den Trägern der Kurse (Meldepflicht), den Arbeitsagenturen und Ausländerbehörden notwendig. Wir fordern außerdem, dass die Zwangsheirat mit einem eigenen Straftatbestand unter Strafe gestellt wird.

Wir werden ausländische Straftäter konsequent ausweisen: Wer unser demokratisches Rechtssystem ablehnt, muss Deutschland wieder verlassen. Das gilt besonders für Straftäter. Denn wer die Integration verweigert, schadet nicht nur dem Land, sondern auch denen, die sich integrieren wollen.

Wir lehnen die Gleichstellung des Islam mit den christlichen Kirchen als Körperschaft des öffentlichen Rechts ab. Zum einen sind die Voraussetzungen dafür nicht gegeben. Zum anderen wäre dies ein völlig falsches Signal. Der Islam ist nicht wie die Kirchen organisiert, Ansprechpartner fehlen. Außerdem vermissen wir in Teilen des Islam noch immer das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Deutschland. So lange wir noch über Probleme wie Zwangsheirat, sogenannte „Ehrenmorde“ an jungen Frauen oder ein überkommenes mittelalterliches Geschlechterbild diskutieren müssen – und so lange Muslime, die zum Christentum übertreten, in weiten Teilen der islamischen Welt um ihr Leben fürchten müssen – ist eine Gleichstellung aus unserer Sicht unmöglich. Scharia und Grundgesetz sind nicht miteinander vereinbar.

Ebenso klarer Worte bedarf es bei der Organisation des muslimischen Religionsunterrichts. Die Entwicklung von Lehrplänen für einen islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache kann einen wichtigen Beitrag leisten, um Parallelgesellschaften nicht entstehen zu lassen. Der Unterricht muss aber in deutscher Sprache, von in Deutschland ausgebildeten Lehrern und unter deutscher Schulaufsicht stattfinden.

Das Bundesfamilienministerium plant eine Offensive für Sprachförderung. Bundesweit sollen 4.000 Stellen für Spracherzieher in Kindertagesstätten in sozialen Brennpunkten sowie in Gebieten mit einem hohen Migrantenanteil gefördert werden. Von dem Angebot profitieren Kinder unter drei Jahren. Das unterstützen wir.

Zuwanderung kann die Probleme des demografischen Wandels in Deutschland nicht lösen. Wir wollen aber eine Zuwanderung für Hochqualifizierte und Hochgebildete als „ultima ratio“ zulassen, um einem akuten Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Die Ausbildung des eigenen Nachwuchses und die Chancen für Menschen in Arbeitslosigkeit müssen Vorrang haben. Eine unbürokratischere Anerkennung ausländischer Abschlüsse ist notwendig. Die CDU Rheinland-Pfalz ermutigt die Bundesregierung, die notwendigen Schritte dazu schnell zu gehen. Um Deutschland im Wettbewerb um Hochqualifizierte attraktiver zu machen, bietet sich ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild an.

- 
- 1) Zuwanderer sollen sich die Grundlagen des Staates zu Eigen machen
 - 2) Kinder werden wir früh auf eine Zukunft in unserem Land vorbereiten
 - 3) Wir wollen einen islamischen Religionsunterricht unter staatlicher Aufsicht einführen
 - 4) Wir werden die Schulpflicht stärker rechtlich durchsetzen
 - 5) Wir werden eine Offensive für Sprachförderung starten
 - 6) Die Aufgaben innerhalb der Landesregierung werden wir bündeln
 - 7) Zuwanderungspolitik für Hochqualifizierte wollen wir ermöglichen
 - 8) Wir werden ausländische Straftäter konsequent ausweisen

4.10 Heimatvertriebene und Spätaussiedler

Was wollen wir?

Heimatvertriebene und Spätaussiedler bereichern das gesellschaftliche Leben in Rheinland-Pfalz. Wir werden die Erhaltung ihrer Kultur und ihr Engagement angemessen unterstützen.

Warum wollen wir das?

Ihre Kultur ist ein Teil der deutschen Kultur und ihr Einsatz in den Herkunftsgebieten stellt eine wichtige völkerbindende Brückenfunktion dar.

Wie wollen wir das erreichen?

Deshalb werden wir ein Mitglied der neuen Landesregierung als Ansprechpartner für die Organisationen der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler benennen. Darüber hinaus werden wir die Aktivitäten des Bundes der Vertriebenen und der Landsmannschaften in Rheinland-Pfalz fördern. Dadurch wollen wir die von der bisherigen Landesregierung missachtete Verpflichtung des § 96 Bundesvertriebenengesetz zur Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen wieder wahrnehmen. In der rheinland-pfälzischen Partnerregion Oppeln sind viele Landsleute in ihrer Heimat verblieben. Wir werden darauf achten, dass ihre Organisationen bei den Partnerschaftsaktivitäten einbezogen werden. Das Wissen junger Menschen über die deutsche Kultur im östlichen Europa und die DDR-Diktatur muss verbessert werden. Die Ost- und DDR-Kunde im Schulunterricht wird von uns deshalb angemessen berücksichtigt werden.

5. Pflege und Gesundheit – Versorgung gewährleisten

Was wollen wir?

Auf Grund des medizinisch-technischen Fortschrittes und des demografischen Wandels müssen die Strukturen des Gesundheitswesens und ihre Finanzierung weiterentwickelt werden. Es ist das Ziel der rheinland-pfälzischen Gesundheitspolitik, dass die Menschen, insbesondere ältere Mitbürger, in unserem Land eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe medizinische Versorgung erhalten und am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Wir wollen sicherstellen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger flächendeckend und bedarfsgerecht medizinisch versorgt werden. Insbesondere muss dem Ärztemangel und dem Mangel an Fachkräften in der Pflege entgegengewirkt werden.

Warum wollen wir das?

Auch in Zukunft soll diese Versorgung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und angesichts erkennbarer Risiken für die ärztliche Versorgung in Form von Veränderungen in der Altersstruktur der Ärzteschaft, zunehmender Schwierigkeiten bei der Besetzung freier Arztstellen und rückläufigen Ärzttenachwuchses sichergestellt werden. Die Sicherstellung der flächendeckenden und bedarfsgerechten medizinischen Versorgung in Rheinland-Pfalz ist für die CDU ein zentrales gesundheitspolitisches Anliegen. Der ländliche Raum darf bei gesundheitspolitischen Entscheidungen nicht benachteiligt werden.

Wie wollen wir das erreichen?

Regionale Gesundheitskonferenzen unter Beteiligung der Kommunen bieten die Chance, Steuerungsmöglichkeiten in die Kompetenz der Betroffenen zu legen. So lassen sich innovative Modelle, regional begrenzt, ausprobieren. Kriterium dabei ist, dass diese Ansätze die Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Versorgung verbessern.

Wir starten einen Wettbewerb der Ideen unter Einbeziehung der kommunalen Kompetenz und Erfahrung vor Ort, um eine ortsnahe, flächendeckende medizinische Versorgung zu erhalten. Hieraus ergibt sich ein ganzes Bündel von kreativen Maßnahmen und Ideen, um den Arztberuf generell und im Speziellen die Niederlassung im ländlichen Raum attraktiv zu halten.

Wir brauchen verstärkt Anreize für Ärzte, sich in unversorgten Regionen niederzulassen. Das bedeutet nicht nur finanzielle Förderung, sondern auch attraktivere Lebens- und Arbeitsbedingungen am Praxisstandort. Die Bedarfsplanung muss so reformiert werden, dass den regionalen Besonderheiten besser Rechnung getragen werden kann. Zudem muss der Anteil der Ärzte, die nach dem Medizinstudium den ärztlichen Beruf auch ausüben wollen, erhöht werden. Außerdem sind die Zugangsvoraussetzungen zum Medizinstudium zu überprüfen. Neben dem Notendurchschnitt sollten Kriterien wie Sozialkompetenz und Motivation sowie ein Auswahlgespräch eine größere Rolle spielen.

Um das zu erreichen, sollte auf der jeweiligen Ebene der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) ein regionaler fachübergreifender Ausschuss zur ärztlichen Versorgungsplanung eingerichtet werden, an dem auch Patientenvertreter und von der jeweiligen Planung betroffene kommunale Vertreter beratend teilnehmen. So kann die Bedarfsentwicklung fachübergreifend und umfassend erhoben und die Zulassung nach dem tatsächlichen Bedarf kleinräumiger gesteuert werden. Hierzu kommt dann auch die Möglichkeit, Planungsbezirke, bei Bedarf auch nur bezogen auf einzelne Arztgruppen, kleinräumiger zu gestalten, um die Sitzverteilung besser steuern zu können. Heute sind die Planungsbezirke oftmals zu großräumig und wenig zielgenau.

Die ärztliche Vergütung, die Organisation von Notdiensten und die Zulassungssteuerung muss die unterschiedlichen Ausgangslagen in städtischen Regionen und auf dem Land viel stärker berücksichtigen können.

Um flexibel auch finanzielle Anreize für die Niederlassung in unversorgten oder drohend unversorgten Gebieten setzen zu können, sollte die Möglichkeit geschaffen werden, über einen neu einzurichtenden Strukturfonds, in dem ein Prozent der Gesamtvergütung der jeweiligen Kassenärztlichen Vereinigung (KV) einfließen könnte, gezielte Maßnahmen zu ergreifen. Dazu könnten etwa Investitionskostenzuschüsse, Vergütungszuschläge oder auch die Förderung von Stipendien gehören.

Die durch gesetzliche Rahmenbedingungen eröffneten Möglichkeiten, auch in der niedergelassenen Versorgung mit Zweigstellen und angestellten Ärzten zu arbeiten, sollte weiter ausgebaut und erleichtert werden.

Angesichts der Untätigkeit der Landesregierung versuchen inzwischen bereits die ersten Kommunen in Eigeninitiative die Versorgungslage der Menschen zu verbessern. So werden zum Beispiel von einzelnen Gemeinden sogenannte Facharztstationen geplant. In ihnen sollen Spezialisten verschiedener Fachrichtungen an unterschiedlichen Tagen Sprechstunden anbieten. Andere Initiativen der Kommunen betreffen örtliche Fahrdienste für alte und chronisch kranke Patientinnen und Patienten sowie gezielte Investitionszuschüsse, etwa für die Anmietung und Ausstattung der Praxen. Solche Initiativen werden wir künftig nachhaltig fördern und unterstützen.

Die medizinische Versorgung muss mit Hilfe eines regionalen Gesamtkonzepts sichergestellt werden, welches sich an den Bedürfnissen der Bürger ausrichtet. Das bedeutet: hin zu Netzwerken wie zum Beispiel medizinischen Versorgungszentren, die knapper werdende Ressourcen und Arbeitskraft optimal einsetzen. Dabei geht es vor allem darum, die Organisation der medizinischen Versorgung an den Schnittstellen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung effektiver zu koordinieren. Wir werden zudem, wie in anderen Bundesländern, die gesetzliche Vorgabe einer Hilfeleistungsfrist für den Rettungsdienst einschließlich Notarzt einführen.

Um dem demografischen Wandel wirkungsvoll entgegenzutreten, fordert die CDU Rheinland-Pfalz den konsequenten Ausbau wohnortnaher geriatrischer Versorgungsstrukturen. Wir fordern in jedem Landkreis bzw. in jeder kreisfreien Stadt ein an einem Allgemeinkrankenhaus angesiedeltes stationäres geriatrisches Versorgungsangebot in Form einer Hauptfachabteilung. Somit können wir dem Behandlungsspruch unserer alternden Bevölkerung auch vor Ort entsprechen.

Die CDU Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, die Zahl der Organspenden in unserem Land zu erhöhen. Hierzu werden wir ein Maßnahmenpaket erstellen, das darlegt, wie die Organspendebereitschaft in Rheinland-Pfalz nachhaltig erhöht werden kann. Es soll darüber hinaus geprüft werden, ob das Thema Organspende in die Erste-Hilfe-Ausbildung integriert werden kann, um möglichst viele Menschen mit dem Anliegen der Steigerung der Zahlen von Organspende und Organtransplantation zu erreichen. Die CDU Rheinland-Pfalz will überdies die Transplantationsbeauftragten der Krankenhäuser stärken. In diesem Zusammenhang wird außerdem geprüft, ob in Schwerpunktkrankenhäusern, besonders in Universitätskliniken und Krankenhäusern mit Neurochirurgie, ein hauptamtlicher Transplantationsbeauftragter zur Stärkung der Organspende eingestellt werden sollte.

Die CDU Rheinland-Pfalz erkennt die wirtschaftliche Bedeutung des Gesundheitssektors für unser Bundesland. Rheinland-Pfalz beherbergt deutschlandweit führende Forschungseinrichtungen. Im gesamten Gesundheitswesen, aber auch in den Bereichen Prävention und Rehabilitation, gibt es in Rheinland-Pfalz hervorragende und kompetente Anbieter, mit hervorragenden Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, deren positive Entwicklung wir befördern wollen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Gesundheitsmarkt als ein wichtiger Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz auch in Zukunft weiterhin Bestand haben wird.

- 1) Regionale Gesundheitskonferenzen unter Beteiligung der Kommunen einrichten, um Steuerungsmöglichkeiten in die Kompetenz der Betroffenen zu legen
 - 2) Anreize für Ärzte sich in unversorgten Regionen niederzulassen. Das bedeutet nicht nur finanzielle Förderung, sondern auch attraktivere Lebens- und Arbeitsbedingungen am Präxisstandort
 - 3) Einrichtung eines Strukturfonds, in den ein Prozent der Gesamtvergütung der jeweiligen Kassenärztlichen Vereinigung (KV) einfließen könnte, um so Anreize für die Niederlassung in unversorgten Gebieten zu setzen, wie z.B. Investitionskostenzuschüsse oder Vergütungszuschläge
 - 4) Die medizinische Versorgung muss mit Hilfe eines regionalen Gesamtkonzepts sichergestellt werden, das bedeutet: hin zu Netzwerken wie beispielsweise medizinische Versorgungszentren, um ambulante und stationäre Versorgung effektiver zu koordinieren
- 

6. Arbeit schafft Wachstum – Wohlstand für alle

6.1 Nachhaltige Wirtschaftspolitik – Mittelstand stärken

Ein Bundesland kann selbst viel bewirken. Die rheinland-pfälzische Wirtschaft braucht keine Gängelung, sie braucht das Zutrauen einer CDU-geführten Regierung. Die CDU Rheinland-Pfalz wird auf Zutrauen und Vertrauen in die Leistungsfähigkeit, den Leistungswillen, die Unternehmer- und Unternehmenskultur, die Innovationskraft sowie den Ideenreichtum der Wirtschaft ihr Regierungshandeln ausrichten. Nicht Wachstum schafft Arbeit, sondern Arbeit schafft Wachstum!

Was wollen wir?

Nach fast 20 Jahren SPD-Führung ist Rheinland-Pfalz im Vergleich aller Bundesländer nicht einmal mehr Durchschnitt. Die CDU Rheinland-Pfalz will unbedingt, dass unser Land im Vergleich zu den anderen (westlichen) Bundesländern wirtschaftlich wieder aufschließt.

Warum wollen wir das?

Bevor die SPD an die Regierung kam, konnte sich Rheinland-Pfalz im Vergleich mit den anderen Bundesländern durchaus sehen lassen. 17 Jahre Beck-Regierung haben das Land zurückgeworfen. Rheinland-Pfalz ist unterdurchschnittlich

- bei der Wirtschaftsleistung je Einwohner wie auch je Erwerbstätigen (2009)
- bei der Produktivität je Erwerbstätigen
- beim verfügbaren Einkommen je Einwohner (2008)
- beim Anteil der Beschäftigten in wissensintensiven Dienstleistungen
- beim Anteil der Beschäftigten mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss (vorletzter Platz aller Bundesländer)
- bei den Patenten je Einwohner (weit unterdurchschnittlich)
- beim Anteil der Investitionen an öffentlichen Haushalten (Investitions-Quote)

Damit unser Land für die Zukunft wieder fit wird, muss sich das ändern. Und wir sind der Meinung: Die Rheinland-Pfälzer wollen und – vor allem – können mehr. Dies gilt für die Menschen in Städten und in Ballungszentren ebenso wie für die Menschen im ländlichen Raum.

Wie wollen wir das erreichen?

Wirtschaft und Gesellschaft sind eine Gemeinschaftsaufgabe. Wir werden Bildung, Forschung und Wirtschaft stärker miteinander verzahnen, um die Innovationskraft des Landes nachhaltig zu stärken. Mit einer weltoffenen nachhaltigen Wirtschaftspolitik realisieren wir die Chancengesellschaft in Rheinland-Pfalz. Dazu werden wir alle Rahmenbedingungen auf den Prüfstand stellen und zukunftsorientiert reformieren. Natürlich steht die CDU Rheinland-Pfalz zum Grundsatz der Tarifautonomie.

Wir setzen auf den Ideenreichtum von Arbeitnehmern und Unternehmern, von Lehrern und Ausbildern, von Wissenschaftlern und Technikern. Eine CDU-geführte Regierung wird im „Wirtschafts-Forum Rheinland-Pfalz“ dauerhaft den unternehmerischen Sachverstand, die Kreativität und die Ideenvielfalt der Entscheidungsträger unseres Landes versammeln und in die Wirtschaftspolitik umsetzen. Auch auf regionaler und kommunaler Ebene werden wir entsprechende Wirtschaftsforen fördern. Unsere Strategie der nachhaltigen Wirtschaftspolitik für Rheinland-Pfalz vertraut auf die Verantwortungsbereitschaft der Menschen.

6.1.1 Innovationsstandort im Ideenland

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz will moderne Schlüsseltechnologien fördern und in Rheinland-Pfalz verstärkt ansiedeln. Wir wollen ein Ideenland Rheinland-Pfalz. In anwendungsorientierten Forschungsinstituten, Transferstellen an den Hochschulen, aber auch in einzelnen Fachbereichen der Universitäten, existieren viele gute Ansätze. Mit einem aktiven Innovationsmanagement als Bindeglied zwischen Wirtschaft und Wissenschaft können die vorhandenen Ideen in wirtschaftlich verwertbare Produkte verwandelt werden.

Warum wollen wir das?

Wenn wir uns im globalen Wettbewerb behaupten wollen, müssen wir technologisch Spitze sein. Dabei wetteifern wir mit den besten Köpfen der Welt. Wir brauchen in Zukunft vermehrt Produkte, die dem Nachhaltigkeitsprinzip entsprechen.

Zur Stärkung des Innovationsgrads des Standortes Rheinland-Pfalz entwickelt eine CDU-geführte Landesregierung in ihrer Innovationsinitiative „Ideenland Rheinland-Pfalz“ eine ressortübergreifende Wissenschafts-, Innovations- und Technologiepolitik.

Wie wollen wir das erreichen?

Der Prozess, den wir bekräftigen wollen, beginnt in den Kindergärten und Schulen unseres Landes und setzt sich fort in den Hochschulen und Universitäten. In enger, gut organisierter Wechselwirkung zwischen Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft müssen wir uns in den Schlüsseltechnologien zielstrebig nach vorne arbeiten. Bestehende Technologie-Cluster sind auszubauen und neue einzurichten. Hierzu wird eine CDU-geführte Landesregierung einen nach Branchen und Regionen differenzierten Masterplan vorlegen. Der Technologiebeirat ist zu beleben und der Technologietransfer zu intensivieren.

Wir werden eine „Ideen-Manufaktur für das Leistungsland Rheinland-Pfalz“ als Internet-Plattform einrichten, in der jeder Bürger seine Ideen für Rheinland-Pfalz vorstellen kann.

Die CDU Rheinland-Pfalz weiß, dass Arbeit erst Wachstum schafft. Arbeit entsteht durch die „Unternehmung“ eines Einzelnen, einer Gruppe, eines Unternehmens. Wir machen Rheinland-Pfalz zum Unternehmerland

6.1.2 Mittelständische Wirtschaft im Unternehmerland

Was wollen wir?

Rheinland-Pfalz ist das Mittelstandsland. Mittelstand, das steht für nachhaltiges Denken und solides Wirtschaften. Mittelstand zeichnet sich aus durch Standorttreue; er agiert weltweit, oftmals als Marktführer, ist aber gleichzeitig fest in der Heimat verwurzelt. Mittelstand ist auch eine wichtige Säule der Großindustrie in Rheinland-Pfalz.

Die CDU Rheinland-Pfalz will die mittelständische Wirtschaft stärken. Wir wollen Menschen, die bereit sind, eigene Unternehmen zu gründen. Wir wollen sie motivieren, dies in unserem Land zu tun.

Warum wollen wir das?

Kleinere und mittelgroße Unternehmen haben überall in unserem Land, auch außerhalb der Ballungsräume eine gute Chance. Sie schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze in den Regionen, bringen die Arbeit und Einkommen zu den Menschen und beleben die Regionen.

Wie wollen wir das erreichen?

Die Wirtschaftskammern von Industrie, Handel, Handwerk, Landwirtschaft und Weinbau und die Wirtschafts- und wirtschaftsnahen Verbände sind als fester Bestandteil der mittelständischen Wirtschaft einzubinden und eine zielgerichtete Zusammenarbeit ist einzufordern.

Die CDU Rheinland-Pfalz wird sich dafür einsetzen, dass bei der Existenzgründungsberatung eine starke Vernetzung zwischen Kammern, privaten Institutionen und Wirtschaftsförderungseinrichtungen erfolgt. Hierbei gilt, dass für Existenzgründer eine transparente, effektive und schnelle Beratung ermöglicht wird, die über die jeweiligen Förderprogramme seitens des Landes, des Bundes und der EU Auskunft gibt. Hierbei gilt es, bestehende Förderrichtlinien auf die wirklichen Bedürfnisse von Existenzgründern, aber auch die mittelständische Wirtschaft anzupassen. Förderprogramme müssen in regelmäßigen Abständen durch einen Förderbericht des Landes evaluiert werden.

Ebenso gilt es zur Unternehmensnachfolge oder -übernahme fördernde Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Arbeitsplätze erhalten und weiter geschaffen werden können.

Wir sorgen außerdem für eine mittelstandsfreundliche Kommunalverwaltung, deren Wirtschaftsförderungen im Land zunehmend vernetzter zusammenarbeiten müssen, um erfolgreich zu sein.

6.1.3 Regionalentwicklung im Wachstumsland

Was wollen wir?

Der Aufbau und die Entwicklung regionaler Cluster werden wir in Rheinland-Pfalz konsequent aus und mit den Regionen entwickeln. Hierfür wird ein Masterplan für Rheinland-Pfalz, differenziert nach den Branchen und Regionen, vorgelegt. Wichtig dabei ist, Aspekte zur Stärkung der Regionen nicht an Kreis- bzw. Landesgrenzen Halt machen zu lassen, sondern zu kooperieren und zukunftsweisende Plattformen zu bilden.

Warum wollen wir das?

Eine nachhaltige Regionalentwicklung sichert langfristig die Lebensqualität. Dies ist ein Prozess, der Wirtschaft, Forschung, Bildung und Verwaltung einbeziehen muss. Produzenten und Dienstleister, Handel, Handwerk und Industrie, alle, vor allem aber Bürgerinnen und Bürger jeden Alters, sollen die Möglichkeit haben, an der Gestaltung ihrer Region mitzuwirken. Aus Kommunikationswegen müssen Schnellstraßen werden. Nur so entwickelt sich Rheinland-Pfalz zum Fortschrittsland. Wo die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln stimmen und ein wirtschafts-freundliches Klima herrscht, wächst ein zukunftsfähiger Wirtschaftsstandort.

Wie wollen wir das erreichen?

Weniger Bürokratie und einfachere Steuergestaltung! Beides ist für die Unternehmen überlebenswichtig. Die Sicherung des Fachkräftebedarfs durch eine strategische Bildungspolitik ist unabdingbar. Gute Ausbildung, Voraussetzungen für lebenslanges Lernen und motiviertes, unternehmerisches Denken, sind wichtige Pfeiler, um einem drohenden Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Die CDU Rheinland-Pfalz wird darum den bestehenden Ausbildungspakt zu einem Weiterbildungspakt entwickeln. Qualifikation ist das Ziel im Weiterbildungspakt, Stolz auf Leistung das Ergebnis!

- Wir werden Bildung, Forschung und Wirtschaft stärker verzahnen**
- 1) Wir werden Bildung, Forschung und Wirtschaft stärker verzahnen
 - 2) Die Tarifautonomie bleibt bestehen
 - 3) Auf dem „Wirtschafts-Forum Rheinland-Pfalz“ werden die Entscheidungsträger unseres Landes versammelt
 - 4) Förderung moderner Schlüsseltechnologien und Unterstützung anwendungsorientierter Forschung
 - 5) Wir starten die Innovationsoffensive Rheinland-Pfalz
 - 6) „Ideenmanufaktur für das Leistungsland Rheinland-Pfalz“ wird als Internetplattform eingerichtet
 - 7) Wir werden Technologiecluster einrichten und ausbauen
 - 8) Wir werden ein „Gründungscoaching“ und Mittelstandsförderung anbieten, Service und Informationsvermittlung aus einer Hand, keine Zersplitterungen
 - 9) Den Aufbau und die Entwicklung regionaler Cluster werden wir konsequent aus und mit den Regionen entwickeln. Wir erarbeiten einen Masterplan für Rheinland-Pfalz, differenziert nach Branchen und Regionen

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz hält an dem Ziel der Vollbeschäftigung fest und will möglichst allen erwerbsfähigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern die Chance bieten, sich durch eigene Erwerbstätigkeit bessere Zukunftschancen verbunden mit eigener Wertschätzung zu erarbeiten und an der Entwicklung des Wohlstandes teilzuhaben.

Warum wollen wir das?

Erwerbsarbeit ermöglicht Selbstverwirklichung, stiftet Lebenssinn, lässt erfahren, dass man gebraucht wird, und legt die Grundlage für Wohlstand und soziale Sicherheit. Wirtschaftlicher Erfolg schafft Lebensqualität und gibt den Freiraum, sich für andere einzusetzen.

Wie wollen wir das erreichen?

In den geplanten Mittelschulen sollen Unterrichtseinheiten zur Berufsorientierung früher und in intensiver Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaft stattfinden. Ziel ist es, das Berufswahlspektrum bei Mädchen und Jungen deutlich auszudehnen. Für Jugendliche, die über mehr praktische Begabungen verfügen, wollen wir die Umwandlung weiterer Ausbildungsgänge in modulare Systeme unterstützen, die nach einer Grundbildung bereits einen Abschluss ermöglichen und weitere Qualifizierung eröffnen.

Die Unternehmen im Lande wollen wir zur familienfreundlichen Ausgestaltung ihrer Betriebe ermuntern und selbst mit gutem Beispiel vorangehen.

Dabei wollen wir mit unserer Arbeitsmarktpolitik besonders die Menschen unterstützen, die bislang besondere Schwierigkeiten haben, einen Arbeitsplatz zu bekommen oder zu behalten. Dies betrifft Menschen jenseits der 50 Jahre genau so wie Menschen mit Migrationshintergrund oder Menschen mit Behinderung. Die Vielfalt in der Mitarbeiterschaft bringt Unternehmen nach vorne. Dies gilt nach unserer Überzeugung auch für kleine und mittlere Unternehmen.

6.2.2 Arbeit und Einkommen in den Regionen

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz will den täglichen Auspendler-Bewegungen entgegenwirken und verstärkt Arbeitsplätze im eigenen Bundesland schaffen.

Warum wollen wir das?

In 2009 waren Tag für Tag 266.000 Auspendler aus Rheinland-Pfalz zu verzeichnen. Durch die tägliche, teils mehrstündige Fahrt zur und von der Arbeit wird kostbare Lebenszeit verbraucht. Das tägliche Pendeln zur Arbeit kostet nicht nur Nerven, sondern auch viel Geld und belastet obendrein die Umwelt. Rheinland-Pfälzer, die in den angrenzenden Bundesländern, in Frankreich, Luxemburg oder Belgien arbeiten, verbessern zwar die Beschäftigungsstatistik des Landes, generieren dort aber Gewerbesteueraufkommen, das unserem Land und unseren Kommunen entgeht, das wir aber im Land halten sollten.

Wir wollen die Regionen unseres Landes beleben. Wir wissen, dass eine nachhaltige Regionalentwicklung langfristig die Lebensqualität sichert. Wir wollen jungen Menschen Ausbildungs- und Arbeitsplätze auch in den ländlichen Regionen unseres Landes anbieten können, damit sie nicht abwandern, damit sie in Rheinland-Pfalz ihren Lebensmittelpunkt behalten. Nicht zuletzt wird es mit Blick auf die demografische Entwicklung zunehmend wichtiger, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gewährleisten.

Wie wollen wir das erreichen?

Überall im Land gibt es – oft im Zuge von Konversionsmaßnahmen – hinreichend günstige Immobilien, um dort – eben nicht nur in Hochschulnähe – Gründungs- und Technologie-Center einrichten zu können. Durch die örtliche Zusammenfassung solcher Start-Up-Unternehmen lassen sich die Gemeinkosten in der Gründungsphase reduzieren und eine gebündelte Betreuung der Jungunternehmer organisieren.

Die CDU Rheinland-Pfalz wird dafür sorgen, dass auch der ländliche Raum in Kürze mit einer leistungsfähigen DSL-Breitbandverkabelung lückenlos erschlossen wird. Darüber hinaus ist die verkehrliche Erreichbarkeit weiterhin zu verbessern, denn nur dort, wo kurze Zubringer zum deutschen Fernstraßennetz vorhanden sind, werden sich neue Unternehmen ansiedeln.

Das Standortmarketing ist zu modernisieren, zu bündeln und zu verstärken. Wir werden regionale Wirtschaftsinitiativen unterstützen. Auch die Förderung der Außenwirtschaft im europäischen Binnenmarkt, wie auch auf den globalen Märkten, ist auszubauen. Schwerpunktmaßig sind Auslandsrepräsentanzen, im Einzelfall auch in Kooperation mit anderen Bundesländern, einzurichten und zu betreiben. Langfristig haben Studenten-Austauschprogramme einen positiven Effekt auf die internationale Zusammenarbeit global tätiger Unternehmen unseres Landes; davon profitieren gerade kleinere und mittelgroße Unternehmen.

Wir wollen die Möglichkeit prüfen, Auszubildenden, die ihren Ausbildungsplatz über den ÖPNV gar nicht oder nur unter unzumutbaren Bedingungen erreichen können, ab dem 17. Lebensjahr die Fahrten von und zum Ausbildungsplatz auch ohne Begleitung mit dem Auto zu gestatten.

6.2.3 Bekämpfung des Fachkräftemangels

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz will dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel entgegen wirken.

Warum wollen wir das?

Rheinland-Pfalz braucht Nachwuchs- und Fachkräfte in ausreichender Anzahl und mit ausreichender Qualifikation, um das stattfindende Wachstum darstellen und dadurch den Wohlstand der Menschen im Lande sicherstellen zu können. Das Problem ausreichender Nachwuchs- und Fachkräfte wird sich durch die demografische Entwicklung noch weiter verschärfen. Die geringe Geburtenzahl, mangelnde Ausbildungsreife sowie ein zu geringes Interesse an naturwissenschaftlichen und technischen Disziplinen sind Ursachen für diese Entwicklung. Das kann sich Deutschland, das kann sich Rheinland-Pfalz, wenn es Hochlohnland bleiben will, nicht leisten.

Wie wollen wir das erreichen?

Die Sicherung des Nachwuchs- und Fachkräftebedarfs durch eine strategische Bildungspolitik ist unabdingbar. Wir brauchen einerseits eine Durchlässigkeit der beruflichen Bildung ebenso wie eine Verstärkung der Schlüsselqualifikationen in Mathematik, der Informatik, den Naturwissenschaften und den technischen Bereichen (MINT). Bevor wir versuchen, unseren Fachkräftemangel über Zuwanderung zu decken, müssen wir zuerst die Abwanderung von hochqualifizierten, zumeist jungen Deutschen ins Ausland stoppen und das im Land vorhandene Fachkräfteangebot ausschöpfen. Wir werden darüber hinaus eine Strategie entwickeln, um für deutsche Fachkräfte, die in den letzten Jahren zu Tausenden ins Ausland abgewandert sind, attraktiv zu werden. Wir werden uns zudem offensiv um die Rückkehr solcher Fachkräfte bemühen.

Gute Ausbildung, lebenslanges Lernen, motiviertes, unternehmerisches Denken sind wichtige Pfeiler, um einem drohenden Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Die CDU Rheinland-Pfalz wird darum den bestehenden Ausbildungspakt zu einem Weiterbildungspakt weiterentwickeln. Mit einem ständigen Weiterbildungsangebot wird eine CDU-geführte Landesregierung gemeinsam mit der hiesigen Wirtschaft Impulse setzen.

6.2.4 Gastland Rheinland-Pfalz – Tourismus

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz will die besondere Qualität des Gastlandes Rheinland-Pfalz nachhaltig fördern. Wir wollen einen niveauvollen, soften, auch barrierefreien Tourismus mit einem Kur-, Reha- und Wellnessschwerpunkt kreieren. Wir wollen geeignete Destinationen entwickeln, in denen man sich gerne fürs Alter niederlässt, weil medizinische Betreuung und kulturelles Angebot in gesunder und ansprechender Umgebung nah beieinander ist.

Warum wollen wir das?

190.000 Arbeitsplätze gibt es in der rheinland-pfälzischen Touristik, die es zu sichern und weiter auszubauen gilt. Rheinland-Pfalz hat mit seinen herrlichen Landschaften, mit seinem Kur- und Erlebnisangebot, mit seiner entschleunigenden Lebensart und mit seinen weit über die Landesgrenzen hinaus hochgeschätzten Weinen ein großes Potenzial, das wir nachhaltig erschließen wollen.

Wie wollen wir das erreichen?

Die CDU-geführte Landesregierung wird zur Erschließung der touristischen Erfolgspotenziale einzelne Projekte entwickeln. Ziel ist, die Regionalagenturen mit konzeptionellem Know-how und entsprechenden Ressourcen auszustatten, damit sie vor Ort die entsprechenden Hilfestellungen bei der Bildung örtlicher Touristikbündnisse, unter Berücksichtigung der regionalen Besonderheiten, leisten können. Dabei sind die bürokratischen, kleinteiligen Ansätze zu verlassen. Man muss sich von der kommunalen Verwaltungsgliederung lösen und – vom Gast her gedacht – regionale Programme und Dachmarken entwickeln. Nur wenn es gelingt, touristisch größere Einheiten zu bilden, erreicht man die Effizienz, um mit anderen, ebenfalls touristisch attraktiven Regionen des In- und Auslands mit Erfolg im Wettbewerb bestehen zu können.

6.3 Infrastruktur, Verkehr und Breitbandanbindung

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz will die landesweit noch vorhandenen Lücken bei den Verkehrs- und Datenwegen sowie bei der Ver- und Entsorgung zügig schließen. Auch der Erhalt der öffentlichen Infrastruktur ist durch die Öffentliche Hand zu leisten.

Zur Stärkung der Landesinfrastruktur wollen wir in der kommenden Legislaturperiode für die folgenden überragend wichtigen Strecken Baurecht schaffen bzw. den Bau beginnen oder planerisch voran bringen. Beispielhaft möchten wir hier die wichtigsten Strecken nennen:

- Lückenschluss der Autobahn A 1 zwischen Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen
- sechsstreifiger Ausbau der Autobahn A 61, vor allem zwischen Ludwigshafen und Hockenheim sowie zwischen Bingen und Rheinböllen
- Durchgängiger vierstreifiger Ausbau der Bundesstraße 10 zwischen Pirmasens und Landau
- Lückenschluss nach Lauterbourg/Elsass; die Hagenbach-Variante lehnen wir ab
- der Bau der zweiten Rheinbrücke bei Wörth
- Nordumfahrung Trier (Lückenschluss der A 64) und Westumfahrung Trier (B 51 – Moselaufstieg)
- planmäßiger Bau der Bundesstraße 50 zwischen dem Flughafen Hahn und der Autobahn A 1 mit dem Hochmoselübergang
- Rheinquerung im Bereich Bingen-Rüdesheim und im Mittelrheintal bei St. Goar/St. Goarshausen
- Ausbau B 62, B 8 und B255

Neben den Investitionen in den Straßenbau wird Rheinland-Pfalz zunehmend auch die Möglichkeiten einer modernen Verkehrstelematik nutzen. Ein effizientes Verkehrsmanagement und moderne Verkehrslenkung dienen der Vermeidung von Staus und erhöhen die Verkehrssicherheit. Bei dem Infrastrukturausbau werden Aspekte des Umweltschutzes, der Landschaftsgestaltung und des Lärmschutzes beachtet.

Den Flughafen Frankfurt-Hahn möchten wir für die Zukunft sicher aufstellen und weiterentwickeln. Es muss ein Zukunftskonzept zur soliden Finanzierung, zum Ausbau der Infrastruktur und des operativen Geschäfts aufgestellt werden. Die Suche nach Privatinvestoren soll mit dem Ziel der Kostendeckung oder zumindest eines geringeren Einsatzes von Landesmitteln vorangetrieben werden.

Warum wollen wir das?

Eine moderne, leistungsfähige Infrastruktur ist ein wichtiger Standortfaktor, mithin die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg. Damit wollen wir die Voraussetzungen für unternehmerisches Engagement und für Investitionen auch außerhalb der Ballungsräume verbessern.

Der Logistikstandort Rheinland-Pfalz mit seiner günstigen Lage in der Mitte Europas muss zukunftsfähig gemacht werden. Die effiziente Vernetzung der Verkehrsträger Straße, Schiene, Luft- und Binnenschiffahrt ist für Logistikunternehmen der entscheidende Faktor bei der Standortwahl. Rheinland-Pfalz muss hier sein Potenzial weiter ausbauen und Synergieeffekte über Landesgrenzen hinweg nutzen.

Eine wesentliche Komponente der technischen Infrastruktur stellt die IT- und Kommunikationsinfrastruktur dar. Auch abgelegene ländliche Regionen werden wir schnellstens mit breitbandigen Datenverbindungen ausstatten, denn Breitband ist ein wichtiger Standortfaktor für die Ansiedlung von Unternehmen und Familien. Damit sichern wir Arbeitsplätze und steigern die Ertragskraft und Attraktivität auch ländlicher Räume.

Wie wollen wir das erreichen?

Die Planungs- und Genehmigungsverfahren sind zu beschleunigen, ohne dass dies auf Kosten des Umwelt- und Landschaftsschutzes geht. Um auch private Investoren in Landesprojekte einbinden zu können, wollen wir für den Aufbau, die Erweiterung und die Wartung von Infrastruktureinrichtungen zunehmend auch *Public Private Partnership*-Modelle (PPP) und Formen von Leasing-Finanzierungen einsetzen.

Die CDU Rheinland-Pfalz unterstützt Ausbildungs- und Weiterbildungsgänge im Fachgebiet Logistik an den Hochschulen des Landes.

Bei der Breitbandversorgung muss die Schließung von Versorgungslücken Priorität haben. Sollte ein Ausbau mit Glasfasernetzen oder sonstigen Kabelnetzen nicht möglich sein, sind Übergangstechnologien (wie z.B. Mobiles Internet, Stromkabel, Funk- und Satellitentechnologie) zu implementieren.

Als langfristiges Ziel muss jedoch der sukzessive Ausbau der Netze mit Glasfasertechnologie stehen. Hierbei müssen vor allem bestehende Gewerbegebiete in den Fokus gesetzt werden. Leistungsfähige Breitbandleitungen gehören inzwischen zu den wichtigsten Standortkriterien von Unternehmen.

- 1) Wir richten eine „Zukunftscommission Jugend und Ausbildungsreife“ ein; Ausbilder, Arbeitgeber, Lehrer überarbeiten zusammen Qualitäts-, Leistungs- und Wissensstandards, die ein Schulabgänger vorweisen sollte, wenn er eine Berufsausbildung beginnt
- 2) Unterrichtseinheiten zur Berufsorientierung werden früher und in intensiver Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaft stattfinden
- 3) Umwandlung weiterer Ausbildungsgänge in modulare Systeme
- 4) Familienfreundlichkeit im Unternehmen und bei der Arbeitsplatzgestaltung werden wir unterstützen und vorbildhafte Beispiele auszeichnen
- 5) Flächendeckendes schnelles Internet werden wir gewährleisten durch die Einrichtung einer Stabstelle. Fördergelder des Bundes und Europas werden wir schneller abrufen und verwenden
- 6) Das Standortmarketing wird modernisiert
- 7) Dem Fachkräftemangel werden wir durch schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse der hier lebenden Migranten sowie von Zuwanderern entgegnen, Vorrang haben die hier Lebenden bei der Qualifizierung, damit sie am Arbeitsmarkt teilhaben können
- 8) Neue Erschließung touristischer Erfolgspotenziale und Tourismuspolitik müssen vom Gast her gedacht werden und wo nötig, von kommunalen Verwaltungseinheiten gelöst werden
- 9) Stärkung der Landesinfrastruktur; wir treiben die Lückenschlüsse in Rheinland-Pfalz voran – auch im Bundesverkehrswegeplan
- 10) Wir unterstützen die Nutzung moderner Verkehrstelematik in Rheinland-Pfalz und setzen auf den Ausbau des Logistikstandortes Rheinland-Pfalz
- 11) Wir mobilisieren privates Kapital und Fachwissen zur Erfüllung staatlicher Aufgaben (PPP)

6.4. Mit dem Bürger – für den Bürger

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz setzt sich für mehr Bürgerbeteiligung im demokratischen Willensbildungsprozess ein. Vor allem bei der Planung und Realisierung von Großprojekten sollen die Beteiligungsrechte der Bürger gestärkt werden. Die Beteiligung der Bürger soll früher und intensiver erfolgen und die Planungs- und Bauverfahren sollen zügiger durchgeführt werden als bisher. Gleichzeitig soll die Akzeptanz von durchzuführenden Maßnahmen gesteigert werden. Zu diesem Zweck wollen wir in allen Projektphasen eine in jeder Hinsicht transparente, offensive und ehrliche Diskussion dieser Infrastrukturprojekte durchsetzen.

Warum wollen wir das?

Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung sind elementare Elemente der Demokratie. Akzeptanz von Projekten kann hier nur über ausreichende Information sowie die Diskussion von Vor- und Nachteilen und die darauf aufbauende Mehrheitsfindung erreicht werden. Dies setzt voraus, dass Politik nicht am Bürger vorbei, sondern mit ihm gestaltet wird. Dabei ist es wichtige Aufgabe von Politik, diesen Prozess so zu moderieren, dass gemeinwohlorientierte und rechtsbeständige Entscheidungen gefunden werden, die auch eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung haben.

Bei Projekten, die erst nach 10 oder gar 20 Jahren nach Planungsbeginn realisiert werden, besteht die Gefahr, dass der Bürger nicht mehr weiß, was die Begründung für diese Projekte war.

Akzeptanz setzt aber voraus, dass sich der Bürger am Ende mit dem realisierten Projekt möglichst weitgehend identifizieren kann.

Wie wollen wir das erreichen?

Um die Akzeptanz vor allem von Großprojekten zu erhöhen, werden wir die Planungsverfahren verkürzen und in der verbleibenden Planungsphase die Information und die Beteiligung der betroffenen Bürgerschaft verstärken.

Soweit dafür notwendig, werden wir die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen anpassen und die Voraussetzungen für mehr Bürgerbeteiligung weiterentwickeln. Die Bürger sollen die Möglichkeit erhalten, sich in den verschiedenen Phasen der Planung und Durchführung von Projekten über deren Ziele und Umsetzung in Diskussion mit Fachleuten, Planern und politischen Entscheidungsträgern unmittelbar zu informieren. Sie sollen sich in unbürokratischer Art und Weise aktiver als bisher möglich in die Planungen einbringen können.

Zur konkreten Umsetzung dieser Ziele werden wir ein Konzept vorlegen und unverzüglich Umsetzungsschritte einleiten.

6.5 Bürgernähe und Bürokratieabbau

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz wird sich für den Abbau staatlicher Bürokratie und für mehr Bürgernähe einsetzen. Wir wollen möglichst wenig Staat. Wir wollen eine bürgernahe, transparente und effiziente Verwaltung.

Warum wollen wir das?

Die ausgeuferte Bürokratie durch staatliche und EU-Regulierungen ist eine ständige Wachstumsbremse für die Wirtschaft. Erfordernisse der Statistik und Meldepflichten führen vor allem bei kleinen und mittelgroßen Unternehmen zu erheblichen Belastungen. Antrags- und Genehmigungsverfahren sind für die – meist mittelständischen – Unternehmen oft sehr aufwändig und in ihrer zeitlichen Dauer vom guten Willen der Bearbeiter und einer effektiven Verwaltungsorganisation abhängig.

Wie wollen wir das erreichen?

Eine CDU-geführte Landesregierung wird systematisch alle in Rheinland-Pfalz verantworteten Rechtsnormen dahingehend überprüfen, ob sie die Schaffung von Arbeitsplätzen erschweren und/oder die Interessen der Verbraucher verletzen. Die Landesregierung wird auch auf Bundesebene alle Bemühungen unterstützen, die das Prinzip „Vorfahrt für Arbeitsplätze“ zum Gegenstand haben.

Darüber hinaus werden wir einen Normenkontrollrat zum Bürokratieabbau, bestehend aus Vertretern der Wirtschaft, Politik, Justiz und Verwaltung, einsetzen. Nach dem international bewährten Standardkosten-Modell sollen die Bürokratiekosten gemessen und geplante Neuregelungen überprüft werden. Der Normenkontrollrat soll die Landesregierung ehrenamtlich beraten.

Das RAL-Gütezeichen „mittelstandsfreundliche Kommunalverwaltung“ trägt dazu bei, die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes zu erhöhen und kann dadurch zu einem wirksamen Instrument des Standortmarketings werden. Aus Rheinland-Pfalz ist bisher nur der Landkreis Rhein-Hunsrück zertifiziert worden. Weitere Landkreise sollen folgen.

Schließlich wird die CDU Rheinland-Pfalz die modernen Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnik zur Effizienzsteigerung der Landes- und kommunalen Verwaltung vermehrt einsetzen. Auf einer kompatiblen technischen Plattform werden wir landesweit das eGovernment-Konzept ausbauen. Alle Verwaltungseinheiten werden miteinander vernetzt, damit eine dezentrale, bürgernahe Vorgangsbearbeitung unterstützt wird. Eine CDU-geführte Regierung wird einen Landeskoordinator eGovernment einsetzen, der ressortübergreifend die Entwicklung, Umsetzung und Unterhaltung dieser vernetzten Applikation auf Dauer sicherstellt.

- Ausbau einer bürgernahen, transparenten und effizienten Verwaltung mit zusätzlichem Blick auf Familienfreundlichkeit**
- Wir werden übertriebene Statistik- sowie Meldepflichten reduzieren, Antrags- und Genehmigungsverfahren vereinfachen**
- Das Gütezeichen „Mittelsstandfreundliche Verwaltung“ werden wir als Leitlinie nutzen**
- Ein im Innenministerium angesiedelter Landeskoordinator wird sich um das Thema eGovernment kümmern**

6.6 Verbraucher stärken – Rechte durchsetzen

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz wird sich weiterhin für eine stärkere Berücksichtigung der Belange der Verbraucherinnen und Verbraucher einsetzen. Transparenz, Eigenverantwortung, Sicherheit und Nachhaltigkeit – dies sind die Grundsätze unserer Verbraucherschutzpolitik.

Verbraucherschutz ist nicht allein Sache des Staates, sondern er ist auf die Mitwirkung und Verantwortung von Erzeugern, Verarbeitern, Anbietern und Konsumenten angewiesen.

Warum wollen wir das?

Jeder Landesbürger ist zugleich auch Verbraucher. Vor allem private Verbraucher sind in der Relation zu Produzenten und Auftragnehmern regelmäßig in einer schwächeren Position. Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht auf sichere Produkte. Eine CDU-geführte Landesregierung wird dafür Sorge tragen, dass die Verbraucher seriös die relevanten Produkt- und Dienstleistungsinformationen in einem zumutbaren Format erhalten, um insoweit gesichert ihre Entscheidungen treffen und ihre Verbraucherrechte wahren zu können.

Verbraucherschutzpolitik ist eine politische Querschnittsaufgabe, die alle Lebensbereiche umfasst. Das betrifft Fragen der Lebensmittelsicherheit und Gesundheit gleichermaßen wie Fragen zu Energie, Finanzdienstleistungen, öffentlichem Nah- und Fernverkehr, neuen Technologien und Medien und Datenschutz.

Mehr als bisher muss der Gedanke des „nachhaltigen Konsums“ in den Mittelpunkt gerückt werden: Ein bewusster und qualitätsorientierter Umgang mit Konsumgütern trägt zur Schonung unserer natürlichen Ressourcen bei.

Wie wollen wir das erreichen?

Fragen des Verbraucherschutzes entstehen in allen Lebensbereichen. Deshalb sind Absprachen und Kooperationen ressortübergreifend und auf allen Ebenen erforderlich: EU, Bund, Länder und Kommunen – überall gilt es, die Rechte und den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher weiter voranzutreiben. Dabei sind die unterschiedlichen Belange der Generationen zu berücksichtigen. Verbraucherschutz für Seniorinnen und Senioren sind auch für die jüngeren Generationen von Vorteil.

Die CDU Rheinland-Pfalz befürwortet den Aufbau einer zentralen Stelle des Landes zur Erfassung, Verfolgung und Auswertung von Verbraucherbeschwerden unter Einbeziehung der Mitteilungen über die Behördenrufnummer 115 und die bei der Verbraucherzentrale eingehenden Beschwerden.

Prävention und Aufklärung sowie der Dialog mit den Produzenten sollen ausgebaut und verstärkt werden. Fehlentwicklungen und Verbraucher schädigenden Angeboten muss weiter gesetzgeberisch entgegengetreten werden. Hierfür wird sich die CDU im Rahmen der Landeskompétenz stark machen.

Die Organisationen des Verbraucherschutzes sollen gefördert werden.

Nachhaltiges Konsumverhalten und solides finanzielles Haushalten sowie gesunde Ernährung und Lebensweise müssen früh erlernt werden. Das beginnt in der Familie und soll auch durch die Schule Unterstützung finden. Die CDU Rheinland-Pfalz hat es erreicht, dass „Haushaltsmanagement“ zukünftig an Schulen verpflichtend für alle Schülerinnen und Schüler in die Lehrpläne integriert wird. Auch die präventive Aufklärung zur Mediennutzung von früh an wird zunehmend wichtiger. Chancen der neuen Medien und ihre Risiken in den Blick zu nehmen, ist eine Aufgabe des Verbraucherschutzes. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass Themen der Verbraucherbildung (Finanzdienstleistungen, Verbraucher im Internet, gesunde Ernährung etc.) in die Unterrichtspläne geeigneter Fächer eingebracht werden.

Zur Wahrung der Informationsrechte der Verbraucher müssen die wichtigsten Informationen über angebotene Waren, insbesondere über unsere Lebensmittel, leicht erkennbar auf der jeweiligen Verpackung stehen. Wo schnelle Änderungen notwendig, aber auf Bundes- bzw. EU-Ebene kurzfristig nicht durchsetzbar sind, vereinbart das zuständige Landesministerium freiwillige Maßnahmen mit den Wirtschaftsbeteiligten.

Für eine effektive Lebensmittelsicherheit sind wirksame und verbesserte Lebensmittelkontrollen erforderlich. Damit die amtliche Kontrolle konsequent erfolgen kann und zugleich Beratungsleistungen für Unternehmen möglich sind, bedarf es einer entsprechenden Ausstattung. Über die Lebensmittel hinaus bedarf es auch vermehrter Untersuchungen von Bedarfsgegenständen (Kleidung, Spielzeug etc.).

Wir wollen das Qualitätsmanagement in der amtlichen Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung durch länderübergreifende Zusammenarbeit unter Beteiligung des Bundes erweitern.

Komplexeren Dienstleistungen – z. B. Mobilfunkverträgen und Finanzanlagen – ist ein allgemein verständlicher „Beipackzettel“ beizufügen, in dem vor allem auf die solchen Geschäften innenwohnenden Risiken hinzuweisen ist. Bisher ‚Kleingedrucktes‘ sollte zukünftig – auch seniorengerecht – in einer normal großen Schrift gesetzt werden. Auch staatliche Bescheide müssen verständlich und eindeutig formuliert sein.

Wir führen ein Modellprojekt in Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale zur Unterstützung der Verbraucher bei der Durchsetzung ihrer Rechte durch mit

- kostenlosen Beratungsangeboten für Personen, die Opfer unlauterer Praktiken von Anbietern geworden sind (Kostenfallen im Internet, fehlerhafte Beratung über Finanzdienstleistungen etc.),
- Hinweisen auf vorhandene Schlichtungsstellen und geeignete Fachanwälte,
- Moderierung des Prozesses zur Bildung von Streitgenossenschaften und
- Hinweisen auf mögliche Prozesskostenfinanzierer bei Fehlen anderer Möglichkeiten, die erwarteten Prozesskosten zu tragen.

Bei erfolgreichem Verlauf des Modellprojekts könnten die Aktivitäten dauerhaft angeboten werden.

Eine bessere Kennzeichnung kostenpflichtiger Internetseiten sowie verpflichtende Bestätigungsfelder vor Vertragsabschluss und deutlich sichtbare Widerrufsbelehrungen sollen vor Internetabzocke und unlauteren Internetgeschäften schützen. Anonymisierungspflichten und ein wirksames Widerspruchsrecht sind im Sinne des Datenschutzes zu verbessern. Das Urheberrecht darf im Grundsatz nicht angetastet werden; es ist aber darauf zu überprüfen, inwieweit es für Internetnutzer noch handhabbar und verständlich ist.

Das Land muss seine Aufsichtsfunktion bei Energiepreiserhöhungen auch im Interesse der Verbraucher wahrnehmen. Die Preisgestaltung der Versorger muss transparent sein.

Bei der Nutzung des öffentlichen Personennah- und Fernverkehrs müssen die bestehenden Rechte der Fahrgäste effektiver umgesetzt werden. Barrieren im Nah- und Fernverkehr, z.B. defekte oder kompliziert zu bedienende Fahrkartautomaten oder erhöhte Servicegebühren für den Ticketverkauf am Schalter, sind zu beseitigen.

Die CDU Rheinland-Pfalz setzt sich für eine flächendeckende ärztliche, pflegerische und pharmazeutische Versorgung ein und will dazu Anreize schaffen. Dies sichert den Erhalt einer wohnortnahmen statio-nären Versorgung. Patienten sollen die Freiheit haben, ihre Ärzte und ihr Krankenhaus wählen zu kön-nen. Mitwirkung und Patientenrechte sollen gestärkt werden. Qualitätssicherung und Transparenz in der Pflege sollen für Verbraucher besser erkennbar sein.

Für den gesamten Rettungsdienst einschließlich Notarzt ist eine Hilfeleistungsfrist in Rheinland-Pfalz einzuführen.

Prävention und Aufklärung sind zu stärken, um für jede Altersgruppe, vom Kind bis zu den Senioren, ein Bewusstsein für ein gesundes Leben zu schaffen. Dazu soll ein „Pakt für Gesundheit“ gegründet werden, an dem alle Akteure (Eltern und Familie, Frauenärzte und Hebammen, Krankenkassen, Ärztekammern und Selbstverwaltung, Kindertagesstätten und Schulen, Vereine und Jugendgruppen, Selbsthilfegruppen, Betriebe, Krankenhäuser und Seniorenheime) beteiligt werden.

- 1) Wir werden Aufklärung, Verbraucherbildung und vorsorgenden Verbraucherschutz sowie den Dialog mit den Produzenten ausbauen und verstärken
- 2) Wir werden nachhaltiges Konsumverhalten und finanzielles Haushalten sowie gesunde Ernährung und Lebensweise verpflichtend in der Schule unterrichten
- 3) Für eine effektive Lebensmittelsicherheit und für eine bessere Sicherheit bei Bedarfsgegenständen werden wir verbesserte Kontrollen durchführen
- 4) Zur Durchsetzung der Verbraucherrechte werden wir in unserem Land Schwerpunktstaatsanwaltschaften einrichten
- 5) Datenschutz ist Verbraucherschutz. Deshalb werden wir die Arbeit des Landesdatenschutzbeauftragten unterstützen und weiterentwickeln
- 6) Wir werden dafür sorgen, dass das Land seine Aufsichtsfunktion bei Energiepreiserhöhungen auch im Interesse der Verbraucher wahrnimmt
- 7) Bei der Nutzung des öffentlichen Personennah- und Fernverkehrs werden wir dafür sorgen, dass die bestehenden Rechte der Fahrgäste effektiver umgesetzt werden

7. Umwelt-, Klimaschutz und Energieversorgung

Verantwortung für Schöpfung und Generationen

7.1 Umwelt und Klimaschutz

7.1.1 Prinzip der Nachhaltigkeit

Was wollen wir?

Die Bewahrung der Schöpfung bedeutet, den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen bei allen politischen Entscheidungen zu berücksichtigen. Das Leitprinzip dabei ist die Nachhaltigkeit.

Warum wollen wir das?

Namentlich wir Christdemokraten sind der Bewahrung der Schöpfung verpflichtet. Es ist die Aufgabe der jetzt amtierenden Entscheidungsträger, die Lebensgrundlagen künftiger Generationen und die biologische Vielfalt zu erhalten.

Das Prinzip der Nachhaltigkeit bezeichnet den dosierten und intelligenten Gebrauch von Ressourcen, ohne diese aufzubrauchen. Wachstum führt nicht zwangsläufig zu einem erhöhten Ressourcenverbrauch. Neue Lebensoptionen sind zu kreieren, damit Ressourcen sparendes Verhalten nicht zu reduziertem Wohlstand und geminderter Lebensqualität führt.

Wie wollen wir das erreichen?

Die CDU Rheinland-Pfalz steht für eine Gleichwertigkeit von Ökonomie, Sozialem und Ökologie. Dies erfordert einerseits, dass wir bei umweltpolitischen Entscheidungen Rücksicht auf Wirtschaft und Arbeitplätze nehmen, dass aber auch andererseits bei allen wirtschaftspolitischen Entscheidungen sozial- und umweltpolitische Belange berücksichtigt werden müssen. Mit der Errichtung eines „Umweltpakts für Rheinland-Pfalz“ wollen wir den Startschuss geben, um in regelmäßigen Treffen von Spitzenvertretern der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltverbände anstehende Fragen partnerschaftlich zu erörtern. Auf diesen Wegen will die CDU-geführte Landesregierung nachhaltig abgesicherte Entscheidungen vorbereiten.

Die Erforschung, Entwicklung und wirtschaftliche Umsetzung gerade von Energie- und Umwelttechnologien bieten große Chancen für unser Land. Wir wollen, dass Rheinland-Pfalz bei innovativen Umwelttechnologien eine Spitzenposition einnimmt und werden dies mit Nachdruck fördern.

Dem sich abzeichnenden Klimawandel wird eine CDU-geführte Landesregierung mit einer Doppelstrategie begegnen: Einerseits wollen wir einen rheinland-pfälzischen Beitrag erbringen, um den Klimawandel so gering wie möglich zu halten, andererseits müssen wir uns auf den Klimawandel einstellen und Anpassungsstrategien entwickeln. Die Grundlage hierfür soll eine klimaökologische Datenbank bilden, aus der regionale Projekte entwickelt werden können. Verstärkte Maßnahmen sind u. a. beim Hochwasserschutz und in der Wasserwirtschaft notwendig. Aber auch Anpassungsstrategien für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten sowie im gesundheitlichen Bereich sind mit den Betroffenen abzustimmen. Gerade beim Ökosystem „Wald“ müssen frühzeitig Baumarten in die Mischwälder eingebracht werden, die auch mit veränderten Bedingungen zureckkommen.

7.1.2 Schutz der Lebensräume und Lebensqualität

Was wollen wir?

Die Erhaltung der Artenvielfalt stellt zusammen mit dem Klimaschutz die wichtigste Aufgabe der Umweltpolitik des 21. Jahrhunderts dar. Deshalb setzt sich die CDU Rheinland-Pfalz mit großem Nachdruck dafür ein, dass die Lebensräume, insbesondere gefährdeter Arten, erhalten werden.

Warum wollen wir das?

Der Schutz der Lebensräume hängt eng zusammen mit der Lebensqualität für uns Menschen. Wenn wir die Lebensräume verfallen lassen, wird auch unsere Lebensqualität sinken. Der Erhalt von Lebensräumen ist ökonomischer als deren Regeneration, soweit eine Regeneration überhaupt möglich ist.

Die unbelebte Natur (Wasser, Luft und Boden) und die belebte Natur (Mikroorganismen, Flora, Fauna – und schließlich der Mensch) mit ihrer Artenvielfalt bilden das Ökosystem Erde. Der Erhalt der Arten ist entscheidend, denn über die Nahrungskette sind die Lebewesen aufeinander angewiesen.

Ein schönes Landschaftsbild, eine intakte Natur und eine hohe Artenvielfalt steigert zugleich die Attraktivität unseres Landes für Touristen. Investitionen in den Naturschutz kann somit auch die touristische Entwicklung fördern und in dem Bereich Arbeitsplätze sichern.

Wie wollen wir das erreichen?

Die CDU Rheinland-Pfalz will bis 2020 den Flächenverbrauch um 2/3 reduzieren. Hierzu bedarf es einer Bewusstseinsänderung bei den Entscheidungsträgern. Wohnen und Arbeiten sollen möglichst nahe beieinander liegen, vorhandenes Bauland soll genutzt und natürliche Bodenfunktionen geschützt bleiben. Dabei soll die Wiedernutzung des Bestands Vorrang vor Neubau erhalten. Interkommunale Gewerbegebiete sollen gefördert werden.

Im Rahmen der „Aktion Blau“ soll die Renaturierung weiterer Fließgewässer erfolgen.

Die Kommunen sind die Garanten einer sicheren Versorgung mit Trinkwasser und einer geordneten Entsorgung des Abwassers. Sie müssen in diesem Kernbereich der Daseinsvorsorge in der Verantwortung bleiben.

Wassersparende Produktionsmethoden und Anreize zum Wassersparen sollen unterstützt werden. Neuere technische Möglichkeiten, wie z.B. die Rückgewinnung von Wärme aus Abwässern über Wärmetauscher, sollen erprobt und deren Einführung gefördert werden.

Im Rahmen des „Bundesprogramms Wiedervernetzung“ sollen auch in Rheinland-Pfalz noch bestehende Lücken im Biotoptverbund geschlossen werden, um die Voraussetzungen für eine Artenvielfalt auch vor dem Hintergrund des Klimawandels zu sichern, bei dem mit Wanderungsbewegungen bei vielen Tierarten zu rechnen ist. Dabei sollen auch Teile frei werdender militärischer Liegenschaften einbezogen werden.

Bedrohte Tierarten sollen durch ein Artenhilfsprogramm und – wenn nötig - durch ordnungsrechtliche Maßnahmen besser geschützt werden. Dazu zählen z.B. eine ressortabgestimmte Biodiversitätsstrategie und die konsequente europaweite Ächtung der Jagd auf Zugvögel und auf vom Aussterben bedrohte Tierarten.

Bei Eingriffen in die Umwelt, wie z. B. in Folge des Straßenbaus, soll statt kleinräumiger Maßnahmen verstärkt auf die Möglichkeit größerer regionaler Verbundlösungen gesetzt werden (Ausgleichsflächen-Pool).

Auch die Entsorgung von Siedlungsabfällen soll weiter in kommunaler Verantwortung bleiben. Die Landkreise und kreisfreien Städte sollen als Entsorgungsträger dazu beitragen, recyclingfähige Stoffe aus dem privaten Hausmüll in zunehmendem Maße einer – möglichst ortsnahen - Verwertung zuzuführen.

Die Luftreinheit soll weiter verbessert werden. Planerische Verbesserungen und Anreizsysteme wie z.B. landesweites kostenloses Parken für Elektro-Autos sind ordnungsrechtlichen Maßnahmen (kommunale Fahrverbote) vorzuziehen.

Der Ausbau des ÖPNV mit verstärkten Anruf-Sammel-Taxen und die Umstellung auf Elektroautos und E-Bikes soll gefördert werden. Auch Rheinland-Pfalz soll sich am bundesweiten Programm zur Einführung von Elektroautos entsprechend engagieren. Wir denken daran, z.B. bei Planung, Neubau oder Umbau von Parkplätzen, Parkhäusern und Tiefgaragen entsprechende Ladeeinrichtungen verbindlich vorzuschreiben.

Bei Lückenschlüssen und anderen verkehrswegebaulichen Maßnahmen sollen – in enger Absprache mit den betroffenen Anrainern - verstärkt technische Verbesserungen wie Flüsterasphalt, Lärmschutzwände etc. genutzt werden.

Im Straßenverkehr soll die sukzessive Umstellung auf Elektroautos Entlastung bringen.

Im Bahnverkehr bedarf es neben einer Lärmsanierung des Schienennetzes konkreter Maßnahmen. Besonders für die akustisch sensiblen Flusstäler an Mosel und Rhein sollen nach einer Übergangsfrist nur noch Güterzüge verkehren dürfen, die auf lärmreduzierte Bremsen und Fahrgestelle umgerüstet sind. Darüber hinaus setzen wir uns zur nachhaltigen Reduzierung des Bahnlärms dafür ein, dass der Gesetzgeber die strengen Grenzen der Lärmimmissionen, die in der 16. BlmSchV für Neubaustrecken vorgesehen sind, auch für die bereits bestehenden Eisenbahnstrecken festlegt.

Um das Langfristziel einer Verlagerung des Güterverkehrs aus dem Mittelrheintal zu erreichen, wird eine CDU-geführte Landesregierung mit der Projektplanung beginnen.

Der steigenden Belastung durch Fluglärm muss effektiv entgegengewirkt werden. Generell sind bei den Flughäfen alle Maßnahmen des aktiven und passiven Schallschutzes (etwa intelligente, lärmärmere An- und Abflugverfahren, Nachtflugverbot) auszuschöpfen. Die CDU Rheinland-Pfalz unterstützt dazu die betroffenen rheinland-pfälzischen Kommunen und hält es für erforderlich, dass alle beteiligten Kräfte an einen Tisch geholt werden, um gemeinsam wirksame Lösungen zu finden.

7.1.3 Umweltbewusstsein

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz wird das Umweltbewusstsein fördern. Das Prinzip der Nachhaltigkeit muss seinem Stellenwert gemäß allgemein vermittelt werden.

Warum wollen wir das?

Der Schutz von Umwelt und Klima ist eine existentielle Daueraufgabe, die nur ohne Abstriche und von der gesamten Gesellschaft zu leisten ist. Deshalb kommt es auf das Verhalten eines jeden Einzelnen an; entscheidend hierfür ist das jeweilige Bewusstsein, die jeweilige Einstellung.

Wie wollen wir das erreichen?

Die CDU Rheinland-Pfalz wird geeignete Plattformen zur adäquaten Bewusstseinsbildung schaffen. Die Bewusstseinsbildung beginnt in den Kindertagesstätten und den Schulen.

Die CDU Rheinland-Pfalz will die Anstrengungen im Bereich der Umweltbildung verstärken und setzt dabei auf die Zusammenarbeit mit anerkannten Naturschutzorganisationen. Mit einem Netz regionaler Umweltzentren wollen wir anschauliche Bildungseinrichtungen unterstützen und ergänzen.

In einem rohstoffarmen Land wie Deutschland ist der Aufbau einer Kreislaufwirtschaft die richtige Antwort auf eine zunehmende Rohstoffknappheit. Rheinland-Pfalz hat die Chance, hier eine Vorreiterrolle zu spielen. Die Wegwerfgesellschaft muss endgültig der Vergangenheit angehören. Kreislaufwirtschaft bedeutet allerdings mehr als die bloße geordnete Entsorgung von Abfällen. Es geht künftig um die Versorgung der Wirtschaft mit Sekundärrohstoffen. Recycling und damit der Ersatz von Primärrohstoffen durch Sekundärrohstoffe ist ein wichtiger Faktor für die zukünftige Entwicklung des Rohstoffverbrauchs.

Motor einer Landesstrategie zur Förderung von Ressourceneffizienz in der rheinland-pfälzischen Wirtschaft soll die Einrichtung einer „Effizienzagentur“ sein. Sie soll Unternehmen motivieren und beraten, um Effizienzdefizite zu identifizieren, ohne dabei in Konkurrenz zu privaten Beratungs- und Planungsbüros zu treten. In eine solche Agentur sollen vorhandene Stellen im Bereich der Umweltverwaltung eingebracht werden.

7.2 Nachhaltige Energieversorgung

7.2.1 Energieeinsparung und Energieeffizienz

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz forciert eine Energiepolitik, die vorrangig darauf abstellt, wertvolle Ressourcen gar nicht erst zu verbrauchen. Damit haben für uns Maßnahmen zur Einsparung von Energie und zur Energieeffizienz Priorität.

Warum wollen wir das?

Eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung, ein schonender Umgang mit begrenzten fossilen Ressourcen und der Klimaschutz gehören zu den größten Herausforderungen unserer Zeit. Die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, ist für uns Christdemokraten ein zentrales Anliegen. Wir müssen unsere Energieabhängigkeiten verringern, Energie effizienter nutzen und erneuerbaren Energien zum Durchbruch verhelfen. Auch der Kraft-Wärme-Kopplung kommt eine zentrale Bedeutung zu.

Wir brauchen, eingebettet in das europäische und deutsche Energiekonzept, eine rheinland-pfälzische Strategie, um die Balance zwischen Klimaschutz, Energiesicherheit und angemessenen Energiepreisen zu bewahren. Es sollen Fortschritte im Umweltschutz erzielt werden, zugleich aber Arbeitsplätze wettbewerbsfähig und der Energiemix bezahlbar bleiben.

Eine hohe Energie- und Ressourceneffizienz bringt für unsere Wirtschaft eine doppelte Chance: Zum einen werden immer teurer werdende Ressourcen und damit Kosten eingespart, zum anderen werden ressourceneffiziente Technologien auf dem Weltmarkt immer stärker nachgefragt, was zu steigenden Preisen führt.

Wie wollen wir das erreichen?

Energieeinsparung und -effizienz müssen Querschnittsaufgabe in allen Bereichen der Landespolitik und in der öffentlichen Verwaltung werden. Die öffentlichen Verwaltungen müssen ihrer Vorbildfunktion durch Reduzierung des Energieverbrauchs in ihrem Zuständigkeitsbereich gerecht werden.

Die Bevölkerung, die Wirtschaft und die Kommunen sind umfassend zu beraten; die Energieberatung in Rheinland-Pfalz für Privathaushalte sowie kleine und mittlere Unternehmen ist auszubauen. Eine CDU-geführte Landesregierung wird Netzwerke rheinland-pfälzischer Unternehmen aus dem Bereich der Umweltwirtschaft bilden und Plattformen für den Wissenstransfer schaffen.

Eines der größten Potenziale zum Energiesparen liegt im Gebäudebereich. Deshalb müssen Bürger, Unternehmen und Kommunen, die ihre Gebäude zum Zwecke der Energieeinsparung sanieren wollen, qualifiziert beraten und unterstützt werden.

Eine umfassende Strategie zum effizienten Einsatz von Energie im Verkehrssektor ist zu entwickeln. Wir werden Rheinland-Pfalz zu einer Modellregion für Elektro-Autos auf Basis erneuerbarer Energien in Europa machen.

Die CDU Rheinland-Pfalz wird schließlich darauf hinwirken, dass die Energieverbrauchskennzeichnung auf noch mehr Produktgruppen ausgedehnt wird.

7.2.2 Erneuerbare Energien

Was wollen wir?

Rheinland-Pfalz braucht eine nachhaltige Energieversorgung, mithin einen sinnvollen Energiemix. Die CDU Rheinland-Pfalz will den Anteil der erneuerbaren Energien ausbauen. Unser Ziel ist es, diesen Anteil am Bruttoendenergieverbrauch in Rheinland-Pfalz bis 2020 auf mindestens 20 Prozent zu erhöhen. Bis 2050 wollen wir den Anteil auf mindestens 60 Prozent steigern.

Warum wollen wir das?

Die CDU Rheinland-Pfalz setzt sich für eine nachhaltige Energieversorgung ein. Wir arbeiten an einer Versorgung, die nicht nur langfristig sicher und verlässlich ist, sondern zudem ökologischen, ökonomischen und sozialen Anforderungen gerecht wird. Wir verpflichten uns zu einer nachhaltigen Energiepolitik zum Schutze unserer Umwelt, des Klimas und zum Wohle künftiger Generationen.

Unser Leitbild für Rheinland-Pfalz ist eine innovative und nachhaltige Energieversorgung.

Wie wollen wir das erreichen?

Die CDU Rheinland-Pfalz wird den Ausbau der Energieinfrastruktur forcieren. Wir unterstützen Investitionen in leistungsfähige und intelligente Netze (*smart grids*) und Speichermöglichkeiten. Das Planungsrecht ist, wo nötig, zu vereinfachen und die Öffentlichkeit frühzeitig und umfassend einzubeziehen. Für Rheinland-Pfalz sehen wir in der Schaffung eines europaweiten intelligenten Stromnetzes eine Chance, die wir gemeinsam mit unseren Nachbarländern erfolgreich realisieren werden. Wir wollen, dass die nötigen grenzüberschreitenden Kuppelstellen geschaffen werden.

Wir sind technologieoffen. Energieformen, die in unseren Regionen effizient genutzt werden können, haben Priorität. Die Windenergie birgt bekanntermaßen Potenziale für Rheinland-Pfalz, ebenso die Umgebungswärme. Auch Geothermie (Erdwärme) beinhaltet eine Zukunftschance für unser Land. Sicherheit hat jedoch stets Vorrang. Wir wollen den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien so steuern, dass die Akzeptanz durch die Menschen vor Ort gegeben bleibt.

Die CDU Rheinland-Pfalz wird zudem die Potenziale der Wasserkraft in Rheinland-Pfalz sinnvoll aus schöpfen. Die Potenziale der Sonnenenergie in Rheinland-Pfalz sind bestmöglich zu nutzen, insbesondere über die Möglichkeiten der Solarthermie (Umwandlung der solaren Strahlung in Wärme) ist umfassend zu informieren. Es soll bei öffentlichen Liegenschaften geprüft werden, ob die Dächer für Photovoltaikanlagen geeignet sind; geeignete Dächer, die nicht selbst genutzt werden, sollen den Menschen vor Ort im Rahmen von Bürger-Solaranlagen zur Nutzung angeboten werden.

Die Bioenergie ist ein aussichtsreiches und innovatives Zukunftsfeld und bietet unserer Land- und Forstwirtschaft die Möglichkeit, weitere Standbeine zu schaffen. Damit es jedoch nicht zu einer kritischen Konkurrenz zwischen Nahrungs- und Energieerzeugung kommt, wollen wir die Entwicklung der Biokraftstoffe der 2. Generation aus Reststoffen vorantreiben.

Einen weiter gehenden Zwang zur Nutzung von erneuerbaren Energien bei bereits errichteten Wohngebäuden lehnen wir ab. Vielmehr setzen wir auf marktwirtschaftliche Instrumente, um erneuerbaren Energien zum Durchbruch zu verhelfen.

Die CDU Rheinland-Pfalz wird in einem Klimaschutz- und Zukunftsenergiegesetz die Forderungen dieses Programms verankern. Das Gesetz wird sicherstellen, dass die Umsetzung des CDU-Programms in Zweijahresschritten durch die Landesregierung und das Parlament überprüft wird. Das gilt insbesondere für das 20-Prozent-Ziel für den Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch des Landes.

7.2.3 Innovative Technologien

Was wollen wir?

Um langfristig eine nachhaltige Energieversorgung zu erreichen, ist es notwendig, verstärkt auf die Forschung und Entwicklung innovativer Technologien zu setzen. Wir streben nach einer Technologieführerschaft in den Bereichen erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Speichertechnologien.

Warum wollen wir das?

Auf den Zukunftsmärkten werden vor allem nachhaltige Technologien eine herausragende Rolle spielen. Eine CDU-geführte Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dass Rheinland-Pfalz diese Zukunftschance ergreift und sich in diesem Bereich mit an die Spitze setzt. Dadurch sichern wir innovative Ausbildungs- und Arbeitsplätze von morgen. Rheinland-Pfalz braucht eine zukunftsorientierte Energieversorgung.

Der Ausbau der Netze ist unerlässlich, um einerseits erneuerbare Energien, die hierzulande erzeugt werden, in das Netz zu integrieren, andererseits um Offshore-Windenergie von der Nord- und Ostsee oder dereinst etwa Sonnenstrom aus Afrika nutzen zu können.

Wie wollen wir das erreichen?

Die CDU Rheinland-Pfalz ist technologieoffen.

Wir werden die rheinland-pfälzischen Fachhochschulen und Universitäten stärker auf den Bereich der Energietechnologien ausrichten und einen Schwerpunkt bei den Speichertechnologien setzen.

Wir wollen eine enge Kooperation mit Industrie, Handel und Handwerk bei der Entwicklung neuer innovativer Technologien. Durch gezielte Zusammenarbeit mit Einrichtungen anderer Länder sowie mit rheinland-pfälzischen Unternehmen und dem Handwerk vor Ort werden wir neue Chancen eröffnen.

7.2.4 Geordneter Wettbewerb

Was wollen wir?

Eine nachhaltige Energieversorgung braucht einen geordneten Wettbewerb unter den Technologieanbietern und den Versorgungsunternehmen.

Warum wollen wir das?

Der Technologiewettbewerb fördert technologische Innovationen. Und der Wettbewerb zwischen den Energieversorgungsunternehmen wird die Preisentwicklung im Energiemarkt im Zaum halten.

Wie wollen wir das erreichen?

Die CDU Rheinland-Pfalz wird darauf hinwirken, dass der Wettbewerb im deutschen und europäischen Strom- und Gasmarkt funktioniert. Wir werden unseren Beitrag leisten, um die Bürgerinnen und Bürger vor überhöhten Energiepreisen zu schützen. Wir wollen Chancengleichheit zwischen großen und regionalen Energieversorgern (Stadtwerken u. ä.) sicherstellen. Regionale und kommunale Energieversorger müssen gestärkt werden, damit sie auf regionaler und kommunaler Ebene ihrer Vorreiterrolle im Bereich der erneuerbaren Energien gerecht werden können. Wir sehen in der dezentralen Energieversorgung eine besondere Chance zur Stärkung des ländlichen Raums.

Den Stadtwerken in Rheinland-Pfalz eröffnen sich im Zuge der notwendigen Veränderungen zusätzliche Möglichkeiten. Sie können aufgrund regionaler Ausrichtung neue Geschäftsmodelle, etwa im Bereich des *Contracting*, anbieten.

- 1) Erforschung, Entwicklung, Umsetzung von Energie- und Umwelttechnologien werden wir verstärken, Rheinland-Pfalz wird künftig eine Spaltenposition einnehmen
- 2) Wir werden die natürlichen Lebensgrundlagen schützen und Nutzer, Bewirtschafter und Verbände regelmäßig an einen Tisch holen
- 3) Das Ökosystem Wald wird gerade im aktuellen Internationalen Jahr der Wälder besondere Beachtung finden. Die Länderübergreifende Zusammenarbeit zur Stärkung und nachhaltigen Nutzung des Waldes ist uns wichtig. Wir werden uns verstärkt um Waldprojekte des Bundes bemühen
- 4) Den Flächenverbrauch werden wir bis 2020 um 2/3 reduzieren. Bestandsnutzung hat Vorrang vor Neubau
- 5) Die Renaturierung weiterer Fließgewässer werden wir betreiben
- 6) Wassersparende Produktionsmethoden und neue Technologien werden wir fördern
- 7) Luftreinheit und Lärmschutz (Schiene, Autobahn, Flugzeuge) werden wir vorantreiben
- 8) Engagement beim bundesweiten Projekt „Elektroautos“
- 9) Errichtung einer Effizienzagentur, die Unternehmen motiviert und berät, um Effizienzdefizite zu identifizieren. Wir werden die Hochschulen in Rheinland-Pfalz stärker auf den Bereich Energietechnologien und einen Schwerpunkt bei den Speichertechnologien setzen
- 10) Gebäude- und Energieeffizienzmanagement für Privathaushalte werden wir unterstützen
- 11) Steigerung des Anteils Erneuerbarer Energien
- 12) Planungsrechte werden gerade beim Ausbau neuer, intelligenter Energienetze beschleunigt
- 13) Dächer öffentlicher Liegenschaften sollen im Rahmen von Bürger-Solaranlagen zur Nutzung angeboten werden
- 14) Die Stadtwerke in Rheinland-Pfalz erhalten Möglichkeiten der Öffnungen (*Contracting*)

7.3 Moderne Landwirtschaft – Schutz und nachhaltige Bewirtschaftung unserer Umwelt

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz will die 23.800 Betriebe der Land- und Forstwirtschaft sowie des Wein-, Obst-, Gemüseanbaus und Gartenbaus in ihrer Existenz und Entwicklung unterstützen.

Warum wollen wir das?

Die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft sowie des Wein-, Obst, Gemüseanbaus und Gartenbaus leisten gemeinsam mit ihren Familien einen erheblichen Beitrag zur Funktionsfähigkeit der ländlichen Räume. Viele dörfliche Aktivitäten sind ohne die Unterstützung der Bauernfamilien kaum denkbar. Unsere Landwirte, Waldbauern und Winzer verdienen unsere volle Unterstützung, denn sie erhalten und prägen unsere vielfältige und reizvolle Kulturlandschaft. Ohne ihre verantwortungsvolle Arbeit wäre die Erhaltung unserer Biodiversität gefährdet.

Wie wollen wir das erreichen?

Die CDU Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, die Einkommensmöglichkeiten unserer Bauern zu sichern, unabhängig von der Betriebsgröße und der betrieblichen Ausrichtung, gleich ob konventionell oder ökologisch wirtschaftend, auf den regionalen Markt oder auf die Weltmärkte ausgerichtet.

Die CDU Rheinland-Pfalz steht für kooperative Lösungen im Tier-, Natur- und Umweltschutz. Denn nur die aktive Einbindung von Bauern, Winzern, Gärtnern, Waldbesitzern, aber auch Jägern und Fischern sichert langfristig den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Darüber hinaus wollen wir in Kooperation mit der Bundesregierung einige Pilotprojekte ins Leben rufen, um Gemeinden dem Ziel eines emissionsarmen Dorfes näher zu bringen, von der Entsorgung bzw. Nachnutzung von Müll und Abwasser bis zur Bereitstellung von elektrischer Energie und Wärmeenergie unter Nutzung von Wirtschafts- und Nährstoffkreisläufen.

7.3.1 Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe

Was wollen wir?

Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe nachhaltig stärken.

Warum wollen wir das?

In einigen Bereichen, wie dem Steillagenweinbau an Mosel, Nahe und dem Mittelrhein wird es aber aufgrund der natürlichen Voraussetzungen nie möglich sein, mit einem großflächigen Anbau in ebener Fläche arbeitswirtschaftlich zu konkurrieren. Auch die Tabak- und Zuckerrübenanbauer und die Klein- und Obstbrenner müssen durch Reformpolitik der EU schmerzliche Einschnitte hinnehmen und um ihre Existenz fürchten. Daher bedarf es in diesen Bereichen besonderer Maßnahmen und Konzepte.

Wie wollen wir das erreichen?

Durch eine Stärkung der betriebswirtschaftlichen und unternehmerischen Ausbildung wollen wir eine moderne, rationelle Land- und Ernährungswirtschaft fördern und damit die Wertschöpfung in den ländlichen Regionen von Rheinland-Pfalz stärken.

Auch die Agrarberatung muss modernisiert sowie ergänzt durch nationale und internationale Experten der entsprechenden Fachrichtungen weiterentwickelt werden, damit die Beratung an der Spitze der Entwicklung stehen kann. Dazu gehören die Bildung und der Ausbau von Kompetenzzentren und deren Verzahnung mit einer qualitätssteigernden Tourismusberatung.

Die CDU Rheinland-Pfalz will darüber hinaus die Agrarverwaltung modernisieren und deren Effizienz steigern. Wir treten für eine Verzahnung der staatlichen Kontrolle mit privatwirtschaftlichen Zertifizierungssystemen ein, um Kosten und Aufwand der Kontrollen zu reduzieren und sie praxisfreundlicher zu machen.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird sich dafür einsetzen, auch in Zukunft an einer europäischen Politik für Landwirtschaft und ländliche Räume festzuhalten. Deshalb sprechen wir uns bei den sich abzeichnenden Veränderungen des EU-Agrarhaushaltes nach 2013 für den Fortbestand des europäischen Agrarmodells der multifunktionalen Landwirtschaft aus. Direktzahlungen sollen nicht an weitere Auflagen zum Beispiel aus dem Bereich Umweltschutz gekoppelt werden. Bei der Umsetzung von EU-Recht werden wir Spielräume zu Gunsten unserer rheinland-pfälzischen Bäuerinnen und Bauern nutzen.

7.3.2 Nachhaltige Waldnutzung

Was wollen wir?

Wir wollen das gesamte Potenzial einer nachhaltigen Waldnutzung erschließen.

Warum wollen wir das?

Mit fast 42 Prozent Waldanteil ist Rheinland-Pfalz das waldreichste Land Deutschlands. Dieser Wert liegt weit über dem Bundesdurchschnitt (30 Prozent) und zeigt die große Bedeutung der über 2.000 kommunalen Forstbetriebe und der rund 300.000 privaten Waldbesitzer für Rheinland-Pfalz. Die Bedeutung des Waldes für eine breite Eigentumsstreuung in Rheinland-Pfalz, aber auch in seiner Einkommensfunktion für viele Menschen im ländlichen Raum, hat mit der Nutzung als Energieträger in den vergangenen Jahren zugenommen.

Wie wollen wir das erreichen?

Für eine CDU-geführte Landesregierung wird die stoffliche Verwertung des Rohstoffs Holz grundsätzlich im Vordergrund stehen. Jeder genutzte Kubikmeter Holz löst eine volkswirtschaftliche Wertschöpfung von mehr als 3.000 Euro aus. Damit verbunden sind etwa 50.000 Arbeitsplätze, vor allem im ländlichen Raum.

Dennoch verhindern kleinparzellierter Strukturen, insbesondere bei Wäldern in Privatbesitz, oft eine wirtschaftliche Nutzung des Waldes. Die CDU Rheinland-Pfalz tritt daher für eine Verbesserung der Strukturen ein, so dass eine wirtschaftliche Nutzung auch dieser Flächen möglich wird. Forstbetriebsgemeinschaften und überbetriebliche Waldbewirtschaftung sind dafür besonders geeignet und müssen gefördert werden.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird das Erholungs- und Erlebnispotenzial der Wälder behutsam und unter Berücksichtigung der Eigentümerinteressen in den Dienst einer sanften, naturnahen Erholung für die Menschen in den Ballungsräumen innerhalb und jenseits unserer Landesgrenzen stellen.

Die CDU Rheinland-Pfalz sieht neben der Energiegewinnung bei der Verwendung von Holz als Baumaterial wesentliche wirtschaftliche Reserven für die heimische holzverarbeitende Industrie.

7.3.3 Weinbau und Tourismus

Was wollen wir?

Wir wollen den Weinbau unterstützen und hierbei insbesondere die Potenziale des Tourismus nutzen.

Warum wollen wir das?

Rheinland-Pfalz ist mit einer Anbaufläche von 63.000 Hektar und sechs der insgesamt 13 deutschen Anbaugebiete das mit Abstand größte Weinbaugebiet Deutschlands. Auch die Zahl von über 11.000 Betrieben mit Weinbau zeigt die hohe Bedeutung des Weinbaus. Besonders der Steillagenweinbau an Mosel, Mittelrhein, Nahe und Ahr, aber auch die Betriebe in Rheinhessen und der Pfalz prägen das Landschaftsbild und ist beliebter Anziehungspunkt für Touristen und Genießer aus aller Welt. Winzer, ob im Haupt- und Nebenerwerb, leisten hierbei einen wichtigen Beitrag bei der Bewirtschaftung der oft kleinparzellierten Rebflächen und somit einen wichtigen Beitrag zum Erhalt unserer Kulturlandschaft.

Wie wollen wir das erreichen?

Die CDU Rheinland-Pfalz hat sich zum Ziel gesetzt, diesen Rückgang der Steillagenbewirtschaftung zu stoppen. Um aus der gestiegenen Wertschätzung auch mehr Absatz zu generieren, wollen wir ein spezielles Projekt ins Leben rufen, um den Anbau in den Steillagen noch intensiver als bisher mit dem Tourismus zu verbinden.

Bei der Umsetzung der EU-Weinmarktreform setzen wir uns dafür ein, die regionalen Identitäten und Traditionen zu erhalten. Dazu gehört die Sicherung und Erhaltung der Pflanzrechte. Des Weiteren fordern wir eine Überprüfung des deutschen Weinbezeichnungsrechts in Abstimmung mit allen Beteiligten der Weinbranche. Ziel ist es, den Absatz deutscher Weine zu stärken, z.B. durch die vermehrte Verwendung deutscher Grundweine in der hochwertigen Sektherstellung.

Die CDU Rheinland-Pfalz unterstützt nachdrücklich das Weinmarketing auf regionaler, aber auch auf nationaler Ebene. Es muss gelingen, durch kontinuierliche Bewerbung neue Käuferschichten im In- und Ausland zu gewinnen und sich wandelnden Verzehrs- und Verbrauchsgewohnheiten ständig Rechnung zu tragen.

In der Gesundheitspolitik wird die CDU Rheinland-Pfalz darauf achten, eine Balance zwischen dem notwendigen Schutz junger Menschen und dem wichtigen Ziel, dem Wein in der Esskultur Deutschlands einen angemessenen Platz zu erhalten.

Die CDU Rheinland-Pfalz tritt dafür ein, das hohe Niveau der Forschung und Lehre im Weinbau nach der Kündigung des Staatsvertrages mit dem Land Hessen über die Forschungsanstalt Geisenheim durch die SPD-Landesregierung nunmehr mittels einer engen Kooperation der Forschungsstandorte Neustadt an der Weinstraße und Geisenheim sicher zu stellen.

7.3.4 Milchproduktion

Was wollen wir?

Wir wollen der Milchproduktion eine verlässliche Perspektive bieten.

Warum wollen wir das?

Die Milchproduktion nimmt in der tierischen Erzeugung der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft eine herausragende Stellung ein.

Wie wollen wir das erreichen?

Die CDU Rheinland-Pfalz wird sich dafür einsetzen, die Ausgleichszulage gerade auch für die Milchvieh haltenden Betriebe auf europäischer und nationaler Ebene abzusichern. Einer Neuabgrenzung der benachteiligten Gebiete, die weite Teile der rheinland-pfälzischen Mittelgebirgslandschaft von der Ausgleichszulage ausschließt, wird die CDU Rheinland-Pfalz strikt entgegentreten.

Mit den vor- und nachgelagerten Bereichen sichert die rheinland-pfälzische Milchwirtschaft somit mehrere Tausend Arbeitsplätze in den Höhengebieten. Von den Investitionen in diesem Bereich profitieren Handwerker, Lieferanten aber auch durch den Erhalt und die Pflege des Grünlandes der Tourismus und somit die ganze Region. Deshalb wollen wir Investitionen in eine bessere Wettbewerbsfähigkeit der Milchviehbetriebe durch ein Landesprogramm unterstützen.

Die CDU Rheinland-Pfalz setzt auf ein umfangreiches Maßnahmenbündel, um den erforderlichen Anpassungsprozess der Milchwirtschaft zu flankieren. Dazu gehören eine verstärkte ökonomische Beratung der Betriebe, eine gezielte Investitions- und Junglandwirteförderung, Bodenordnungsmaßnahmen sowie eine Förderung der betrieblichen Diversifizierung.

Die CDU Rheinland-Pfalz sieht es des Weiteren als notwendig an, aufgrund zunehmender Einflüsse europäischer und internationaler Märkte alle Kompetenzen in Wissenschaft, Lehre und Milchwirtschaft in einem Zentrum zu bündeln. Gleichzeitig streben wir an, das europäische Bezeichnungsrecht so zu ändern, dass Herkünfte, insbesondere von Milchprodukten, klarer zu erkennen sind und damit für unsere Molkereien weitere Wertschöpfungspotenziale erschlossen werden können.

7.3.5 Schweineproduktion

Was wollen wir?

Wir wollen die Schweineproduktion in Rheinland-Pfalz sichern.

Warum wollen wir das?

Bereits seit Jahren nimmt die Zahl der Schweinehalter in Rheinland-Pfalz kontinuierlich in dramatischer Weise ab. Mit jedem Schweinhalter, der die Produktion aufgibt, gehen Rheinland-Pfalz wichtige Marktanteile verloren. Wird hier nicht schnellstmöglich gegengesteuert, wird es in naher Zukunft in unserem Bundesland keine nennenswerte Schweinproduktion mehr geben.

Wie wollen wir das erreichen?

Die CDU Rheinland-Pfalz setzt sich für eine bessere Förderung der Schweinehalter und für verlässliche Rahmenbedingungen zur Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur ein.

7.3.6 Land- und Forstwirtschaft sind ein wichtiger Bestandteil der Klimapolitik

Was wollen wir?

Eine CDU-geführte Landesregierung wird sich dafür einsetzen, Land- und Forstwirtschaft fest in der deutschen Klimapolitik zu verankern und ihre Potenziale für den Klimaschutz zu nutzen.

Warum wollen wir das?

Land- und Forstwirtschaft sind die einzigen Wirtschaftsbereiche, die im Rahmen ihrer Produktion CO₂ fixieren und Sauerstoff freisetzen. Insbesondere Wälder spielen im Kohlenstoffkreislauf eine bedeutende Rolle.

Wie wollen wir das erreichen?

Eine CDU-geführte Landesregierung setzt sich dafür ein, neben der weiteren Förderung des Anbaus und der Verwendung nachwachsender Rohstoffe auch die Begrenztheit der Anbauflächen im Blick zu behalten. Wir setzen uns daher für eine Korrektur der Vergütungen der Biogaserzeugung ein und setzen auf eine stärkere Nutzung von landwirtschaftlichen Reststoffen.

- 1) Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe nachhaltig stärken
- 2) Wir setzen uns dafür ein, die Einkommensmöglichkeiten unserer Bauern zu sichern
- 3) Wir werden die betriebswirtschaftliche und unternehmerische Ausbildung weiter ausbauen
- 4) Wir setzen uns für eine Modernisierung der Agrarverwaltung und der Agrarberatung ein
- 5) Wir stehen für kooperative Lösungen im Tier-, Natur- und Umweltschutz
- 6) Wir wollen gemeinsam mit der Bundesregierung Pilotprojekte zu emissionsarmen Dörfern ins Leben rufen
- 7) Wir wollen das Qualitätsmanagement in der amtlichen Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung durch länderübergreifende Zusammenarbeit unter Beteiligung des Bundes erweitern
- 8) Wir setzen uns für die regionalen Identitäten und Traditionen bei der Umsetzung der EU-Weinmarktreform ein
- 9) Wir wollen den Rückgang der Steillagenbewirtschaftung stoppen
- 10) Wir setzen uns für die Ausgleichszulage gerade auch für Milchvieh haltende Betriebe ein

8. Recht und Justiz

8.1 Recht fördert Gemeinschaft

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz bekennt sich zum Ziel eines starken und wehrhaften Rechtsstaats mit klarer Wertbindung, wie sie unser Grundgesetz und die europäischen Verträge vorgeben. Wir erwarten vom Staat, dass er Garant für den Schutz von Menschenwürde und individueller Persönlichkeitsentwicklung in der Gemeinschaft ist.

Warum wollen wir das?

Staatliches Recht ist wesentliche Grundlage und Ordnungsrahmen für unser Miteinander und durchdringt fast alle Bereiche menschlichen Zusammenlebens. Die allgemeine Geltung, Durchsetzung und Anerkennung unseres Rechts sind wichtige Voraussetzungen, um das Entstehen von Parallelgesellschaften gerade auch unter Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit anderem kulturellen Hintergrund zu verhindern.

Wie wollen wir das erreichen?

Rechtliche Regeln müssen nachvollziehbar und gerecht sein, und der Bürger muss in die einheitliche Anwendung der Gesetze gegenüber jedermann vertrauen dürfen. Der Justiz kommt dabei als letztverbindlicher Instanz der Rechtsauslegung besondere Bedeutung zu. Gewalt gegen Frauen, Zwangsehen oder gar der sogenannte „Ehrenmord“ sind in Deutschland unabhängig von einer möglichen Akzeptanz in anderen Rechts- oder Gesellschaftsordnungen nicht als kulturelle Besonderheit zu berücksichtigen, sondern unnachsichtig zu verfolgen. Wir begrüßen daher die Gesetzesinitiativen auf Bundesebene zur Sanktionierung von Zwangsverheiratungen ausdrücklich und treten für die Vermittlung und allgemeine Anerkennung des deutschen Rechts- und Wertesystems nachdrücklich ein.

8.2 Recht sichert Freiheit

Was wollen wir?

Der Rechtsstaat muss die Individualität des Einzelnen respektieren und darf dessen Freiheit nur einschränken, soweit dies für das Zusammenleben aller erforderlich ist. Gerade zum Schutz der Freiheit muss der Staat gegen Rechtsbrecher konsequent vorgehen.

Warum wollen wir das?

Die rechtstreuen Bürgerinnen und Bürger dürfen erwarten, dass der Staat eine Verletzung der Rechtsordnung nicht tatenlos hinnimmt, sondern seine Bürger umfassend und wirkungsvoll schützt.

Wie wollen wir das erreichen?

Das Eintreten für den Rechtsstaat und die Zivilcourage der Bürgerinnen und Bürger sind zu fördern. Polizisten und Katastrophenhelfer werden wir besser gegen zunehmende Gewalt schützen. Wenn Polizistinnen oder Polizisten angegriffen werden, gerade weil sie als Polizeiangehörige den Rechtsstaat repräsentieren, wird der Rechtsstaat selbst angegriffen. Hier werden wir mit aller Entschiedenheit vorgehen und den Schutz unserer Polizistinnen und Polizisten verbessern. Die CDU Rheinland-Pfalz wird zur Förderung der Transparenz und der Vereinheitlichung der Strafverfolgungsentscheidungen bei allen Staatsanwaltschaften Sonderdezernate zur Verfolgung von Straftaten gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte einrichten.

Die Landespolitik ist aufgerufen, entschiedener gegen Jugendkriminalität, insbesondere Gewaltdelikte von Jugendlichen, vorzugehen. Dazu gehört die Vertiefung der Gewaltpräventionsarbeit in Schulen und sonstigen Bildungs- und Jugendeinrichtungen wie auch die Verbesserung der Verfahrensabläufe bei der Verfolgung jugenddelinquenter Verhaltens. Die CDU Rheinland-Pfalz unterstützt den Ausbau der Häuser des Jugendrechts in den Großstädten des Landes und die stärkere Vernetzung insbesondere von Jugendhilfe, Polizei und Jugendstaatsanwaltschaft auch außerhalb der Städte, in denen Polizeipräsidien bestehen. Wir werden eine Fortentwicklung des Konzepts der Häuser des Jugendrechts im Sinne einer spezifischen Befassung mit Intensivtätern (Intensivtäteransatz) fördern. Als weiteres erzieherisches Mittel gerade zur Beeinflussung bei jugendlichen Gewalttätern fordert die CDU Rheinland-Pfalz die Einführung des sogenannten Warnschussarrests auf Bundesebene, der neben einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe verhängt werden und so dem Jugendlichen das Gewicht des Rechtsverstoßes in besonderer Weise vor Augen führen kann. Bei schweren Verbrechen junger Erwachsener ist die überkommene Höchststrafe von 10 Jahren Jugendstrafe unangemessen milde und trägt der Selbstverantwortung des bereits erwachsenen Straftäters nicht in allen Fällen ausreichend Rechnung. Der Strafrahmen ist daher auf 15 Jahre zu erweitern.

Bei der dringend gebotenen Neuregelung des Erwachsenenstrafvollzugs durch den Landtag sind für die CDU Rheinland-Pfalz sowohl die Unterbindung des Mobilfunkmissbrauchs durch Häftlinge wie auch der Einsatz von Drogenspürhunden in den Vollzugsanstalten wichtige Beiträge zur Erhöhung des Sicherheitsniveaus im Strafvollzug. Der Leistungsfähigkeit der Arbeitsverwaltung im Strafvollzug werden wir ein besonderes Augenmerk schenken, da mit verbesserten Arbeitsmöglichkeiten sowohl den Häftlingen eine klarere Perspektive geboten wie auch der Kostendeckungsgrad des Strafvollzugs optimiert werden kann. Die CDU Rheinland-Pfalz unterstützt Bestrebungen zur Fortentwicklung des Bundesrechts, um elektronische Fußfesseln für verurteilte Straftäter in geeigneten Fällen als zusätzliche Kontrollmaßnahme einzusetzen. Die Überwachung von Straftätern, die auf Bewährung entlassen wurden, könnte so im Sicherheitsinteresse der Allgemeinheit wie auch im Resozialisierungsinteresse verurteilter Straftäter verbessert werden. Auch zur Vermeidung von teuren Untersuchungshaftzeiten könnte die elektronische Fußfessel einen Beitrag leisten.

Zum Schutz der Bevölkerung vor Schwerstkriminellen mit fort dauernder Gefährlichkeitsdiagnose hat das Land unverzüglich geeignete Plätze zur Durchführung der Sicherungsverwahrung zu schaffen.

Das Modell „Schwitzen statt Sitzen“, also die Ableistung gemeinnütziger Arbeit für solche Straftäter, die ihre Geldstrafe nicht bezahlen können, soll zur Vermeidung teurer Ersatzfreiheitsstrafen weiter gestärkt werden.

8.3 Recht als Standortfaktor

Was wollen wir?

Deutschland soll auch künftig als Wirtschaftsstandort von seiner stabilen Rechtsordnung und der effektiven Justiz profitieren. Recht und Justiz werden unter einer CDU-geführten Regierung einen Beitrag zur Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz leisten.

Warum wollen wir das?

Verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen und zügige schlanke Entscheidungsverfahren spielen bei Investitionsentscheidungen und für den unternehmerischen Erfolg eine wichtige Rolle.

Wie wollen wir das erreichen?

Die CDU Rheinland-Pfalz steht dafür ein, dass die gesetzlichen Regelungen zur Wirtschafts- und Finanzordnung auch künftig an neue Herausforderungen angepasst werden und die Dienstleistungen der Justiz kundenorientiert ausgestaltet werden. Dabei hat der Staat solche gesetzlichen Regelungen zu entwickeln, die unethischem Verhalten auch in der Wirtschaft entgegenwirken. Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung sind konsequent zu verfolgen und schuldangemessen zu bestrafen. Solange der Staat dabei die Grenzen des Rechts einhält, kann er in diesem Zusammenhang im Interesse der steuerehrlichen Bürgerinnen und Bürger auch auf die von Dritten zur Verfügung gestellten Daten über Steuerhinterzieher Zugriff nehmen.

Wir werden die Möglichkeiten zur spezifischen Regelung der Zuständigkeit der Insolvenzgerichte im Sinne einer stärkeren Konzentration der gerichtlichen Zuständigkeiten für Unternehmensinsolvenzen nutzen. Gerade größere Unternehmensinsolvenzen bedrohen häufig die wirtschaftliche Existenz der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihrer Familien und haben darüber hinausgehende nachteilige Folgen zum Beispiel für die betroffene Gemeinde. Die Zuständigkeit für Verbraucherinsolvenzen könnte im Rahmen bundesgesetzlicher Möglichkeiten hiervon abweichend geregelt werden. Die kompetente gerichtliche Überwachung und Steuerung von Insolvenzverfahren bei Unternehmen erfordert dagegen Spezialkenntnisse, die bei der derzeitigen Zersplitterung der Zuständigkeit nicht an jedem Gerichtsstandort in gleicher Weise vorgehalten werden können.

Gerade auch (aber nicht nur) bei größeren unternehmerischen Investitionsentscheidungen kann das dem verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzverfahren vorgesetzte Widerspruchsverfahren zu unnötigen Verzögerungen führen und sich daher als unzweckmäßig erweisen. Die CDU Rheinland-Pfalz steht zu den Institutionen der Kreis- und Stadtrechtsausschüsse als kostengünstige und bürgernahe Möglichkeit zur Wiederherstellung des Rechtsfriedens zwischen Bürger und Verwaltung. Allerdings fordern wir die Einführung eines sogenannten Optionsmodells, wie es sich zum Beispiel im Freistaat Bayern bewährt hat. Rechtsschutzsuchende könnten dann selbst entscheiden, ob einem Gerichtsverfahren ein Widerspruchsverfahren vorangeht. Die Vorteile des Vorverfahrens können so weiter genutzt werden, die Bürger (und Unternehmen) werden aber nicht in die Widerspruchsverfahren gezwungen. Die CDU Rheinland-Pfalz steht auch hier für mehr Freiheit des mündigen Bürgers.

Für die Wirtschaft von großer Bedeutung und für den Rechtsstaat unverzichtbar ist ein funktionsfähiges Vollstreckungswesen. Um Effizienzgewinne in diesem Bereich zu erzielen, halten wir eine Stärkung der Leistungsanreize und des Wettbewerbs im Vollstreckungswesen für sinnvoll. Auch werden wir die Bemühungen der Bundesregierung zur Ablösung des herkömmlichen Vollstreckungswesens durch das sogenannte Beleihungsmodell, in dem Gerichtsvollzieher nicht mehr als staatliche Beamte, sondern als beliebte Träger eines öffentlichen Amtes in eigener Praxis unter staatlicher Aufsicht tätig sind, konstruktiv begleiten.

8.4 Anspruchsvolle Juristenausbildung und leistungsfähige Justiz

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz bekennt sich zu einer leistungsstarken, unabhängigen Justiz, deren materielle und personelle Ausstattung den hohen Anforderungen gerecht werden muss. Wir werden besonderes Augenmerk auf die Aus- und Fortbildung der Juristinnen und Juristen legen.

Warum wollen wir das?

An unsere Rechtsordnung und damit an die Kompetenz aller Rechtsanwender werden unterschiedlichste und höchst komplexe Anforderungen gestellt.

Wie wollen wir das erreichen?

Die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen anstelle der bewährten Staatsexamina lehnen wir entschieden ab. Wir fordern, dass bei allen berufszugangsrelevanten (Klausur-)Prüfungen höchste Maßstäbe an Objektivität und Qualität der Bewertung gestellt werden. Die Aus- und Weiterbildung gerade junger Richterinnen und Richter bzw. junger Staatsanwältinnen und Staatsanwälte ist weiter zu verbessern, wobei ggf. ein angemessener Austausch zwischen Juristen in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit und den Staatsanwaltschaften gefördert werden sollte. Die Verfahrensdauer an rheinland-pfälzischen Gerichten soll regelmäßig im bundesdeutschen Vergleich überprüft und Beschleunigungspotenzial realisiert werden. Zur Förderung einer bürgernahen Justiz setzen wir auch auf die schrittweise Weiterentwicklung des elektronischen Rechtsverkehrs.

- 1) Wir sprechen uns für eine unabhängige Justiz, frei von politischer Beeinflussung aus
- 2) Wir treten für die Vermittlung und allgemeine Anerkennung des deutschen Rechts- und Wertesystems nachdrücklich ein und begrüßen die Gesetzesinitiativen auf Bundesebene zur Sanktionierung von Zwangsverheiratung
- 3) Wir werden zur Förderung und Transparenz und der Vereinheitlichung der Strafverfolgungsentscheidungen bei allen Staatsanwaltschaften Sonderdezernate zur Verfolgung von Straftaten gegen Polizeibeamtinnen und -beamte einführen
- 4) Wir werden eine Fortentwicklung des Konzepts der Häuser des Jugendrechts im Sinne einer spezifischen Befassung mit Intensivtätern (Intensivtäteransatz) fördern
- 5) Wir werden die gerichtliche Zuständigkeit bei Unternehmensinsolvenzen im Interesse der betroffenen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen konzentrieren, weil die richterliche Bearbeitung von Firmenpleiten Spezialkenntnisse erfordert
- 6) Wir setzen auf die bewährten Staatsexamina in der Juristenausbildung anstelle von Bachelor und Master
- 7) Wir wollen, dass der Bürger selbst entscheiden kann, ob er erst ein Widerspruchsverfahren gegen Verwaltungsbescheide durchläuft oder lieber direkt beim Verwaltungsgericht Klage einreicht

9. Europa und Zusammenarbeit

9.1 Planen und Gestalten in Europa

Was wollen wir?

Wir wollen die Rolle von Rheinland-Pfalz in Europa stärken. Unser Bundesland soll eine Vorreiterposition in europäischer Verständigung, Zusammenarbeit und freundschaftlichem Miteinander einnehmen.

Warum wollen wir das?

Rheinland-Pfalz hat durch seine geografische Lage eine besondere Verantwortung für Deutschlands Rolle im geeinten Europa. Rheinland-Pfalz ist heute ein wichtiges Bindeglied zwischen Frankreich, Luxemburg, Belgien und Deutschland. Dieser besonderen Bedeutung will die CDU Rheinland-Pfalz nicht nur nachkommen, sondern will die nachbarlichen Beziehungen ausbauen und vertiefen. Wir wollen zudem die Attraktivität für Wohn- und Unternehmensansiedlungen in grenznahen Landesregionen erhöhen.

Wie wollen wir das erreichen?

Das Subsidiaritätsprinzip, wonach so viele Entscheidungen wie möglich bürgernah vor Ort getroffen werden, ist Richtschnur für unser Handeln innerhalb des Bundes wie auch in der Europäischen Union.

Wir wollen die Kooperation in der ‚Großregion‘ zwischen Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Luxemburg, Lothringen und der Wallonie vertiefen. Unverbindliche Absichtserklärungen auf regelmäßigen Gipfeltreffen reichen dazu nicht aus. Wir werden eine offene Diskussion mit unseren Nachbarn sowie allen interessierten Akteuren der Zivilgesellschaft darüber führen, in welcher Form, welchem Umfang und mit welchem Zweck die Struktur der jetzigen Großregion sinnvoll und zukunftsfähig ist. Vorrangig gilt es, die geleistete, unbürokratische Zusammenarbeit besser in der Öffentlichkeit wahrnehmbar zu machen.

Wir wollen unsere Landesvertretung zu einem Kompetenzzentrum für europäische Fragen und Entwicklungen ausbauen und die Europafähigkeit der Landesverwaltung insgesamt auf allen Ebenen stärken. Um dieser Querschnittsaufgabe unbürokratisch gerecht werden zu können, sind geeignete Organisations- und IT-Strukturen zu schaffen und insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschlägig zu qualifizieren.

Wir wollen den persönlichen Austausch unserer Bürger mit unseren europäischen Freunden intensivieren. Dabei sollen kommunale Partnerschaften unterstützt werden. Schulpartnerschaften sollen in Umfang, Inhalt und Stellenwert neu belebt und der Schüler- und Studierendenaustausch gefördert werden. Nicht allein das Zusammenwirken der Institutionen, sondern vielmehr Begegnungen der Menschen, z. B. in Kultur und Sport, machen Europa real erlebbar.

9.2 Lernen und Lehren in Europa

Was wollen wir?

In den grenznahen Regionen will die CDU Rheinland-Pfalz den dort lebenden Menschen im Kontakt mit unseren Nachbarn zusätzliche Lebensoptionen schaffen. Für eine verbesserte Integration der Menschen in diesen Europaregionen sind die Beherrschung der deutschen und französischen Sprache und eine vertiefte Kenntnis der jeweiligen Kulturen und Gepflogenheiten unerlässlich.

Warum wollen wir das?

Für die Menschen der Grenzregion bieten sich vielfältige Lebensoptionen und Arbeitsmöglichkeiten bei unseren europäischen Nachbarn. Um die sich den Menschen bietenden Möglichkeiten konkret werden lassen zu können, sind die relevanten Rahmenbedingungen sowie die Aus- und Fortbildungsinhalte in den betreffenden Regionen entsprechend auszugestalten.

Wie wollen wir das erreichen?

Die französische Sprache ist neben der deutschen das Mittel der Kommunikation innerhalb der Großregion. Daher muss die Förderung der „Sprache des Nachbarn“ bereits im Vorschulalter beginnen und – altersgerecht und schulartspezifisch – durchgängig in allen Schulen der grenznahen Regionen des Landes bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss fortgeführt werden. Des Weiteren sollen Zug um Zug in Rheinland-Pfalz Europaschulen aufgebaut werden, die in ihrem Profil insbesondere durch Mehrsprachigkeit, Austauschprogramme und spezielle Unterrichtsinhalte mit Schwerpunkten zur europäischen Kultur und Geschichte geprägt sind. In Abstimmung mit unseren europäischen Nachbarn sollen grenzüberschreitende Schulzugangsberechtigungen ermöglicht werden.

Wir wollen auch das Erlernen der deutschen Sprache vor allem in den grenznahen Regionen unserer Nachbarn gezielt fördern, indem wir eng mit den dortigen Partnern kooperieren.

Wir wollen in der Hochschulpolitik die Zusammenarbeit der Hochschulen – speziell der Großregion – verbessern, vor allem im Hinblick auf den Aus- und Aufbau mehrsprachiger Studiengänge. Wir werden in Abstimmung mit unseren europäischen Nachbarn den Aufbau einer deutsch-luxemburgisch-französisch-belgischen Hochschule, einer „*Universitas Lotharingia*“, mit gemeinsamen Studienplänen und gemeinsamen Abschlüssen beginnen. Diese soll das bestehende Angebot deutsch-französischer Hochschulen ergänzen.

9.3 Arbeiten und Ausbilden in Europa

Was wollen wir?

Zehntausende Rheinland-Pfälzer pendeln täglich zur Arbeit in unsere Nachbarländer. Wir wollen im Interesse dieser Arbeitnehmer landesspezifische Hindernisse einer Berufstätigkeit bei unseren europäischen Nachbarn abbauen. Ebenso möchten wir rheinland-pfälzischen Unternehmern die Arbeit erleichtern.

Warum wollen wir das?

In Hinblick auf die Realisierung eines gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkts wurden in den vergangenen Jahren große Fortschritte gemacht. Dennoch bestehen immer noch Hindernisse, die durch das Land Rheinland-Pfalz beseitigt werden können. Das Subsidiaritätsprinzip verpflichtet uns, hier zum Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger zu handeln.

Wir wollen außerdem, dass rheinland-pfälzische Unternehmen von der speziellen geografischen Lage ihres Unternehmens profitieren können und Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz erhalten bleiben.

Wie wollen wir das erreichen?

Um die Vielschichtigkeit der vier unterschiedlichen Sozialversicherungs- und Steuersysteme verständlicher zu machen, wollen wir die Beratung und Hilfestellung für Pendler erheblich ausbauen und verbessern, etwa durch eine Vor-Ort-Beratung aus ‚einer Hand‘. Zudem wollen wir alle erforderlichen Informationen für Bürger aus unseren Nachbarstaaten präzise und verständlich in einer „Neubürgerbroschüre“ zusammenfassen.

Öffentliche Ausschreibungen aus der Großregion in französischer Sprache stellen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen und Handwerker nicht selten vor große Probleme. Daher wollen wir gemeinsam mit den Kammern und Trägern der Weiterbildung die Angebote zum lebenslangen Lernen und zu berufsbegleitender Fort- und Weiterbildung ausbauen.

Im Bund und auf europäischer Ebene wollen wir in enger Abstimmung mit unseren Nachbarn, den Kammern, Gewerkschaften und Verbänden darauf hinwirken, rechtliche Hürden und bürokratische Verfahren für Arbeitnehmer und Unternehmer zu beseitigen beziehungsweise Regeln und Vorschriften zu vereinfachen. Gleichfalls wollen wir daran arbeiten, die noch bestehenden Hindernisse im Zusammenhang mit der Schaffung eines europäischen Ausbildungsmarktes auszuräumen.

9.4 Transeuropäische Infrastruktur

Was wollen wir?

Die CDU Rheinland-Pfalz will die konsequente Verbesserung der verkehrlichen und technischen Infrastruktur im „europäischen Ballungsraum“.

Warum wollen wir das?

Rheinland-Pfalz liegt ‚mittendrin‘: Hier kreuzen sich europäische Verkehrsachsen aus allen vier Himmelsrichtungen. Darin liegen große Wachstumspotenziale für unser Land. Sie müssen konsequent genutzt werden. Wir müssen bestehende Mobilitätshindernisse für Privatpersonen und Wirtschaft schneller überwinden. Infrastrukturelle Engpässe mit Belastungen für Mensch und Natur sind zu beseitigen.

Wie wollen wir das erreichen?

Wir wollen den Ausbau der europäischen Verkehrsinfrastruktur in unserem Land energisch beschleunigen; dazu gehört insbesondere eine leistungsfähige Schienenverbindung mit unserem Nachbarn Luxemburg und der Lückenschluss im Ost-West-Fernstraßenetz zwischen der Ile de France und der Region Brüssel mit dem Raum Trier-Luxemburg und dem Rheinkorridor sowie der Achse Pfalz-Elsass. Es soll die Aufnahme zentraler rheinland-pfälzischer Verkehrsprojekte in den Förderrahmen der transeuropäischen Verkehrs- und Transportnetze (TEN-V) vorangetrieben werden.

Um die Umwelt vor Ort zu schonen und mehr Mobilität der Bürger zu ermöglichen, wollen wir den Ausbau des grenzüberschreitenden ÖPNV, in Abstimmung mit den Verkehrsverbünden unserer Nachbarn, forcieren. Dabei werden wir besonderes Augenmerk auf eine bessere Vernetzung, eine gesteigerte Komodität und eine mehrsprachige, großregionale Kommunikation der Angebote legen.

Ein weiterer Fokus einer CDU-geführten Landesregierung wird der Ausbau der transeuropäischen Energie- (TEN-E) und Kommunikationsnetze (eTEN) – unter besonderem Bezug zur Großregion – darstellen.

- 1) **Wir wollen unsere Landesvertretungen zu einem Kompetenzzentrum für europäische Fragen und Entwicklungen ausbauen**
- 2) **Die Förderung der „Sprache des Nachbarn“ muss bereits im Vorschulalter beginnen und durchgängig in allen Schulen der grenznahen Regionen des Landes erfolgen**
- 3) **Wir sprechen uns für den Aufbau weiterer Europaschulen aus**
- 4) **Wir wollen grenzüberschreitende Schulzugangsberechtigungen ermöglichen**
- 5) **Wir wollen den Aus- und Aufbau mehrsprachiger Studiengänge verbessern**
- 6) **Wir setzen uns für Neubürgerbroschüren ein, die alle erforderlichen Informationen für Bürger aus unseren Nachbarstaaten verständlich zusammenfassen**
- 7) **Wir werden unseren Fokus auf den Ausbau der transeuropäischen Energie- und Kommunikationsnetze richten**

Das vorliegende Zukunfts-Programm ist
Beschluss des Landesparteiausschusses
der CDU Rheinland-Pfalz
vom 29. Januar 2011
in Ransbach-Baumbach

Herausgeber
CDU-Landesverband Rheinland-Pfalz
Rheinallee 1a-d
55116 Mainz

Tel.: 0 61 31 – 28 47 - 0
Fax: 0 61 31 – 28 47 68

E-Mail: info@cdurlp.de
www.cdurlp.de